



Plenarprotokoll

89. Sitzung

Donnerstag, 19. Juni 2008

Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein	6527
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2097	
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6527, 6541
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6529, 6543
Hans-Jörn Arp [CDU].....	6532
Bernd Schröder [SPD].....	6535
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6537
Lars Harms [SSW].....	6539
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schafts-ausschuss zur abschließen- den Beratung.....	6544

Korrekte Ausschreibung des UK S-H-Vorstands für Kranken- pflege	6544
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2102	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2131	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6544
Frank Sauter [CDU].....	6545
Jürgen Weber [SPD].....	6546, 6551
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6547
Lars Harms [SSW].....	6548

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6549	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holstei- nischen Landtags - Tätigkeitsbe- richt 2007.....	6568
Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6550		
Beschluss: 1. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 16/2131 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2102 in geänderter Fassung.....	6553	Drucksache 16/2022	
Mitarbeiterbeteiligung an Unter- nehmen.....	6553	Heike Franzen [CDU].....	6568
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD		Wolfgang Baasch [SPD].....	6571
Drucksache 16/2117		Dr. Heiner Garg [FDP].....	6572
Johannes Callsen [CDU].....	6553	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6574
Bernd Schröder [SPD].....	6554	Lars Harms [SSW].....	6576
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6555	Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	6578
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6556	Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	6580
Lars Harms [SSW].....	6557	Bericht zur Entwicklung rechtsex- tremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen	6580
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6558	Bericht der Landesregierung	
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6559	Drucksache 16/2096	
Beschluss: Annahme.....	6560	Lothar Hay, Innenminister.....	6580
Maritimer Aktionsplan Schleswig- Holstein.....	6560	Wolfgang Kubicki [FDP].....	6582
Bericht der Landesregierung		Peter Lehnert [CDU].....	6583
Drucksache 16/2113		Thomas Rother [SPD].....	6584
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6561	Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6585
Manfred Ritzek [CDU].....	6562	Anke Spoorendonk [SSW].....	6586
Anette Langner [SPD].....	6563	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	6588
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6565	Flexible Eingangsphase der Grund- schule.....	6588
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6566	Antrag der Fraktion der FDP	
Lars Harms [SSW].....	6567	Drucksache 16/2075	
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Europa- ausschuss zur abschließenden Be- ratung.....	6568	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD	
		Drucksache 16/2126	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
		Drucksache 16/2121	

Sylvia Eisenberg [CDU], Bericht- erstatteerin.....	6588
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2075 2. Annahme des Antrags Drucksache 16/2126.....	6588
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags.....	6588
Drucksache 16/2114	
Beschluss: Annahme.....	6589

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind von der CDU die Frau Abgeordnete Monika Schwalm und von der SPD der Herr Abgeordnete Olaf Schulze. - Wir wünschen beiden von hier aus weiter gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind von der CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Niclas Herbst und von der Landesregierung die Minister Uwe Döring, Lothar Hay und Rainer Wiegard.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler und die sie begleitenden Lehrkräfte der Jacob-Struwe-Realschule aus Horst. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2097

Ich erteile dafür dem Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der FDP dankbar dafür, dass sie den Antrag gestellt hat, weil uns das Gelegenheit gibt, deutlich zu machen, welche Entwicklung der Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren genommen hat. Ich will das an konkreten Zahlen deutlich machen. Weil gestern über den Haushalt diskutiert worden ist, eine Zahl vorweg: Der Haushalt des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums hat ein Volumen von etwa 1,1 Milliarden €; davon gehen rund 200 Millionen € in den Schienenpersonennahverkehr.

Der Marktanteil des **öffentlichen Personennahverkehrs** in Schleswig-Holstein betrug im Jahr 2007 6 %. Das war wenig, aber es waren immerhin 10 % mehr als in den zwei Jahren davor, in denen der Anteil 5,4 % betrug. Der ÖPNV ist nicht nur mit dem Markt gewachsen, sondern deutlich überproportional, und das ist sehr erfreulich. Daran hat der Schienenpersonennahverkehr einen wesentlichen

(Minister Dietrich Austermann)

Anteil, er ist gewissermaßen das Rückgrat des ÖPNV, natürlich auch kostenmäßig, wie ich eben deutlich gemacht habe.

Im Jahr 2006 - neuere Zahlen haben wir leider noch nicht - sind im **Schienenpersonennahverkehr** 1,43 Milliarden Personenkilometer gefahren worden, 12,5 % mehr als im Jahr 2000. Stärkste Strecke war die Strecke Hamburg-Lübeck mit gut 22.000 Fahrgästen pro Tag. Das waren 3 % mehr als 2005. Ich gehe davon aus, dass sich die Zahl inzwischen deutlich erhöht hat und, wenn Ende des Jahres die Elektrifizierung fertig sein wird, durch ein besseres Zugangebot weiter kräftig steigen wird.

An zweiter Stelle kommt die Strecke Hamburg-Kiel mit rund 21.000 Fahrgästen pro Tag und einem Plus von 6 %, also einem doppelt so starken **Zuwachs**. Ich rechne in diesem Jahr mit einem weiteren Zuwachs, insbesondere auch wegen der Energiepreisentwicklung.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember hat sich das **Angebot** abermals verbessert. Auch dies dürfe deutlich dazu beitragen, dass der Schienenpersonennahverkehr stärker genutzt wird. Ich möchte ein paar Beispiele anführen.

In Kiel-Hassee/Citti-Park wurde ein neuer wichtiger Haltepunkt auf der Pendelstrecke Kiel-Eckernförde eingerichtet. Wir haben Wochenend-Nachtschwärmer-Züge zwischen Hamburg und Lübeck eingesetzt, nachdem sich ein solches Angebot zwischen Hamburg und Kiel als erfolgreich erwiesen hat. Wir haben den Schleswig-Holstein-Express zwischen Pattburg und Hamburg-Hauptbahnhof durch technische Aufrüstung schneller gemacht.

Es sind weitere Fortschritte erkennbar. Ich habe im Frühjahr mit der Deutschen Bahn den Vertrag über die weitere **Modernisierung der Bahnhöfe** in Schleswig-Holstein unterzeichnet. Wir haben in den letzten fünf Jahren 100 Millionen € mit der Bahn gemeinsam investiert. Bis 2012 werden wir in jedem Jahr 10 Millionen € investieren, um Bahnsteige, Bahnstationen nutzerfreundlicher, schöner und insgesamt attraktiver zu machen. Im Mai ist der neue Haltepunkt Lübeck Flughafen in Betrieb genommen worden.

Ende 2009/2010 soll Burg wieder an das Bahnnetz angeschlossen werden. Das ist gewissermaßen eine Vorleistung für die Entwicklung, die sich auf Fehmarn tut. Im Dezember 2009 kommen neue, hochmoderne **Doppelstockfahrzeuge** auf der Strecke Hamburg-Lübeck. Die Doppelstockwagen, die dort bisher rollen, werden zwischen Hamburg und Kiel

eingesetzt und machen damit diese zweitwichtigste Verbindung komfortabler.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Abgeordneter Nabel, wenn Sie Wert darauf legen, werden Sie zu der ersten Fahrt am 13. Dezember dieses Jahres sicherlich eingeladen werden.

Neben dem **Qualitätsmanagementsystem** für Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit wollen wir auch **Fahrgastrechte** stärken. Bei der Nord-Ostsee-Bahn, der Deutschen Bahn AG haben wir bereits ähnlich wie im Fernverkehr einen Entschädigungsanspruch für Fahrgäste, die unter Unpünktlichkeit zu leiden haben, erreicht. Unser Ziel sind landesweit gültige, einheitliche Fahrgastrechte. Das gibt einen zusätzlichen Anreiz zur Zuverlässigkeit bei den Bahnbetreibern.

Der Ihnen vorgelegte Bericht listet die zentralen Vorhaben des Schienenpersonennahverkehrs in Schleswig-Holstein auf. Ich möchte hier vor allem auf die **Infrastrukturprojekte** eingehen, denn sie sind die Grundlage für neue, attraktive Angebote. Zum einen das **Drei-Achsen-Konzept** der drei wichtigsten Verkehrsachsen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. So sollen für den Schienenpersonennahverkehr diese Achsen besonders ausgebaut werden, um das vorhandene Nachfragepotenzial stärker zu nutzen. Erste Achse: Hamburg-Bad Oldesloe-Ahrensburg. Richtiger müsste es heißen: Hamburg-Ahrensburg-Bad Oldesloe. Hier soll die S-Bahn bis Ahrensburg Nord, Bad Oldesloe verlängert werden, und zwar auf eigenem Gleis, um den Schienenengpass dort zu beseitigen.

Es geht zweitens um die Achse Hamburg-Elmsborn-Itzehoe. Auch hier herrscht ein besonders starker Engpass im Bereich Elmshorn-Pinneberg, der dringend entschärft werden muss. Das ist im Gespräch mit der DB und im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Ich hoffe, dass wir hier bald eine Einigung erreichen, um den Engpass zu beseitigen und die S-Bahn durch ein eigenes Schienennetz von der Fernbahn zu trennen. Express-S-Bahnzüge können umsteigefreie, schnelle Direktverbindungen schaffen.

Es geht drittens um die Achse Hamburg Hauptbahnhof-Hamburg Flughafen-Norderstedt-Kaltenkirchen. An dieser Achse, die wir weiterentwickeln wollen, gibt es ebenfalls ein erhebliches Fahrgastpotenzial. Der Ausbau wird die Fahrzeiten um bis zu einem Drittel verkürzen, und der Hamburger Flughafen wird eine Schienenanbindung nach Norden erhalten.

(Minister Dietrich Austermann)

Das ist keine Alternative zu dem hier immer wieder gewünschten Schienenflieger oder Metrorapid. Wir haben ja lange über die Frage diskutiert, was sich rechnet, was wirtschaftlich vernünftig und vertretbar ist. Wenn im Dezember über den Hauptbahnhof der **Hamburger Flughafen per Bahn** aus Schleswig-Holstein erreicht werden kann, ist das ein wesentlicher Fortschritt. Wenn es dann noch gelingt, die **Anbindung** des Flughafens nach Norden und Süden zu verbessern, ist dies ein wichtiger Schritt nach vorn.

Es sind Verbesserungen auf der Strecke Niebüll-Westerland, Niebüll-Esbjerg sowie der Ausbaustrecke Kiel-Lübeck zu nennen. Einzelheiten dazu entnehmen Sie bitte dem Bericht, insbesondere im Hinblick auf die StadtRegionalBahn, die darin sehr ausführlich dargestellt wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den **Prioritäten** sagen, denn diese sind je nach regionalem Bezug unter den politischen Akteuren umstritten. Wir prüfen für alle im Bericht genannten Projekte alle **Finanzierungsmöglichkeiten**. Für das Drei-Achsen-Projekt auf der einen Seite beziehungsweise die StadtRegionalBahn auf der anderen Seite gibt es einen Fördertopf, der in Schleswig-Holstein bisher lediglich für den Ausbau der AKN angezapft wurde. Wir wollen diesen Fördertopf auch für andere Förderprojekte in Schleswig-Holstein anzapfen, die ein erhebliches Finanzvolumen haben. Wir prüfen, wie gesagt, beide Vorhaben.

Sollte es im Ergebnis zu einer Konkurrenz zwischen Vorhaben innerhalb des Landes kommen, dann würden wir den Projekten den Vorzug geben, die den größeren **Nutzen für den Verkehr** und den **Klimaschutz** haben sowie eine wesentlich größere Zahl von Fahrgästen ansprechen. Aus jetziger Sicht spricht mehr für das Drei-Achsen-Konzept als für die StadtRegionalBahn. Aber wir werden beide Projekte zu Ende denken. Außerdem wird der Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs im **Großraum Hamburg** mit Sicherheit weiter vorangetrieben werden. Über alles andere müssen wir später entscheiden.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist ein **Standortfaktor** ersten Ranges. Ohne ihn kann die Wirtschaft, ohne ihn kann das ganze Land nicht funktionieren. Ich weiß, dass die meisten hier nur mit dem Auto unterwegs sind und den ÖPNV denjenigen überlassen, die sich kein Auto leisten können oder für die sich die Fahrt mit dem Auto nicht lohnt. Wenn es eine direkte Streckenverbindung gibt, wird der ÖPNV natürlich genutzt. ÖPNV funktioniert allerdings dort am besten, wo

auch Schlipsträger von der Attraktivität des Angebots überzeugt werden und die regionale Wirtschaft den ÖPNV unterstützt, weil sie auf diese attraktive Form der Mobilität nicht verzichten will. Durch regelmäßige Nutzung des Schienenverkehrs sollten wir immer wieder deutlich machen, wie wichtig dieser für unser Land ist; das gilt für alle Bevölkerungsschichten.

Der öffentliche Personennahverkehr wird in Zukunft immer wichtiger werden, wobei der Klimaschutz und steigende Kraftstoffpreise wichtige Faktoren sein werden. Der ÖPNV liefert jedoch nicht nur ein Schlüsselprodukt, sondern ist selbst ein attraktiver Wirtschaftszweig. Inzwischen arbeiten in Schleswig-Holstein sieben Eisenbahnbetriebe. Schienenfahrzeuge fahren in unserem Land nicht nur, sondern sie werden hier auch gewartet. Es werden in zwei Werken Eisenbahnen produziert und in alle Welt geliefert. Außerdem wird Systemtechnik hergestellt sowie viele andere Dinge, die mit dem Schienenverkehr zu tun haben. Deswegen sind wir darum bemüht, die Themen Schienenverkehr und Bau von Lokomotiven so aufzubereiten, dass Sie sich für ein drittes Fraunhofer-Institut in Schleswig-Holstein eignen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen den gesamten Komplex zu einer neuen Leitidee verdichten, die wir gemeinsam vertreten. Schleswig-Holstein hat einen hervorragenden öffentlichen Personenverkehr, insbesondere auf der Schiene. Das bedeutet Lebensqualität, Klimaschutz und Arbeitsplätze. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Erfolgsgeschichte - so wie es bisher geschehen ist - gemeinsam fortschreiben würden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich auf der Besuchertribüne unseren ehemaligen Abgeordnetenkollegen, Herrn Joachim Behm, ganz herzlich begrüßen. - Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende FDP-Fraktion hat der Herr Kollege Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Austermann, ich finde, dass das, was Sie eben hier abgeliefert haben,

(Dr. Heiner Garg)

schon an Arbeitsverweigerung grenzt. Wir haben einen Bericht zu sechs konkreten Punkten angefordert. Von diesen sechs Punkten haben Sie maximal einen halben Punkt tatsächlich beantwortet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben davon gesprochen, dass der **SPNV** immer wichtiger würde, auch für sogenannte Schlipsträger; ich nehme an, dass Sie damit auch einige von uns meinen. Es war aber nie die Rede von einem konkreten **Finanzierungskonzept**. Haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendetwas von der konkreten Finanzierung der einzelnen Projekte gehört? - Ich nicht. Haben Sie irgendetwas von der **Prioritätenliste**, die wir explizit angefordert hatten, gehört? - Abgesehen davon, dass der Minister das **Drei-Achsen-Konzept** über die StadtRegionalBahn stellt, habe ich dazu nichts gehört. Ich finde es inakzeptabel, dass die Landesregierung einen Berichtsauftrag in dieser Art und Weise erfüllt.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dringend erforderlich - dabei nehmen wir die Landesregierung beim Wort - sind natürlich Lösungen, die in dem gegebenen finanziellen Rahmen ein Maximum an Nutzen generieren. Nur ein **Gesamtkonzept** unter Abwägung der verkehrspolitischen Erfordernisse und der finanziellen Möglichkeiten kann diese Maßgabe erfüllen. Ein Gesamtkonzept, Herr Austermann, haben Sie heute aber nicht vorgelegt.

Sie tingeln durch das Land und versprechen überall den zügigen Ausbau und Neubau von Bahnstrecken, die Schaffung neuer S-Bahn-Trassen oder sonstige **Schienenprojekte**. In **Kiel** versprechen Sie den Bau der StadtRegionalBahn, im **südlichen Schleswig-Holstein** die schnellere Anbindung an Hamburg durch ein Drei-Achsen-Konzept und im **Landesteil Schleswig** den zügigen Ausbau des grenzüberschreitenden SPNV zwischen Schleswig und Dänemark. Allerdings scheinen Sie, Herr Minister Austermann, zu vergessen, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann. Um ihn aber ausgeben zu können, muss man ihn erst einmal in der Tasche haben. Bislang, Herr Minister, fehlt jedes Finanzierungskonzept zu Ihren Ankündigungen!

(Beifall bei FDP und SSW)

Außerdem fehlt eine Prioritätenliste in Bezug auf Ihre Vorhaben. Der vorliegende Bericht beinhaltet weder eine **Prioritätensetzung** noch eine verbindliche Aussage zur Finanzierung. Das ist - milde ausgedrückt - bei Weitem nicht ausreichend. Lassen

Sie mich auf einzelne Vorhaben, die in diesem Bericht genannt werden, eingehen. Da wäre zunächst das sogenannte Drei-Achsen-Konzept, bei dem es um die verkehrliche **Anbindung** des Hamburger Speckgürtels an den **Hamburger Hauptbahnhof** geht. Bereits am 21. Februar hat der Verkehrsminister dieses wegweisende Projekt in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert. Der Inhalt lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die am stärksten genutzten Schienenverkehrsverbindungen in Schleswig-Holstein sollen bis 2015 ausgebaut werden.

Das war schon damals keine Neuigkeit, da dies bereits im Bundesverkehrswegeplan abgesichert ist. Für einen Teil der Strecke sollen **Zwei-System-S-Bahnen** benutzt werden. Auch das ist nicht revolutionär. Die **AKN** setzt diese auf ihrer derzeitigen Strecke zumindest im Abend- und Nachtbetrieb bereits ein. Es wäre ein Leichtes, dies auch tagsüber zu gewährleisten. Sie, Herr Minister, müssten es nur genehmigen. Die Kosten des **Drei-Achsen-Konzepts** betragen rund 500 Millionen €. Die Finanzierung ist allerdings ungeklärt. Auch im heute vorliegenden Bericht der Landesregierung sind leider keinerlei neue Entwicklungen zu erkennen, kein Konzept, keine Finanzierung.

Ich komme zum zweiten Projekt, der **Schienenanbindung** an den **Flughafen Fuhlsbüttel**. Seit Jahrzehnten wird diskutiert, wird vorgeplant und wieder verworfen. Die **AKN** sagt seit Jahren, dass eine Anbindung des Netzes an den Flughafen absolut sinnvoll wäre. Am 26. April 2006 präsentierte der Wirtschaftsminister dem Wirtschaftsausschuss zwei Gutachten, eines von der LVS und ein weiteres von der Intraplan Consult GmbH. Beide Gutachten kommen durchaus zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben nicht aussichtslos und mindestens prüfenswert sei. Doch passiert ist seit 2006 nichts. Auch die Ausführungen im heute vorliegenden Bericht werden nicht konkreter. Es heißt darin nur - ich zitiere -:

„Die unterschiedlichen Varianten und die damit verbundenen Kosten werden derzeit untersucht.“

Herr Minister, wann können wir endlich mit einem Ergebnis rechnen? Ich wünsche mir sehr, dass endlich einmal etwas zielgerichteter geprüft und ein Ergebnis erzielt wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die zügige Realisierung der Anbindung der K.E.R.N.-Region an Hamburg und insbesondere an

(Dr. Heiner Garg)

den Flughafen Fuhlsbüttel ist dringend erforderlich. Zumindest diesbezüglich sollte Einigkeit herrschen. Diese Anbindung ist in einem viel höheren Maße erforderlich als so manches kommunalpolitische Prestigeobjekt.

Damit komme ich zum dritten Punkt, der **StadtRegionalBahn** in Kiel. Aus meiner Sicht ist das ein in erster Linie ideologisch motiviertes kommunalpolitisches Prestigeobjekt. Es handelt sich dabei um eine um die Kieler Hörn herumfahrende Bimmelbahn, die den Steuerzahler allein mit **Baukosten** von mindestens 500 Millionen € belasten würde, von den hohen **Betriebskosten** von jährlich rund 400 Millionen € einmal ganz zu schweigen. Wenn Sie ehrlich sind, Herr Minister, geben Sie zu, dass Sie das in Ihrem Bericht genauso sehen. Es soll ein 25 km langes Stadtbahnnetz geschaffen werden, welches sich U-förmig um die Förde herum entwickelt. Vielleicht mangelt es mir einfach nur an Vorstellungskraft, aber wie etwas U-förmiges die Bezeichnung „Netz“ verdient, ist mir wirklich schleierhaft.

Weiter heißt es in dem Bericht, dass das derzeit noch bestehende **Linienbusnetz** nach der Realisierung der StadtRegionalBahn nur noch als ergänzendes System dienen soll. Im Klartext heißt das: Das Busnetz wird ausgetrocknet, einzelne Linien stillgelegt. Ein gutes Angebot sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt komme ich zu den Kosten. Es heißt im Bericht, dass die **Aufgabenträger** für die StadtRegionalBahn mehr **finanzielle Mittel** bereitstellen müssen als für das herkömmliche Angebot. Das überrascht mich nicht. Die Investitionsbank hat errechnet, dass sich allein die Baukosten - zumindest bezogen auf das Preisniveau des Jahres 2006 - auf 396 Millionen € belaufen würden.

Nimmt man zur Kenntnis - da wird sich der Kollege Matthiessen besonders freuen; mit ihm haben wir am Dienstag noch über steigende Rohstoffpreise debattiert, Frau Kollegin Langner -, dass allein im Jahr 2007 die Stahlpreise um 70 % gestiegen sind, dann sollte man realistischerweise eher von 500 Millionen € ausgehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Geld, das natürlich weder das Land noch die Stadt Kiel zur Verfügung hat.

Aber zu den Baukosten kommen dann obendrauf noch die Betriebs- und Unterhaltungskosten: Streckenunterhaltung 10,8 Millionen €, Trassen- und Stationspreise von 10 Millionen € und die Kos-

ten des Betriebes, welche nach der Prognose der Investitionsbank durch die Fahrgelderträge gerade ausgeglichen werden. Mit anderen Worten: ein dickes Minusgeschäft!

Also soll ein **privater Investor** gefunden werden, der die Sache im Rahmen eines ÖPP-Projektes regelt. An der Stelle wird es sehr interessant, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Ein privates **ÖPP-Projekt** soll also Ihr Lieblingsprojekt in Kiel regeln. Ein Konstrukt, welches die größten Befürworter der Stadt-Regional-Bahn, nämlich die Grünen, hier im Land massiv ablehnen, sowohl bei der L 192 in Nordfriesland, als auch bei der festen Fehmarnbelt-Querung. Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Monika Heinold, hat im Finanzausschuss sogar grundlegende Bedenken gegen solche Finanzierungsvarianten geltend gemacht. Diesen Widerspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Sie erst einmal aufklären.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Dieser private Investor soll nach Berechnungen der Investitionsbank rund 60 % der **Baukosten**, also nach heutigem Stand rund 300 Millionen €, übernehmen. Ist Ihnen eigentlich irgendein Investor bekannt, der sich ernsthaft bereit erklärt hat, in ein solches Projekt einzusteigen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist alles virtuell!)

Aber ich glaube, soweit wird es ohnehin nicht kommen, da SPD und Grüne in Kiel den ÖPNV rekommunalisieren wollen und **private Anbieter** dann schlichtweg ausgeschlossen sind, somit sie Ihr ÖPP-Projekt sowieso vergessen können.

(Beifall bei der FDP)

Ein attraktiver **Wirtschaftsstandort K.E.R.N.** braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die die zeitliche Entfernung zur Metropolregion Hamburg verkürzt. Und die K.E.R.N.-Region braucht eine verbesserte Anbindung über die feste Fehmarnbelt-Querung in den blühenden skandinavischen Wirtschaftsraum. Die StadtRegionalBahn ist viel zu wenig verkehrlicher Nutzen für einen viel zu großen Haufen Geld.

(Beifall bei der FDP)

Viel wichtiger sind eine direkte, schnelle und leistungsfähige Schienen- und Straßenverbindung zur festen **Fehmarnbelt-Querung** und eine Schienenverbindung zum **Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel**.

(Dr. Heiner Garg)

Der Bericht erfüllt bei Weitem nicht unsere Erwartungen. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Planung von Verkehrsinfrastruktur immer ein Gesamtverkehrskonzept zugrunde liegen muss. Dies erfordert einen Abwägungsprozess im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu den verkehrspolitischen Erfordernissen und den finanziellen Möglichkeiten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Bislang jedenfalls liegt uns ein solches Gesamt-konzept nicht vor. Mich würde interessieren, ob Sie, Herr Minister Austermann, eine Vorstellung von einem solchen Gesamt-konzept haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, hat er nicht!)

So heißt es in dem Bericht lediglich, dass in jedem Einzelfall eine Finanzierungsprüfung vorgenommen wird. Das heißt im Umkehrschluss eben auch, dass es bedauerlicherweise immer noch kein Gesamt-konzept gibt.

(Beifall bei der FDP)

Was auch fehlt, ist jegliche Aussage zu einer **Priorisierung**. An dieser Stelle wird es fast noch interessanter. Ich habe ja Verständnis für die finanziellen Nöte. Nur dafür, dass sich Herr Austermann um jede Aussage zu einer Priorisierung der Maßnahmen drückt, habe ich keines. Er kann doch mal sagen, welche Maßnahme er als erste abarbeiten möchte, welche als zweite und welche als dritte. Wir haben ihn ausdrücklich darum gebeten, in seinem Bericht eine Prioritätenliste der Maßnahmen aufzuzeigen. Der geneigte Leser kennt nach Studium des Berichts möglicherweise den Unterschied zwischen „Großprojekten“ und „weiteren zentralen SPNV-Projekten“. Nach welchen **Kriterien** die Realisierung der einzelnen Projekte vorangetrieben werden, weiß auch der geneigte Leser bedauerlicherweise nicht. Ein **Zeitplan** fehlt in diesem Bericht im Übrigen völlig.

Spätestens zu den Haushaltsberatungen, Herr Minister, muss die Koalition Farbe darüber bekennen, was sie eigentlich wann bauen will. Denn spätestens dort werden Sie feststellen, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann.

Ich will abschließend Folgendes ganz deutlich sagen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit, Herr Kollege.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin, im komme zum Schluss. - Der **Ausbau der SPNV-Infrastruktur** ist dringend erforderlich und findet unsere Unterstützung, aber bitte auf der Basis eines ordentlichen, solide durchgerechneten Gesamt-konzeptes.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt sei lieb!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Garg, wenn Sie den Bericht gelesen hätten

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Habe ich doch!)

und nicht hätten lesen lassen, hätten Sie gesehen, dass alle Zahlen, die Sie anfordern, hier darin sind. Es gibt doch nichts Langweiligeres, als nur die Zahlen zu wiederholen, die in dem Bericht sehr ausführlich und sehr direkt enthalten sind.

Sie werfen dem Minister vor, dass er keine Prioritäten gesetzt hat. Sie hätten im Februar die Zeitung lesen sollen. Da gab es Protest in Kiel, dass das **Drei-Achsen-Konzept** eine klare Priorität vor der noch nicht endgültig beschlossenen SRB hatte. Also: Zeitung lesen hilft, Bericht lesen hilft auch! Dann hätte die Aufregung hier heute nicht nötig getan.

Lassen Sie mich auf den Auslöser eingehen: Das Ziel des **StadtRegionalBahn-Konzeptes** in **Kiel** ist, eine qualitative Verbesserung des **ÖPNV** zu erreichen. Dies soll durch Verringerung der Umsteigezeiten und einer besseren verkehrliche Anbindung der Region an die Stadt erfolgen. Es wird ein übergreifendes **ÖPNV/SPNV-Gesamtkonzept** für die Gesamtregion um Kiel entwickelt.

Für die Umsetzung bedarf es verschiedener Maßnahmen: Das etwa 25 km lange **Stadtbahnnetz** mit Anbindung an das **regionale Netz** muss ertüchtigt und die notwendigen Umbauten müssen vorgenommen werden. Die **Fahrpläne** müssen auf die SRB abgestimmt werden. Das **Linienbusnetz** soll künftig als flächendeckende Ergänzung zum Verkehrs-

(Hans-Jörn Arp)

träger Schiene dienen. Äußerst positiv ist, dass Parallelverkehre abgeschafft werden sollen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist selten, Herr Kollege. Das schadet meinem Ruf in der Fraktion.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine von den betroffenen Gebietskörperschaften und dem Land in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- von Ihnen noch mehr! -,

(Heiterkeit - Beifall bei der FDP)

dass das Projekt - hört doch einmal zu, wenn ich über dieses wichtige Projekt rede - technisch machbar ist und positive verkehrliche Wirkungen bringt. Die Realisierung wird mit einem **Standortvorteil** für die gesamte Region, in der rund 650.000 Menschen leben, gerechnet.

Die **Kosten-Nutzen-Analyse** erscheint positiv. So ist der Indikator mit 2,2 angegeben. Vonseiten der I-Bank werden die Investitionskosten auf Basis von 2006 auf rund 400 Millionen € geschätzt, von denen das Land über das GVFG etwa 15 % zu tragen hat. Ob die Fahrgeldeinnahmen ausreichen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein!)

um die **Betriebskosten** zu decken, weiß zurzeit allerdings noch keiner.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die I-Bank sagt Nein!)

Das Projekt ist grundsätzlich zu begrüßen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein!)

Es kann der Region einen wichtigen wirtschaftlichen Schub geben. Dafür ist es aber wichtig - jetzt kommt es -, dass sich alle Kommunen dazu bekennen. Sie müssen es in der **Region** mittragen. Die Kommunen tragen am Ende die meisten Kosten.

Mir scheint, dass dieses im Moment nicht der Fall ist. Die Umlandkreise haben Vorbehalte, da es keine verlässlichen Zahlen gibt, die Auskunft über zu erwartenden finanzielle Verpflichtungen geben. Als Land sollten wir daher abwarten, wie sich die neuen Akteure in den Gebietskörperschaften entscheiden. Bei positiver Entscheidung sind wir sicherlich bereit, uns zu engagieren.

Im Gegensatz zur SRB ist das **Drei-Achsen-Konzept** auf **Hamburg** ausgerichtet. Hamburg ist der Impulsgeber für ganz Norddeutschland. Hamburg ist der größte und wichtigste Arbeitgeber auch für Schleswig-Holstein. Das Problem aber ist, dass die Verkehrswege von und nach Hamburg mittlerweile chronisch verstopft sind.

Eine gute Erreichbarkeit von Hamburg ist aber die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand auch in Schleswig-Holstein. Daher ist es wichtig und richtig, dass Minister Austermann Ende Februar in Zusammenarbeit mit der DB AG das Drei-Achsen-Konzept vorgelegt hat.

(Dr. Johann Wadepful [CDU]: So ist das!)

Das Konzept ist dringend erforderlich. Im Großraum Hamburg, in der **Metropolregion**, leben über 4 Millionen Menschen, von denen jeden Tag rund 75.000 Reisende aus Schleswig-Holstein mit dem Zug nach Hamburg pendeln.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich wusste, dass Sie ein Erbsenzähler sind. - Auf der Straße sind es 255.000. Das macht zusammen 330.000.

Herr Minister, wir sind uns einig, dass wir die Schlipsträger - wie Sie sie nennen - langsam - zumindest einen Teil davon - von der Straße auf die Schiene bekommen. Es ist ein überfälliger Schritt; der hätte schon längst geschehen müssen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist eine gute Idee, Herr Kollege!)

- Ich habe viele gute Ideen. Sie sollten öfter einmal zuhören, wenn ich etwas sage.

Schließlich sind die Straßen um Hamburg die am stärksten belasteten. Die Bahnverbindungen sind diejenigen, die die höchsten Nachfragewerte aufweisen.

Die Situation auf den einzelnen Achsen zeigt bereits heute deutliche Kapazitätsengpässe: Auf der Ost-Achse wird sich dies durch den Bau der Fehmarnbelt-Querung weiter verstärken.

Auf der West-Achse wird die steigende Verkehrsnachfrage auf der Schiene nicht mehr über die vorhandene zweigleisige Strecke bedient werden können. Die Nord-Achse kann nur durch Maßnahmen zur Beschleunigung von Reisezeiten und Verringerung von Umsteigezwängen attraktiver werden.

Insgesamt wird mit dem zielgerichteten **Drei-Achsen-Konzept** angestrebt, eine schnellere Realisierung der Maßnahmen als im Bundesverkehrswege-

(Hans-Jörn Arp)

plan vorgesehen zu ermöglichen. Es geht also voran, und es muss auch schneller vorangehen - das zur Frage von Heiner Garg. Sie müssen immer sehen, dass wir das im Kontext mit dem Bundesverkehrswegeplan planen müssen, sonst bekommen wir kein Geld. Da müssen wir darauf drängen, dass das schneller geschieht. Das ist also nicht allein eine Aufgabe des Landes, sondern das Land kann nur darauf drängen, der Bund gibt das Geld dafür. Das ist übrigens ein SPD-Bundesverkehrsminister.

Auf der Achse eins, **Hamburg-Bad Oldesloe-Ahrensburg**, muss eine Trennung von Güter- und Personenverkehr erfolgen. Ebenso bedarf es einer unabhängigen S-Bahn-Trasse. Insgesamt ist ein Investitionsvolumen - Herr Kollege Garg, das steht im Bericht - von 405,8 Millionen € inklusive der Elektrifizierung vorgesehen.

Die Verkehrsnachfrage auf der zweiten Achse entlang der A 23, **Hamburg-Elmshorn-Itzehoe**, kann nicht mehr über die vorhandene zweigleisige Strecke ausreichend bedient werden. Daher ist folgender Ausbaubedarf mit einem Investitionsvolumen von 177,4 Millionen € zwingend vorhanden: Erweiterung Bahnhof Elmshorn; Bau des dritten Gleises zwischen Elmshorn und Pinneberg zur Trennung Güter-/Fernverkehr vom Vorortverkehr und die Einrichtung eines Express-S-Bahnhofs in Itzehoe.

Auf der dritten Achse, **Hamburg-Quickborn/Norderstedt-Kaltenkirchen**, entlang der A 7 muss das vorhandene Nachfragepotential besser ausgeschöpft werden. Dazu bedarf es einer weiteren Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur, einer Anbindung des Flughafens sowie der Elektrifizierung der AKN bis Kaltenkirchen.

Es handelt sich hierbei um einige neue Projekte, so dass das Investitionsvolumen noch untersucht werden muss. Die Zahlen sollen in Kürze vorgelegt werden.

Eigentlich war und ist die **Zusammenarbeit** zwischen **Hamburg und Schleswig-Holstein** gut. Mit Bedauern habe ich allerdings zur Kenntnis genommen, dass in dem Hamburger Koalitionsvertrag keine Vereinbarungen zu den verkehrlichen Umlandbeziehungen getroffen wurden.

(Günter Neugebauer [SPD]: War die CDU da nicht dabei!)

Dieses ist offensichtlich ein Versäumnis der Grünen, Herr Kollege, da die zuständige Senatorin Frau Hajduk von den Grünen kommt. Eine Straßenbahn allein für Hamburg zu bauen, reicht nicht aus, um

die verkehrlichen Probleme in Hamburg und um Hamburg herum zu lösen, sie schafft eher neue Probleme.

Es wird unsere Aufgabe sein, den neuen Hamburger Senat für das Umland zu sensibilisieren. Ich versichere Ihnen, wir werden uns dafür einsetzen.

Neben den beiden großen Projekten geht der Ausbau des SPNV in Schleswig-Holstein weiter voran. Im **Netz Nord** wird auf der Strecke Westerland-Niebüll durch verschiedene Ausbaumaßnahmen eine Verbesserung des Betriebsablaufes stattfinden. Unser Ziel muss der vollständige zweigleisige Ausbau zwischen Niebüll und Sylt sein. Wir haben gestern ein Gespräch mit Herrn Dr. Wiesheu von der Bahn gehabt. Er hat uns versichert, sich dafür einzusetzen, dass wir bis Klanxbüll und Niebüll so schnell wie möglich den zweigleisigen Ausbau bekommen.

Im **Netz Ost** haben wir mit der Neuausschreibung das Fundament für die weitere Attraktivierung gelegt. Durch die Ausschreibung werden zwei neue Kreuzungsbahnhöfe Kiel-Elmschenhagen und Plön entstehen. Die Abschnitte zwischen Preetz und Ascheberg sowie Malente und Timmendorf werden ertüchtigt. Ziel ist es, die Strecke durchgehend mit 140 km/h befahren zu können, dadurch verkürzt sich die Reisezeit zwischen Kiel und Lübeck auf unter eine Stunde.

Weitere Maßnahmen, die ich nur nennen möchte, sind die Verbesserung der Stationen, die Weiterentwicklung des Schleswig-Holstein-Tarifs und die Verbesserung der Anschlüsse für Bahn und Bus.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Fazit. Das Land investiert vorbildlich in den Ausbau des SPNV hier in Schleswig-Holstein. Voraussetzung für die Realisierung eines Projektes ist jedoch die **Wirtschaftlichkeit** desselben. Voraussetzung für die Realisierung der SRB in Kiel ist daher deren Wirtschaftlichkeit und eine breite Zustimmung in den Kommunen.

Ich denke, es ist nicht sinnvoll, das eine gegen das andere Projekt, den SPNV beziehungsweise die Kieler Stadtbahn gegen das Drei-Achsen-Konzept, auszuspielen,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern wir sollten versuchen, das eine und das andere zu realisieren - und das, Herr Dr. Garg, so schnell wie möglich.

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer mehr Verkehr von der Schiene auf die Straße bekommen will, braucht einen gut ausgebauten Schienenpersonennahverkehr. Es ist gut, dass wir dieses Thema hier erneut im Landtag beraten und behandeln. Ich danke dem Kollegen von der FDP für diese Initiative und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für den Bericht. Herr Dr. Garg, wir unterscheiden uns sicherlich in einigen Ansichten. Zu der Aussage zur Stadtbahn Kiel komme ich noch. Einige Dinge sehen wir durchaus etwas anders. Wir haben aber die gemeinsame Verpflichtung, über die Entwicklung des ÖPNV und SPNV in den nächsten Jahren hier sehr intensiv zu diskutieren und Lösungen zu finden,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

weil wir ansonsten den Anforderungen der Zukunft überhaupt nicht gerecht werden können.

„Wir werden auf der Grundlage unserer erfolgreichen Strategie für Wettbewerb, Qualität und Infrastrukturausbau den Schienenpersonennahverkehr im Land weiter optimieren. Dazu gehören die Öffnung weiterer Haltepunkte, weitere Zugverbindungen mit mehr Qualität und Pünktlichkeit und attraktive Tarifstrukturen.“

So steht es im Wahlprogramm der SPD, und das hat nach wie vor Aktualität, wie unsere Situation zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Ein gut ausgebauter Schienenpersonennahverkehr nützt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, er nützt den Betrieben, und er nützt der Weiterentwicklung des Tourismus in unserem Land. Das ist ein wichtiger **wirtschaftlicher Schwerpunkt**.

Der Bericht der Landesregierung zu zentralen SPNV-Projekten zeigt einerseits auf, dass in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs, aber auch im Bereich des ÖPNV, unternommen wurden. Andererseits wird deutlich - auch durch meine Vordr. -, dass zur weiteren Verbesserung und At-

traktivitätssteigerung in den Bereichen SPNV und ÖPNV erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen werden müssen. Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist die Qualität von SPNV und ÖPNV wichtige Grundlage und Voraussetzung für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger.

Schwerpunktmäßig werden im Antrag der FDP die zukünftigen zentralen Projekte des schienengebundenen Personennahverkehrs in Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Pläne zur Errichtung einer **StadtRegionalBahn** in Kiel hinterfragt. Seit 2001 wird die Realisierung einer StadtRegionalBahn in der Region Kiel geprüft. Die Gesamtkonzeption ergibt ein qualitativ hochwertiges System, das nicht nur für die Landeshauptstadt Kiel, sondern auch für die umliegenden Kreise eine erhebliche Attraktivitätssteigerung gegenüber dem jetzigen SPNV- und ÖPNV-Angebot bedeuten kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die gesamtwirtschaftliche Untersuchung ergibt laut Aussage der Landesregierung eindeutig den volkswirtschaftlichen Nutzen eines solchen Vorhabens.

Hierbei soll die Umsetzung der Infrastruktur im Rahmen eines **ÖPP-Modells** möglich und gegebenenfalls vorteilhaft sein. Bei Investitionskosten von rund 400 Millionen € ist aber sicherlich auch eine sorgfältige und sachliche Abarbeitung aller offenen Fragen erforderlich. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Diskussion zum ÖPP-Modell der Landesstraße L 192 vor wenigen Tagen. Das ist sehr problematisch, und deshalb müssen wir uns diesen Problemen in der Diskussion auch stellen. Aber es lohnt sich auch, ein solches Zukunftsmodell auszudiskutieren, die Chancen zur Realisierung zu prüfen, und wenn es dann eine Möglichkeit gibt, dieses auch umzusetzen.

Weitere Großprojekte in Schleswig-Holstein sind der Ausbau der Bahnstrecke **Hamburg-Bad Oldesloe-Ahrensburg** mit einem Investitionsvolumen von rund 420 Millionen €. Der Ausbau der Bahnstrecke **Hamburg-Elmshorn-Itzehoe** mit der Erweiterung des Bahnhofs Elmshorn, Schaffung eines vierten Bahnsteiggleises und eines dritten Gleises zwischen Elmshorn und Pinneberg beinhaltet eine Gesamtinvestitionssumme von rund 180 Millionen €.

Komplettiert wird das sogenannte Drei-Achsen-Modell durch den Ausbau der Bahnstrecke **Hamburg-Quickborn/Norderstedt-Kaltenkirchen**,

(Bernd Schröder)

wobei die Kosten für die unterschiedlichen Varianten zurzeit noch ermittelt werden.

Nehmen wir nur die genannten Großprojekte, die sich aus der Antwort der Landesregierung ergeben, befinden wir uns bei der Frage des **Finanzbedarfs** bereits bei weit über 1 Milliarde €. Da für diese Maßnahmen bisher ausschließlich 75 Millionen € im vordringlichen Bedarf des **Bundesverkehrswegeplans** für den Ausbau des Abschnitts Pinneberg-Elmshorn vorgesehen sind und weitere 102 Millionen € erst im weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans berücksichtigt werden - jeder weiß, was das bedeutet -, wird deutlich, welchen tatsächlichen Realisierungsstand die wünschenswerten Großprojekte im Bereich des SPNV in Schleswig-Holstein haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das muss mal gesagt werden!)

Darüber hinaus - es gibt ja Kollegen, für die es nur die Hochbrücke gibt - gibt es natürlich **weitere zentrale SPNV-Projekte**, wie sie eben auch im Bericht aufgezeigt wurden. Wir haben gestern im Gespräch mit Dr. Wiesheu deutlich vernennen müssen, dass die hier diskutierten Projekte auf keinem Schaubild erscheinen und keinerlei Finanzierungsgrundlage haben. Wenn wir das eine oder andere realisieren wollen, gilt es noch, dicke Bretter zu bohren und entsprechende Fördermaßnahmen anzufordern.

Noch 2008 werden Verbesserungen des Betriebsablaufes auf den Strecken **Niebull-Westerland** und auf der Strecke **Niebull-Esbjerg** erfolgen. Ferner sind der Ausbau der Strecke **Kiel-Lübeck** inklusive Angebotserweiterung und die Verbesserung der Stationen zu erwähnen. Hier ist das Stichwort das Stationsprogramm Schleswig-Holstein, das erfolgreich ist. Wir haben viele Bahnhöfe in einen Zustand versetzt, der die Attraktivität steigert; jeder von Ihnen kennt einige dieser Bereiche; nicht zuletzt auch die Landeshauptstadt Kiel ist im Bereich des Bahnhofs attraktiv umgestaltet worden. Die Weiterentwicklung des Schleswig-Holstein-Tarifes und die Verbesserung der Anschlüsse zwischen Bahn und Bus sind weitere wichtige Bausteine, um die Situation des SPNV, aber auch des ÖPNV in Schleswig-Holstein zu verbessern.

Neben den Großprojekten haben wir uns aber auch verantwortlich den Herausforderungen im **Nahverkehr** in Schleswig-Holstein zu stellen. Der demografische Wandel wird Auswirkungen auf den SPNV durch Erhöhung der Verkehrsleistung von bis zu 16 % bis 2025 haben. Steigende Nachfrage

ist von uns allen politisch gewollt, erfordert aber auch erhebliche Investitionen und Maßnahmen, um ihr gerecht zu werden. Die heutigen Kapazitäten, Fahrzeuge und eben auch Infrastruktur würden insbesondere in den Hauptverkehrszeiten nicht ausreichen. Klimaschutz und Daseinsvorsorge erfordern langfristig den landesweiten Ausbau des gesamten Nahverkehrs - Bahn und Bus. Dies ist in anderen Ländern bereits ein wichtiger **Standortfaktor** für viele Gemeinden und auch für die Wirtschaft, also auch eine Chance für Schleswig-Holstein.

Maßnahmen sind Verdichtung oder Beschleunigung des heutigen SPNV-Angebotes, Halbstundentaktangebote auf den Hauptstrecken, Beschleunigung der Fahrtzeit Kiel-Lübeck auf unter 60 Minuten, Beschleunigung einzelner Züge zu Expresszügen, Entwicklung von neuen Angebotskonzepten, Weiterentwicklung des Taktfahrplans im SPNV, Vertaktung von Bahn- und Busverkehr, um möglichst optimale Wegekettens zu erzielen. Hier gibt es nach wie vor insbesondere in der Fläche Problembereiche. Wir müssen den Ausbau von Strecken und Stationen vornehmen. Durch das Stationsprogramm Schleswig-Holstein, durch Modernisierung und Umbaumaßnahmen im und um den Bahnhof herum, insbesondere unter Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung durch Service am Bahnhof, müssen wir eine kontinuierliche Verbesserung des SPNV und ÖPNV anstreben.

Der **Schleswig-Holstein-Tarif** war bundesweit der erste landesweite Bahntarif und ist auch von anderen Ländern sehr erfolgreich übernommen worden.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch hier gilt es, eine Weiterentwicklung dieses Tarifes voranzubringen, zum Beispiel durch Entwicklung neuer Tarifangebote für spezielle Zielgruppen. Prüfung neuer Vertriebswege, zielgruppenorientiertes Marketing mit Schwerpunkt Tourismus auch in anderen Bundesländern, aber auch qualitätssichernde Maßnahmen sind erforderlich.

Wir stehen in der Verantwortung, eine konsequente **Weiterführung des Wettbewerbs** in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Hierzu gehört die Ausschreibung des Netzes Nord mit einem Betriebsbeginn 2011 und die Ausschreibung des Netzes Mitte mit einem Betriebsbeginn 2014. Auch das werden wir sehr verantwortungsvoll anpacken und umsetzen müssen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist deutlich geworden, welche großen Herausforderungen im SPNV, aber auch im ÖPNV in nächster Zeit von uns bewältigt werden müssen. Dabei sind erhebli-

(Bernd Schröder)

che **Finanzierungsfragen** zu lösen. Kürzungen von Regionalisierungsmitteln - ein Stichwort, was hier noch nicht gefallen ist, auch daran will ich erinnern - müssen wir in den nächsten Jahren auffangen - bei gleichzeitiger Attraktivitätssteigerung und Ausbau des gesamten Systems.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen Zukunftskonzepte auflegen, die auch im Rahmen der Daseinsvorsorge zukünftig den Menschen in Schleswig-Holstein eine Mobilitätsgarantie geben und ein attraktives Angebot im SPNV und ÖPNV sicherstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass erhebliche Herausforderungen auf uns zu kommen. Denen müssen wir uns stellen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Bernd Schröder. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist nett, dass uns der Minister heute vorgelesen hat, was wir im Jahre 2002 in den neuen Bundesverkehrswegeplan geschrieben hatten, und noch einmal erzählt hat, welche Vorhaben existieren. Ich gebe aber Herrn Garg durchaus recht: Ich hätte erwartet, dass wir ein **Finanztableau** bekommen, welche Investitionen in Schleswig-Holstein über den Bundesverkehrswegeplan und über die SPNV-Mittel des Bundes und des Landes in den nächsten zehn oder 20 Jahren zu erwarten sind und welche Projekte in welcher Größenordnung daraus finanziert werden können. Das wäre die Aufgabe nach dieser Anfrage gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist nicht geleistet worden. Ich verzichte jetzt darauf, die einzelnen Projekte noch einmal vorzustellen, auch wenn das in meiner Rede steht; meine Vorredner haben das, wie ich meine, hervorragend gemacht. Ich versuche, auf die Eckpunkte zu dem einzugehen, was in Schleswig-Holstein anliegt.

Wir haben zum einen das **Achsenkonzept** mit den drei Hauptachsen, die sowohl eine Schienen- als auch eine Autobahnstrecke aufweisen. Wir haben erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten auf der Strecke Hamburg-Lübeck über Ahrensburg und Bad Oldesloe. Ich schätze, dass man in dem Bereich mit den Verbesserungen, mit den Investitionen, zu einer Steigerung der Fahrgastzahlen von mehr als 10.000 Fahrgästen je Tag kommen kann. Das bedeutet, dass die A 1 um diese 10.000 Personen entlastet würde. Das ist ein wichtiges Vorhaben. Darüber sind wir alle uns einig.

Die zweite Achse verläuft von Pinneberg nach Elmshorn, wo wir seit Jahren über den Engpass Pinneberg-Elmshorn reden, aber nichts passiert ist. Zu der Frage der Finanzierung komme ich gleich noch.

Das dritte große Projekt - da haben wir den größten Bedarf - ist eindeutig die Achse **Hamburg Flughafen-Norderstedt-Kaltenkirchen-Neumünster**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Diese Achse ist die am dichtesten besiedelte im Umland von Hamburg. Die **Verlagerungspotenziale** sind hier am größten, weil dort der ÖPNV zurzeit am wenigsten ausgebaut ist. Wir haben in diesem Bereich Verlagerungspotenziale in der Größenordnung von 30.000 bis 40.000 Fahrgästen je Tag. Wenn wir diese von der A 7 herunterbekommen würden, würde sich auf der A 7, wo wir täglich mit Staus zu tun haben, eine völlig andere Situation ergeben. Das sind erhebliche Zahlen, das sind keine Peanuts, sondern das bedeutet, dass man von der A 7 fast 40 % der Personen herunterbekommen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Damit sind erhebliche Veränderungen für den ÖPNV möglich. Dass solche Entwicklungen möglich sind, zeigen die Maßnahmen in anderen deutschen Städten, wo der ÖPNV entsprechend ausgebaut wird.

Wir haben dann die Situation in **Kiel**. Ich möchte nur zum Vergleich sagen, um was es in Kiel geht. In Kiel geht es nicht um Peanuts, sondern es geht um eine **Stadt Regional Bahn** für die gesamte Region Elmshorn, Neumünster, Eckernförde, Plön, Schönberg. Es soll also die gesamte Region mit Kiel als Zentrum in einem ÖPNV-Netz zusammengebunden werden. Das Durchfahren ist ja nur ein Teil, um die optimale Anbindung in die Stadt hin-

(Karl-Martin Hentschel)

ein zu erhalten. Das Konzept stammt aus Karlsruhe, wo es erfolgreich umgesetzt worden ist, wo die Fahrgastzahlen gegenüber allen Prognosen doppelt so stark angestiegen sind. Der Kern ist, dass man aus der Region in die Stadt fährt, aber dann nicht nur zum Bahnhof, sondern auch in der Stadt weiterfährt und somit einen Verbund von Regionalbahnen und Stadt-/Straßenbahnen herstellt. Das ist der Kern. Das ist ein Investitionsprojekt für die Wirtschaft, für die Anbindung, für die gesamte Region von einer enormen Größenordnung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hört sich an wie Kiel-Holtenau!)

Ich möchte zu einem Vergleich der **Kosten-Nutzen-Rechnungen** kommen; denn das spielt ja immer eine Rolle. In Kiel geht es um täglich über 50.000 Fahrgäste auf der Schiene - über 50.000 Fahrgäste! Ich bringe dazu immer diesen Vergleich: Wenn wir über die Fehmarnbelt-Querung reden, bei der wir 800 Millionen € in die Schienenanbindung stecken wollen - nur auf deutscher Seite -, müssen wir sehen, dass es dort um weniger als 1.000 Fahrgäste je Tag geht.

(Beifall von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier in Kiel geht es um mehr als 50.000 Fahrgäste täglich - nur für die Relation. Deswegen liegt der Kosten-Nutzen-Faktor bei der StadtRegionalBahn in Kiel bei 2,2, das heißt der volkswirtschaftliche Nutzen beträgt mehr als das Doppelte der Investitionen.

Bei der Fehmarnbelt-Querung liegt der Kosten-Nutzen-Faktor - nur zur Kenntnis des Hauses, weil einige das offensichtlich noch immer nicht wissen - bei 0,6. Das bedeutet, die Investitionen sind erheblich höher als der volkswirtschaftliche Nutzen. Das sage ich nur zum Vergleich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt komme ich zur **Finanzierung**. Wenn wir über die Finanzierung der Schienenbauprojekte in Schleswig-Holstein reden, müssen wir wissen, welche Töpfe es gibt, aus denen wir in den nächsten Jahren schöpfen. Wir müssen wissen, welche Größenordnungen diese Töpfe haben und welche Projekte daraus finanzierbar sind. Da der Minister diese Aussagen nicht geleistet hat, werde ich versuchen, aus meinen Quellen zumindest das zu sagen, was möglich ist. Er kann mich ja korrigieren, wenn er bessere Zahlen hat. Er hat leider keine vorgelegt.

Wir haben folgende wesentliche Finanzierungstöpfe: Der Erste ist der **Bundesverkehrswegeplan**. Aus dem Bundesverkehrswegeplan werden aus Bundesmitteln und aus Mitteln der DB AG jährlich etwa 80 Millionen € für den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Schleswig-Holstein eingesetzt. Zum Vergleich: Aus den gleichen Töpfen kommen etwa 140 Millionen € für den Straßenbau. - Wir haben hier leider ein relatives Ungleichgewicht, das sich seit Antritt der neuen Koalition in Berlin verstärkt hat.

Zusätzlich zu den 80 Millionen € gibt es den sogenannten **Großprojektetopf** beim Bund. Daraus werden SPNV-Projekte wie U-Bahnen, S-Bahnen und Stadtbahnen gefördert. Diese sind aus einem Großprojektfonds in Berlin zu bekommen. Diese Mittel sind nicht fest zugewiesen und nach Bundesländern proportioniert. Sie werden entsprechend der Projektlage zugewiesen. Deswegen ist es wichtig, die Projekte frühzeitig anzumelden. Wir haben sehr frühzeitig dafür geworben, die StadtRegionalBahn Kiel anzumelden. Sie ist auch angemeldet. Das ist erfreulich. Wir haben es leider immer noch nicht geschafft, dass der MetroExpress angemeldet worden ist. Das ist damals aus den bekannten Gründen verhindert worden. Dies muss nachgeholt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir mit 80 Millionen € jährlich und mit den Mitteln aus dem Großprojektfonds des Bundes alle Projekte finanzieren wollen, gilt es, eine gewisse Zeitschiene einzuhalten. Der Fehmarnbelt macht mit 800 Millionen € das größte Investitionsvolumen aus.

Der Minister hat im Kern heute nichts anderes als Folgendes vorgetragen: Mit 800 Millionen € jährlich stecken wir die gesamten Mittel für zehn Jahre in die **Fehmarnbelt-Anbindung**, in die Strecke zwischen Lübeck und Puttgarden, die lediglich 1.000 Fahrgäste am Tag hat. Heute hat sie 500 Fahrgäste am Tag. Diese Zahl wird noch steigen, wenn wir die Brücke haben. Das ist schon einberechnet. Dort stecken wir 800 Millionen € hinein. Wenn wir die gesamten Mittel für zehn Jahre, also 800 Millionen € dort hineinstecken, hat das für alle **anderen Projekte** erhebliche **Verzögerungen** zur Folge. Das sind die Verzögerungen, von denen wir im Hamburger Umland reden. Die übrigen Projekte werden dann nicht bis zum Jahr 2015 abgewickelt, sondern es wird bis zum Jahr 2021 bis 2025 dauern. Das sind genau diese zehn Jahre Verzögerung, die wir bekommen.

(Karl-Martin Hentschel)

Um eine schnellere Umsetzung zu erreichen, plädiert der Minister dafür, dass wir die Großmittel für SPNV-Projekte aus dem Bundesfonds nehmen und am Hamburger Rand einsetzen. Als Konsequenz sind die Mittel nicht mehr dort, wo sie ursprünglich hin sollten und geplant waren, nämlich in der Stadt-RegionalBahn Kiel. So wird ein Schuh daraus. Das bedeutet, der Minister zieht über den Weg von Fehmarn die Mittel an den Hamburger Rand ab und versucht, mit den Mitteln aus dem Großprojektefonds das Loch im Hamburger Rand zu stopfen. Damit zieht er die Mittel von der Stadt-RegionalBahn Kiel ab. Ich halte das für eine absolut falsche Priorität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie das machen, dann werden Sie die entscheidenden Projekte, die wir in Kiel und im Hamburger Umland benötigen - die **Pendlerprojekte**, bei denen es die großen Zuwächse an Fahrgastzahlen gibt -, zugunsten von **peripheren Strecken** schädigen. Das ist eine falsche Gewichtung und eine falsche Verkehrspolitik, Herr Minister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Erdölpreis liegt heute bei über 140 \$ pro Barrel. Der **Peak Oil**, das heißt der höchste Stand der Ölfördermenge, ist nach Auskunft der **Internationalen Energieagentur** mittlerweile erreicht. Wir werden kein Wachstum bei der Ölförderung mehr haben. Die Ölförderung wird in den nächsten 20 Jahren deutlich zurückgehen. Die Preise werden steigen. Darüber haben wir lange geredet. Jetzt wird es Realität. Die Internationale Energieagentur hat das seit Jahren bestritten. Sie hat es in diesem Jahr aber zum ersten Mal in ihrem Bericht zugegeben und gesagt, es wird so kommen. Das ist erfreulich. Das zeigt aber auch, wir haben massive Probleme.

Die **wachsende Energiepreise** werden erhebliche Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr, auf die Schiene und auf den Straßenverkehr haben. Aufgrund der wachsenden Benzinpreise haben wir seit sechs Jahren **rückläufige Zahlen im Straßenverkehr**. Wir haben seit zehn Jahren drastisch steigende Zahlen im Schienenverkehr. Wenn wir die Infrastruktur ausbauen, müssen wir dem Rechnung tragen. Es ist einfach falsch, wenn wir immer noch **zwei Drittel aller Ausbaumittel** für den Verkehr in die **Straßen** in Schleswig-Holstein stecken und nur ein Drittel in die Schiene.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen eines PPP-Projektes werden 40 Millionen € für die Panzerstraße an der dänischen Grenze ausgegeben. Das ist alles wichtig. Warum machen wir aber dort PPP-Projekte und versuchen, das alles voranzutreiben?

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Wenn wir **PPP-Projekte** realisieren, benötigen wir diese Projekte beispielsweise im Rahmen der Stadtbahn oder im Rahmen des Hamburger Randes. Damit werden wir später Einnahmen generieren. Die Einnahmen des öffentlichen Verkehrs verbessern sich, je mehr er genutzt wird. Beim öffentlichen Verkehr kommen wir in den Metropolen immer mehr in positive Zahlen. Das müssen wir nutzen. Dort müssen wir investieren. Wir investieren damit in die Zukunft. Dort liegen unsere Chancen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bitte den letzten Satz, Herr Kollege.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Letzter Satz, Frau Präsidentin. - Ich plädiere deshalb für eine Wende der Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht gibt Aufschluss über einige der wichtigsten Infrastrukturprojekte im Bereich Schienenpersonennahverkehr, die im Bereich Schleswig-Holstein anstehen. Diese Projekte sind aber von Rahmenbedingungen abhängig, die man nur als sehr unsicher bezeichnen kann. Diese Unsicherheit führt dazu, dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch durchgeführt werden kann. Deshalb ist es umso wichtiger, dass hier die richti-

(Lars Harms)

gen Prioritäten gesetzt werden. Dass dies leider nur eingeschränkt der Fall ist, werde ich später erläutern.

Lassen Sie mich zunächst einmal zu den **Rahmenbedingungen** kommen. Hier sind zuerst die **Landesmittel** zu nennen. Sie sind nur begrenzt vorhanden. Sie machen eine eigenständige Prioritätensetzung und kurzfristige Entscheidungen nahezu unmöglich. Man muss die begrenzten Mittel dort einsetzen, wo Komplementärmittel vorhanden sind. Andere sinnvolle Maßnahmen werden dadurch gefährdet. Im Bericht wird gesagt, dass der zweigleisige Ausbau der Strecke **Niebüll-Westerland** zwar von der Landesregierung gewünscht und angestrebt wird, die DB AG hieran aber kein Interesse hat. Damit ist ein solches sinnvolles Projekt hochgradig gefährdet. Somit kann ein überragendes touristisches Ziel nicht angemessen an das Verkehrsnetz angebunden werden. Das darf nicht so sein. Hier muss die DB AG immer wieder unter Druck gesetzt werden, damit sich etwas bewegt. Der Ausbau von Lehnshallig hilft zwar, die bestehenden Verbindungen stabiler zu machen, aber an eine Erweiterung und damit eine weitere Verbesserung der Verbindung ist hier nicht zu denken.

Wenn also gleich am Anfang im Bericht steht, dass für die aufgeführten Projekte hinsichtlich der Landesbeteiligung ein Haushaltsvorbehalt besteht und andere dann auch nicht die wichtigen Weichenstellungen finanziell mittragen wollen, dann haben wir hier ein erstes Problem, welches wir angehen müssen.

Das zweite Problem ist die **Privatisierung der Deutschen Bahn**. Selbst, wenn man die Netze teilweise vom Betrieb trennt, haben wir es immer noch mit einem großen Unternehmen zu tun. Der Unterschied zu früher besteht darin, dass sich eine teilprivatisierte Bahn noch wirtschaftlich zielgerichteter verhalten wird als ohnehin schon. Regionalpolitische Aspekte spielen dann bei der Grundversorgung mit Bahnangeboten im Nahverkehr kaum noch eine Rolle.

Betrachten wir wieder ein Beispiel an der Westküste. Es wird wohl vorerst ein Traum aller bleiben, den **Bahnhof Westerland** auszubauen. Derzeit müssen Züge beschwerlich auf den vorhandenen Gleisen hin- und herrangiert werden, damit ein flüssiger Verkehr der Bahn aufrechterhalten werden kann. Würde man die Gleise erweitern, gäbe es gute Möglichkeiten, die Abläufe zu verbessern und so Zeit einzusparen. Hier liegen unheimlich große Potenziale, um durch Strukturverbesserungen mehr Züge in den Bahnhof ein- und ausfahren zu lassen.

Welcher Infrastrukturbetreiber, der auch Konkurrent des dort tätigen Zugunternehmens ist, wird aber gerade dort die Infrastruktur verbessern wollen? Aus wirtschaftlicher Sicht kann man das verstehen. Aus strukturpolitischer Sicht kann man das aber eben nicht verstehen. Ein solches Thema wie den Bahnhof Westerland braucht man deshalb gar nicht versuchen voranzutreiben, solange die Lage so ist, wie sie ist.

Die dritte Begrenzung ist das Geld, das uns für eine weitere Finanzierung zur Verfügung steht. Es sind zum einen die **GVFG-Mittel**. Diese Mittel wurden in den letzten Jahren reduziert. Wir haben den Rückgang der Mittel nur ausgleichen können, in dem wir den Betrieb von Bahnstrecken konsequent ausgeschrieben haben. Dieser Weg war erfolgreich. Deshalb müssen wir weiterhin transparent und ohne Vorfestlegungen ausschreiben.

Was die GVFG-Mittel angeht, so sagt der Bericht, man könne sich nicht sicher sein, dass diese Mittel weiterhin bestehen. Wenn diese Finanzquelle wegbriecht, bricht das ganze System zusammen. Wir wären dann noch nicht einmal in der Lage, die notwendigen Maßnahmen und Verkehre zu finanzieren.

Wenn wir dann noch betrachten, dass auch der **Bundesverkehrswegeplan** bei Weitem nicht alle notwendigen Maßnahmen abdeckt und unterfinanziert ist, dann sieht man, wie dünn die Decke ist, nach der wir uns strecken. Nehmen wir auch ein Beispiel von der Westküste: **Die Zweigleisigkeit** der gesamten Strecke **Hamburg-Westerland** ist eigentlich eine Grundvoraussetzung dafür, um auf vernünftige Art Verkehr auf die Schiene zu bekommen. Dieser jahrzehntelange Wunsch der Westküste findet sich in den eben genannten Planungen aber nicht wieder. Deshalb werden wir auch hier im wahrsten Sinne des Wortes in Zukunft keinerlei Bewegung haben.

Wir können feststellen, dass die Mittel begrenzt sind und dass wir deshalb die richtigen Prioritäten werden setzen müssen. Dies wird erneut aus dem Bericht deutlich. Die **StadtRegionalBahn Kiel** ist zwar wünschenswert und unter einer Anzahl von Bedingungen auch finanzierbar, doch bricht eine Bedingung weg, so verschwindet gleich das ganze Projekt. Außerdem gibt es darüber hinaus noch unsichere Projekte, die aus landespolitischer Sicht noch wichtiger sind. Eine solche StadtRegionalBahn wird also - wenn überhaupt - wahrscheinlich nur unter der Voraussetzung einer großen kommunalen Beteiligung zu haben sein.

(Lars Harms)

Sehen wir uns aber nun die **Prioritäten der Landesregierung** an: Die Ausbauten der Bahnstrecken Hamburg-Bad Oldesloe-Ahrensburg und Hamburg-Elmshorn-Itzehoe sind zweifellos enorm wichtige Verkehrsprojekte, wobei man allerdings sagen muss, dass die Entlastung bei Pinneberg-Elmshorn erst dann richtig zu Buche schlagen kann, wenn die Marschbahn richtig ertüchtigt wurde, das heißt, wenn sie auf der ganzen Strecke ertüchtigt wurde, wie ich es eben schon beschrieben habe.

Das dritte Großprojekt, der Ausbau der Strecke **Hamburg-Quickborn/Norderstedt-Kaltenkirchen**, ist gerade für den Pendlerverkehr sehr wichtig. Allerdings wäre uns ein Modell wie der Schienenflieger wesentlich lieber, weil diese Ideen nicht nur darauf abzielen, bestehende Verkehrsströme besser abzuleiten. Vielmehr will man beim Schienenflieger neuen Schienenverkehr schaffen und so mehr Pendler in die Bahn bringen. Das scheint mir immer noch der bessere Weg zu sein. Zwar soll auch beim Ausbau der Strecke Hamburg-Quickborn/Norderstedt-Kaltenkirchen die K.E.R.N.-Region besser angebunden werden, doch erhalten wir hier nur eine Notlösung und nicht einen Komplettausbau. Selbst diese Notlösung ist noch nicht sicher finanziert. Im Bericht steht, dass die Kosten hierfür erst noch ermittelt werden sollen. Erst dann wird man bei diesem Projekt überhaupt an Anträge und Finanzierungen denken können. Hier sind wir anscheinend noch weit weg von einer Realisierung dieses Projektes.

Ob unsere Großprojekte etwas werden, hängt auch vom Damoklesschwert der **Fehmarnbelt-Querung** ab. Man erhofft sich eine Beschleunigung der Schienenprojekte zwischen Hamburg und Lübeck, wenn die feste Querung kommt. Das mag so sein, aber da man Geld nicht zweimal ausgeben kann, werden die Bahn und auch die öffentlichen Zuschussgeber woanders streichen müssen. Damit werden andere Regionen ihre Projekte hinausschieben oder gegebenenfalls auch ganz aufgeben müssen. Inwiefern diese Entwicklung dann auch kleinere Projekte treffen wird, kann man nicht abschätzen. Trotzdem werden die Mittel durch die Fehmarnbelt-Querung knapper.

Man kann dies auch daran sehen, dass das kleine Land Schleswig-Holstein das **Stationsprogramm** für den Bund und für die DB vorfinanzieren muss. Das ist eigentlich der falsche Weg, schließlich müssen wir sparen. Bevor wir hier aber gar keine Weiterentwicklung hinbekommen, ist diese pragmatische Lösung eine gute Lösung. Allerdings erwarte ich auch, dass die Bahnhöfe komplett neu gestaltet

werden und dass man nicht an wichtigen Stellen spart. So werden zwar Teile des Bahnsteiges in Friedrichstadt an der Westküste der Wagenhöhe angepasst, damit der Zustieg zu bestimmten Wagen des Zuges barrierefrei wird, aber dies gilt nicht für die gesamte Länge des Zuges. Sitzt also der behinderte oder ältere Mitbürger im falschen Wagen, so muss er beim Ausstieg in Friedrichstadt immer noch mit großen Problemen rechnen. Für einen Ort, der vom Tourismus lebt und dessen Klientel vorwiegend ältere Gäste sind, ist das eigentlich nicht zu akzeptieren. Man akzeptiert dies nur, weil man sonst möglicherweise gar nichts erhält. Wer sich einmal die Pflege der Schienen und der Bahnsteige in Friedrichstadt durch die Deutsche Bahn AG angesehen hat, der kann diese Befürchtungen verstehen.

Wir sind schon der Auffassung, dass bei den Infrastrukturmaßnahmen für den SPNV im Groben die richtigen Projekte vorgebracht werden und dass das knappe Geld richtig eingesetzt wird. Allerdings glauben wir, dass der **Schienenflieger** für den Raum nördlich von Hamburg der wirklich große Wurf wäre und dass die Fehmarnbelt-Querung diesen eigentlich verhindert. Weiter sehen wir, dass sich an der Westküste ein Problem, nämlich die mangelnde durchgehende Zweigleisigkeit, verfestigt und dass wir beim Ausbau der Bahnhöfe noch viel mehr tun müssen, um diese attraktiv zu gestalten und unsere Pendler in die Bahn zu bringen. Diese Probleme müssen nach unserer Ansicht mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die Umsetzung anderer Projekte. Eigentlich sollten sie sogar Priorität haben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Herr Minister Austermann hat erneut das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Garg hat offensichtlich das Verlangen, einmal pro Landtagssitzung abgewatscht zu werden. Herr Garg, ich bin heute noch nicht so gut drauf, aber ich spreche noch zu drei weiteren Tagesordnungspunkten. Sie können es noch einmal versuchen. Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Sie festgestellt haben, damit die staunende Öffentlichkeit nicht falsch über das unterrichtet ist,

(Minister Dietrich Austermann)

was Sie beantragt haben. Das war nach dem Motto: Können täte ich schon, aber wollen traue ich mich nicht. Sie wollten von uns einen Beleg dafür, dass die StadtRegionalBahn Unfug ist. Möglicherweise wollten Sie dies, um den einen oder anderen von Ihren flüchtenden Ratsherren noch aufzuhalten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Da klatscht die Richtige!)

Wir haben Ihre Fragen beantwortet. Damit man weiß, was Sie gefragt haben, nenne ich Ihre Fragen noch einmal. Es sieht so aus, als hätten Sie nach dem Prioritätenkatalog für das S-Bahngleis in Fuhlsbüttel gefragt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Natürlich habe ich nach dem Prioritätenkonzept gefragt!)

- Nein, Sie haben nach zentralen Projekten gefragt. Die zentralen Projekte sind für uns das **Achsenkonzept**, das Priorität hat. Dann kommt eine lange Zeit gar nichts. Weiterhin haben wir den Schienenverkehr nach Kiel angemeldet.

Ihre erste Frage lautet: Wie bewertet die Landesregierung den Bau einer SRB? Die zweite Frage lautet: Welche Möglichkeiten der Finanzierung sieht die Landesregierung? Die dritte Frage lautet: Welche alternativen Verbesserungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung noch für den Raum der K.E.R.N.-Region? Viertens fragen Sie: Wie beurteilt die Landesregierung die Vereinbarkeit einer SRB in Kiel mit dem Achsenkonzept? - So geht es weiter. Das heißt, Sie wollten ein Alibi von mir dafür haben, um sagen zu können, der Austermann ist auch der Meinung, dass das SRB-Projekt in Kiel nicht so sinnvoll ist wie das Achsenkonzept. Ich habe Ihnen das schon im Ausschuss gesagt, danach hätten Sie gar nicht zu fragen brauchen. Ich habe gesagt: Dort, wo die meisten Leute fahren, dort, wo am meisten Umweltschutz stattfindet und wo am meisten Verkehr auf die Schiene gelenkt wird, dort unterstützen wir die Projekte. Das ist in diesem Bereich der Fall.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben nicht nach all dem gefragt, was Sie in unserem Bericht vermissen. Sie haben den Bericht auch nicht gelesen, denn dort stehen die **Zahlen zur Finanzierung**. Ich bitte Sie: Täuschen Sie hier nicht die Öffentlichkeit. Die Kollegen wissen alle, was Ihre Arbeit hier zum Inhalt hat. Täuschen Sie die Öffentlichkeit nicht über Ihre tatsächlichen Fra-

gen. Hätten Sie doch einen anderen Antrag gestellt. In der Überschrift Ihres Antrags steht: Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein. Weiter steht da nur der Begriff StadtRegionalBahn. Stellen Sie doch einen Antrag, der lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die StadtRegionalBahn zu verzichten. Das haben Sie sich nicht getraut. Wenn Sie das gemacht hätten, dann hätten wir darüber debattieren können. Dann hätte ich die Mehrheit des Landtages in der Frage festgestellt, was davon gehalten wird. Jetzt aber den Eindruck zu erwecken, wir hätten das Thema verfehlt, führt ins Leere. Sie haben bei dem, was Sie beantragt haben, Ihr eigenes Thema verfehlt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Doch! Ich möchte noch etwas zu der Frage sagen, wer die **Schienen baut**. Herr Harms hat dies als einziger aus der Opposition richtig herausgearbeitet. Er hat nämlich gesagt, wir sind im Wesentlichen darauf angewiesen, dass der Bund das Geld bereitstellt. Wir bezahlen den Betrieb. Wir bestellen Verkehr, aber wir bauen - bis auf die Trasse zwischen Niebüll und Tondern - keine Schienen. Das hätten Sie erwähnen können. Hier haben wir als Land 10 Millionen € investiert, um Schienen zu bauen. Ansonsten bezahlen wir die Schienen nicht.

Wir haben einen klaren **Prioritätenkatalog**, der im Hamburger Umland bereits das Drei-Achsen-Konzept umfasst. Deshalb haben wir versucht festzustellen, welche von den Maßnahmen für diesen Bereich zuerst angegangen werden.

Seit Langem arbeiten wir an der Strecke **Elmshorn-Pinneberg**, die übrigens nicht nur für die Trasse nach Westerland eine Bedeutung hat. Sie hat ebenfalls eine Bedeutung für die Trasse nach Flensburg und nach Kiel. Wenn sie ausgebaut wird, kann auf diesen Strecken häufiger und pünktlicher gefahren werden. Wir haben festgestellt, dass der Bund hierzu offensichtlich nicht bereit ist. Allein in dieser Woche hatten wir vier Sitzungen mit dem Vorstand der DB zum Thema der Strecke Elmshorn-Pinneberg. Das sage ich zu dem Thema, hier passiert nichts.

Nun haben wir die Überzeugung der Bahn zu sagen, dies sei wirtschaftlich, es rechne sich. Jetzt müssen wir das Geld dafür bereitstellen. Im **Bundesverkehrswegeplan** ist zu wenig vorhanden. Deshalb sind wir auf die **GVFG-Bundsmittel** gekommen. Das war das einzig Zutreffende in Ihrem Vortrag. Diese Mittel können Sie natürlich nicht auf Fehmarn einsetzen. Wir sind auf die Idee ge-

(Minister Dietrich Austermann)

kommen, diese Mittel einzubringen, um einen Teilbeitrag für die Strecke Elmshorn-Pinneberg im Bereich unseres Achsenkonzepts zu erbringen. Das ist unsere Vorstellung. Wir wollen im Schienenpersonennahverkehr an zentraler Stelle die erste Priorität setzen.

Wenn man die letzten Pressemeldungen verfolgt hätte und wenn man verfolgt hätte, was ich im Ausschuss dazu gesagt habe, dann hätte man solche Anfragen nicht gebraucht. Man hätte dann auch eine solch überflüssige Aussage, wie Sie sie in der Debatte getroffen haben, nicht gebraucht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. - Es ist nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung eine neue Redezeit von vier Minuten entstanden. - Ich habe als ersten Redner Herrn Dr. Heiner Garg. Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir eine Ausschussüberweisung vornehmen und Sie im Ausschuss noch reden können, aber selbstverständlich auch hier.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das mit der Ausschussüberweisung ist immer so: Die ohnehin geringe geschätzte Öffentlichkeit bekommt dann gar nicht mit, wenn ich versuche klarzustellen, was der Minister mir hier unterstellt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Das finde ich auch sehr bedauerlich, Herr Kollege Astrup.

Herr Minister, erstens. Sie dürfen jedenfalls bei mir davon ausgehen: Wenn ich einen Antrag stellen wollte, der Landtag wolle beschließen, auf den Bau einer StadtRegionalBahn zu verzichten, würde ich diesen Antrag mit Sicherheit stellen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mutiger Mann!)

- Und das aus dem Mund des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion.

Zweitens. Herr Minister, wenn Sie aus unserem Antrag zitieren, dann zitieren Sie bitte richtig. Richtig heißt in diesem Fall: ganz. Unter Punkt vier steht:

„Wie beurteilt die Landesregierung die Vereinbarkeit einer SRB in Kiel mit dem sogenannten Drei-Achsen-Konzept für das südliche Schleswig-Holstein,“

- an der Stelle haben Sie dann einen Punkt gemacht, da kommt aber ein Komma -

„insbesondere unter Berücksichtigung der Kosten und der Finanzierungsmöglichkeiten?“

Auch wenn ich anderer Auffassung als der Kollege Hentschel bin, was die Realisierung dieses Projektes anbelangt, hat der Kollege Hentschel ganz klar gesagt, welche **Verschiebeshöfe** Sie bei der **Finanzierung** planen, da gehört es einfach zum guten Stil, wenn Sie diesen Punkt zu Ende zitieren.

Genauso verhält es sich bei dem Punkt fünf:

„Wie beurteilt die Landesregierung den Bau einer SRB in Kiel hinsichtlich der finanziellen Konkurrenz zu anderen SPNV-Projekten in Schleswig-Holstein ...“

- Auch da haben Sie wieder aufgehört, der Punkt fünf geht aber weiter:

„wie zum Beispiel die schnellere Anbindung der K.E.R.N.-Region an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel oder den grenzüberschreitenden SPNV mit Dänemark?“

Was der Minister - das kann ich verstehen - ganz weggelassen hat, ist der Punkt sechs, in dem die StadtRegionalBahn überhaupt keine Einzelrolle mehr spielt. Der Punkt sechs lautet nämlich:

„Welche Prioritätensetzung besteht seitens der Landesregierung im zukünftigen Ausbau des SPNV in Schleswig-Holstein?“

Herr Minister, weil Sie kein **Gesamtkonzept** haben und weil Sie keine blasse Ahnung haben, wie Sie Ihre ganzen Versprechungen landauf, landab finanzieren wollen, müssen Sie der Opposition - in diesem Fall insbesondere mir - nicht vorwerfen, ich könne meine eigenen Anträge nicht lesen und ich würde Ihnen in den Ausschusssitzungen nicht zuhören. Sie können gewiss sein, dass ich Ihnen immer sehr genau zuhöre.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lohnt sich nicht!)

- Doch, Herr Hentschel, das lohnt sich, weil man den Minister bei seinen eigenen Aussagen stellen und einfordern muss, dass er das, was er der Öffentlichkeit erzählt, auch umsetzt. Davon ist er bedauerlicherweise auch nach seiner Rede weit entfernt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich schaue mich einmal um. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2097 dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer das tun will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Korrekte Ausschreibung des UK S-H-Vorstands für Krankenpflege

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2102

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2131

Ich gehe davon aus, dass alle den letzteren, gerade verteilten Antrag vorliegen haben. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort für die Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordneter Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie, Herr Minister Austermann, bereiten widerrechtlich die **Streichung von Vorstandspositionen** im UK S-H vor. Mit durchsichtigen Ausreden und Ablenkungsmanövern versuchen Sie zu kaschieren, dass die Streichung der gesetzlichen vorgeschriebenen Stelle des dritten Vorstandsmitgliedes im landeseigenen Klinikum von Ihnen systematisch vorbereitet wird. Es handelt sich immerhin um eine unverzichtbare Leitungsfunktion in einem der größten und für das Profil des Landes entscheidenden Unternehmen Schleswig-Holsteins. Seit Herbst 2007 ist die Position für Pflege und Patientenservice vakant und seither mahnen wir im Landtag die Wiederbesetzung an.

Nunmehr wurde eine **Stelle öffentlich ausgeschrieben**, die von der Beschreibung der Aufgabe her passen könnte. Aber es ist eine weisungsabhängige Stabsstelle, die dem Vorstand zuarbeiten soll. Ich zitiere aus der Ausschreibung. Es wird gefordert:

„die Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für den Vorstand und Aufsichtsrat; die Weiterentwicklung und Koordination der Pflegebereiche und des Patientenservice im Unikli-

nikum Schleswig-Holstein; die Beratung und Koordination der Aktivitäten des Geschäftsbereichs Pflege im Hinblick auf neue Märkte; die Entwicklung von bedarfsgerechten Organisationsabläufen und wirtschaftlichen Strukturen in der Krankenpflege und im Patientenservice; die Koordination der pflegerischen Fort-, Aus- und Weiterbildung im Uniklinikum Schleswig-Holstein.“

Dies sind schon zentrale Aufgaben, die man nicht als untergeordnet bezeichnen kann, aber diese **strategischen Aufgaben** sollen **weisungsabhängig** geleistet werden.

Diese Stelle wird zusätzlich geschaffen und ist in dieser Form - sollte es tatsächlich zur Besetzung des dritten Vorstandspostens kommen, wie hier immer noch im Raum steht, so berichten Fachleute in ähnlichen Vorstandspositionen anderer Unikliniken - überflüssig. Es wird eine Stabsstelle geschaffen, die eigentlich, wenn man die wirkliche Vorstandsposition besetzt, überflüssig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Nun mag man noch konzedieren, dass vielleicht eine solche Zuarbeit dennoch notwendig sein könnte. Man mag auch konzedieren, dass man über diese Fragen diskutieren muss. Aber wer soll dies tun? Die Position, die das entscheiden kann, ist natürlich die des Vorstandsmitglieds für Pflege und Patientenservice. Wer denn sonst?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man also so etwas vorwegnimmt, ist das klar die Vorbereitung eines anderen Weges als die Schaffung einer Vorstandsposition für Pflege und Patientenservice, die von vornherein schon vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Das ist so oder so ein schlechter Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Hinzu kommt noch etwas, was nachdenklich stimmt: Die **Frist** für die **Bewerbung** beträgt laut Anzeige - die übrigens in der lokalen Tagespresse erschienen ist - nur 14 Tage. In welchen internationalen Fachzeitschriften ist die Stelle ausgeschrieben worden?, frage ich Sie. Steht die Person vielleicht schon fest, und handelt es sich um eine Pro-Forma-Ausschreibung? Auch die würde gegen Landesgesetze verstoßen.

Wie lange lässt sich die Große Koalition von Minister Austermann auf der Nase herumtanzen und

(Angelika Birk)

sieht zu, wie die Pflegekräfte und Patienten des Uniklinikums in einer existenziellen Krise alleingelassen werden?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nun einen **Antrag der FDP** neu auf den Tisch bekommen. Auf den ersten Blick ist er eine Unterstützung unserer Position, spricht er doch deutlich aus, was ich hier gerade ausgeführt habe. Aber, Herr Dr. Klug, Sie bleiben in Ihrer Konsequenz deutlich hinter unserem Anliegen zurück. Wir wollen, dass der Vorgang, der jetzt noch im **Verfahren** ist, **gestoppt** wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Ausschreibungsfrist ist ja gerade erst zu Ende, man kann jetzt noch etwas tun. Sie wollen hingegen nur eine **Missbilligung** aussprechen - eine Missbilligung gegen einen Gesetzesbruch - und das in einer Situation, in der wir als Landtag die Möglichkeit hätten, ganz anders Zeichen zu setzen. Insofern drücken Sie sich um die Aussage, wie Sie es eigentlich mit der Frage Pflege- und Patientenservice halten. Das möchten wir nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir möchten es an dieser Stelle - das darf ich vielleicht sagen - mit dem Kollegen Weber halten, der schon in seiner Presseerklärung am 20. Mai 2008 sehr deutlich für die SPD-Fraktion erklärt hat, dass sie davon ausgeht, dass - wenn die Stelle für Pflege- und Patientenservice nach ihrer Expertenanhörung notwendig und im Hochschulgesetz vorgesehen ist - wieder ausgeschrieben werden soll, und zwar möglichst umgehend. Hier hat die SPD die Chance, Flagge zu zeigen. Ich bin gespannt auf Ihre Beiträge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Abgeordneten Angelika Birk. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Frank Sauter.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen: Bei erster Lektüre des Antrags habe ich mir die Frage gestellt, was der Schleswig-Holsteinische Landtag mit der Ausschreibung der Position eines Pflegedirektors oder

einer Pflegedirektorin für das UK S-H überhaupt zu tun hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Gesetze gebrochen werden, haben wir damit doch etwas zu tun!)

- Meine Rede ist noch nicht zu Ende, Herr Kollege Hentschel. Nachdem ich mich mit diesem Sachverhalt eingehend befasst habe, stelle ich mir diese Frage umso mehr. Würden wir uns der Logik der grünen Antragsteller öffnen und sie uns zu Eigen machen, müssten wir in der Konsequenz die Besetzung von Abteilungsleiter- und Referentenstellen in allen Ministerien ebenfalls im Landtag erörtern.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts verstanden!)

Ich möchte Ihnen sagen, lieber Kollege Hentschel, wir sind hier Parlament, Gesetzgeber, politischer Entscheidungsträger. Verwaltungsarbeit und Personalvertretung erledigen andere, und das ist auch gut so. Es wäre vor allem gut, wenn Antragsteller in diesem Hause dies bei ihren Anträgen auch berücksichtigen würden.

(Beifall bei der CDU)

Im Mittelpunkt des vorliegenden Antrags stehen Mutmaßungen, mit der Besetzung der besagten Direktorenstelle solle einhergehen, die vakante Position des Pflegevorstandes dauerhaft unbesetzt zu lassen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verstehen Sie sich noch als Kontrolle der Regierung?)

Dieses ist völlig aus der Luft gegriffen, lieber Kollege Hentschel, da das **Hochschulgesetz** und die **Hauptsatzung** des Universitätsklinikums die dritte, zurzeit noch unbesetzte **Vorstandsposition** verbindlich vorsieht. Das ist so, das wird auch so bleiben. Es gibt keine Bestrebungen, hieran Änderungen vorzunehmen, weder in der Regierung noch in den Regierungsfractionen.

Auch der **Ausschreibungstext**, den Sie vielleicht hätten lesen sollen, bevor Sie den Antrag stellen,

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe ihn gelesen!)

zur Besetzung der Direktorenstelle lässt nicht den geringsten Zweifel zu, dass die Stelle des Pflegedirektors beziehungsweise der -direktorin unterhalb des Vorstandes angesiedelt ist und einen ausschließlich operativen Aufgabenbereich zu erfüllen hat. So soll der Pflegedirektor dem Vorstand

(Frank Sauter)

Kenntnis darüber geben, wie und mit welchen Konzepten der Pflegedienst wirtschaftlich geführt werden kann.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die wirtschaftliche und strategische Grundentscheidung hierüber bleibt dem Vorstand in seiner Gesamtverantwortung vorbehalten, verehrte Kollegin.

Kurzum, der Antrag ist eine reine Luftnummer, ein weiterer Versuch, durch Misstrauen, Mutmaßungen und Gerüchte die öffentliche Debatte um das UK S-H anzuheizen und daraus für sich selber politisches Kapital zu schlagen. Frau Birk, das ist verantwortungslos. Dem werden wir mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

(Beifall bei der CDU)

Statt immer wieder Unruhe in den schwierigen Sanierungsprozess des Klinikums hineinzutragen,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer schafft denn die Unruhe?)

sollten wir gemeinsam die kurze Zeit abwarten, bis Herr Dr. Schleifer das Gesamtkonzept zur Sanierung vorlegen wird. Dann reden wir über Fakten und nicht über selbst gestreute Gerüchte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die schaffen Sie doch vorher schon!)

Dann werden wir auch darüber sprechen, welche Geschäfts- und Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstandes empfohlen wird, und die notwendigen Entscheidungen zur weiteren Führung und Entwicklung des Klinikums treffen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Sauter. - Bevor ich in der Worterteilung weitergehe, möchte ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich die Besuchergruppen der Polizeischule Eutin und der Beruflichen Schulen des Kreises Plön begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen, ruhig und gelassen ein

paar Dinge vorzutragen, obwohl es manchmal Sachen gibt, die einen richtig ärgern können. Zu den Dingen, die einen ärgern können, gehört in der jetzigen Situation eine politische Strategie oder Taktik, in der Öffentlichkeit **Schlagzeilen** zu produzieren, die das UK S-H in der schwierigen Situation unnötig zusätzlich belasten. Das ist meines Erachtens etwas, was das UK S-H nicht gebrauchen kann und was auch nicht wirklich lauter ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nun könnte man ja sagen, man müsse da kritisch hingucken. Das tun natürlich auch wir. Wir sind die Letzten, die nicht kritisch hingucken im Hinblick auf das, was mit dem UK S-H passiert. Es gibt aber gewisse Formen von **Alarmismus**, die einfach ärgerlich sind, vor allem wenn man zweimal hinguckt.

Ich gebe ja zu, dass ich mir, nachdem ich die Anzeige das erste Mal gelesen habe, nachdem mich reichlich Telefonanrufe, E-Mails und SMS erreicht haben, was denn da los sei, die dann gründlich anguckt habe. Das wird Frau Birk gemacht haben, das habe auch ich gemacht. Da man nicht jeden Tag in Stellenanzeigen reinguckt - zurzeit suche ich jedenfalls noch keinen Job, also gucke ich da nicht jeden Tag rein -,

(Heiterkeit)

ist man in der Situation, die Sache nachlesen zu müssen.

Ich will noch einmal deutlich sagen - auch wenn es Sie langweilen mag; Frau Birk hat korrekt zitiert, was ich der Presse gegenüber und auch hier mehr als einmal gesagt habe -: Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist es sinnvoll, weiter einen **dreiköpfigen Vorstand** zu haben.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gleichfalls sinnvoll, einen **Vorstand für Pflege und Patientenservice** zu haben. Damit gibt es keine Veranlassung, das Gesetz zu ändern.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Ich kenne keinen Gesetzentwurf der Regierung, ich kenne keinen Antrag irgendeiner Fraktion, das Gesetz zu ändern. Wir würden einer **Gesetzesänderung** in diesem Punkt auch nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wird eine solche Gesetzesänderung nicht geben. Ich bin Kollege Sauter sehr dankbar dafür, dass er

(Jürgen Weber)

deutlich gemacht und vollkommen unzweideutig klargemacht hat, dass eine **Ausschreibung** in der Form, wie es im Gesetz vorgesehen ist, stattfinden muss und wird.

Es macht großen Sinn, in der strategischen Verantwortung des Vorstandes dies dann zu tun, wenn der jetzige Vorstand des UK S-H in Kombination mit dem Sanierer, unterstützt und eingebracht vom Fachministerium im Kabinett, sein Konzept vorlegt. Das wird ja noch in diesem Monat der Fall sein. Dann ist die Zeit da, auch diese Vorstandsposition entsprechend auszuschreiben und dafür Sorge zu tragen - das ist keine parlamentarische Aufgabe, sondern eine Fachaufgabe -, innerhalb des Vorstandes zu einer vernünftigen Aufgabenverteilung zu kommen.

Was wesentlich ist, nämlich die Verantwortung für Pflege und Patientenservice, erwarten wir, weil wir wissen, dass dieser Bereich eine enorme Bedeutung hat für die Ergebniserzielung im DRG-Bereich, für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Klinikums. Da gibt es überhaupt keine zwei Meinungen.

Nun will ich konzedieren, dass man, wenn man die Anzeige in die Hand nimmt, zuerst auf die Idee kommen kann: Da ist irgendetwas im Busch. Das ist der normale Weg, und ich habe volles Verständnis dafür, dass die Opposition Anträge stellt und die Regierung und die Regierungsparteien in die Situation bringen möchte, sich hier zu erklären. Ich bitte aber darum, in einer solchen **Situation**, in der sich das UK S-H jetzt befindet, nach den vielen Diskussionen, die wir hier geführt haben, nach den ganzen Schwierigkeiten, die wir dort erlebt haben, und mit der positiven Perspektive, die das Klinikum jetzt hat, diese Dinge auch zu Ende zu lesen und zur Kenntnis zu nehmen, wenn dort eine **Leitungsebene unterhalb des Vorstandes** ausgeschrieben wird, und keine politischen Unterstellungen in den politischen Raum zu bringen. Denn Sie alle wissen, was daraus gemacht wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Wenn man den Text zu Ende liest, wird man erkennen, dass es hier in der Tat nicht um die Vorstandsposition geht. Auch in anderen Bereichen des Klinikums, zum Beispiel im IT-Bereich, gibt es Direktoren oder Abteilungsleiter. Das ist auch für den Pflegebereich sinnvoll und notwendig.

Wenn wir die Vorstandsposition Pflege und Patientenservice besetzt haben und darunter, im operativen Geschäft, eine herausragende Kraft finden können, die den Megabereich Pflege im Klinikum ver-

nünftig auf den Weg bringen und verbessern - verbessern! - kann, dann ist das doch etwas, was wir alle begrüßen sollten. Deswegen sehen wir keine Veranlassung, den beiden Oppositionsanträgen zuzustimmen. Wir werden sie ablehnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Jürgen Weber. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bereich **Krankenpflege** trägt ungefähr zu 30 % zu den **DRG-Erlösen** und damit zum **Betriebsergebnis** eines **Universitätsklinikums** bei. Im Pflege- und Patientenmanagement liegen nach Auffassung von Experten zudem wesentliche Möglichkeiten, durch Prozessoptimierung die wirtschaftliche Situation des Klinikums zu verbessern. Gleichzeitig ist dieser Bereich aber auch mitentscheidend für die Qualität der Hochleistungsmedizin. Es gilt dabei einerseits spezialisierte Behandlungsverfahren und spezialisierte Versorgungsstrukturen zu sichern, andererseits aber auch angesichts der steigenden Zahl von chronisch und/oder mehrfach erkrankten Patienten eine sektorenübergreifende Patientenversorgung zu koordinieren und dabei zu verhindern, dass bei einem in lauter kleine Teilfürstentümer zersplitterten Universitätsklinikum letzten Endes erhebliche Ressourcen vergeudet werden.

Diese und andere Gründe haben den Gesetzgeber vor Jahren veranlasst, im Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein eine Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice vorzusehen. Die FDP-Fraktion hält dies nach wie vor für eine richtige Entscheidung.

(Beifall bei der FDP)

Wie Kollegin Anke Spoorendonk vom SSW in der Landtagsdebatte, die wir am 13. Dezember 2007 zum Thema UK S-H geführt haben, darlegte, ist die Krankenpflege in immerhin 26 deutschen Universitätsklinikum auf der Vorstandsebene verankert. Will man von dieser geltenden Gesetzeslage und der in Deutschland weithin üblichen Praxis nun wieder abweichen, bedarf dies einer schlüssigen Begründung. In dieser Hinsicht haben wir jedoch von der Landesregierung bisher nichts gehört.

Stattdessen schafft man durch die **monatelange Vakanz** dieser Vorstandsposition praktisch vollen-

(Dr. Ekkehard Klug)

dete Tatsachen. Wie anders lässt sich erklären, dass am UK S-H Anfang Juni mit zweiwöchiger Bewerbungsfrist die Position einer Pflegedirektorin/eines Pflegedirektors unterhalb der Vorstandsebene ausgeschrieben wurde? Hatte die Landesregierung in der Plenardebatte zu Jahresbeginn nicht noch erklärt, man wolle bis zum Sommer ein Gesamtkonzept für die Zukunft des UK S-H vorlegen? Dabei sollte unter anderem auch über die Frage entschieden werden, ob es weiterhin eine **dritte Vorstandsposition**, ein Vorstandsmitglied für den Pflegebereich, geben sollte.

Herr Kollege Jürgen Weber hat bereits in der Plenardebatte vom 31. Januar 2008 das erklärt, was er heute wiederholt hat, dass nämlich die SPD-Fraktion diese dritte Vorstandposition für unverzichtbar hält. Herr Herbst hat am 31. Januar 2008 für die CDU-Fraktion geäußert, man wolle zunächst einmal das angekündigte **Gesamtkonzept** abwarten, bevor man sich in dieser Frage entscheide. Herr Austermann nannte damals ausdrücklich die Monate Juni/Juli als Termin für den noch ausstehenden Klärungsprozess, und zwar auch im Hinblick auf die personellen Fragen.

Das ist der Kernpunkt der Kritik. Kurz vor der anstehenden Vorlage eines mehrfach angekündigten Gesamtkonzepts schafft die Ausschreibung der Position eines **Pflegedirektors** unterhalb der Vorstandsebene praktisch **vollendete Tatsachen**.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn eines ist klar: Dieser Pflegedirektor wäre so überflüssig wie ein Kropf, sollte am Ende doch wieder ein Vorstandsmitglied für den Pflegebereich berufen werden. Es handelt sich dabei um eine außertariflich bezahlte Führungsposition.

Dem Argument, der künftige Pflegevorstand bräuchte **Mitarbeiter im operativen Bereich**, halte ich Folgendes entgegen: Wenn Sie den Pflegevorstand berufen, nachdem die Stelle des Pflegedirektors besetzt ist - zeitlich wird das gar nicht anders möglich sein -, dann nehmen Sie ihm die Möglichkeit, über das Personal auf der mittleren Ebene mitentscheiden zu können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Durch dieses Vorgehen wird auch der Gesetzgeber dupiert. Wenn die Landesregierung die Streichung der Vorstandsposition Krankenpflege wünscht, dann sollte sie das hier mit offenem Visier beantragen. Stattdessen lassen es der zuständige Minister

und sein als UK S-H-Verwaltungsratsvorsitzender amtierender Staatssekretär zu, dass der Gesetzgeber im Grunde vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Denn eines ist klar: Ein Minister, der unter diesen Umständen behaupten würde, es handle sich nicht um eine Vorausfestlegung, ist entweder selbst zu dumm - was ich aufgrund der Vorerfahrungen mit dem Minister keineswegs annehmen möchte - oder versucht, Parlament und Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Leider haben es die Grünen Herrn Austermann mit ihrer falsch begründeten Kritik leicht gemacht, sich aus der Affäre zu ziehen. Die **Ausschreibung** der Position des **Pflegedirektors** ist - anders als Frau Birk es formuliert hat - formal gerade nicht rechtswidrig.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Kernpunkt. Es geht um **politische Kritik**, um die Art und Weise, wie man mit dem Parlament umspringt und darum, dass man vor einem halben Jahr gegebene Zusagen, wonach diese Sache im Sommer im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Entscheidung anstehen sollte, nicht einhält. Diese politische Kritik ist für uns der entscheidende Punkt. Dies hat aber nichts mit der angeblichen Rechtswidrigkeit der Ausschreibung zu tun, mit der sich die Grünen befassen haben. Wir haben unseren Antrag anders begründet als die Grünen, weil wir die politische Stoßrichtung der Kritik in den Mittelpunkt stellen wollten. Der Minister soll sich nicht einfach mit dem Hinweis, er habe formal nicht rechtswidrig gehandelt, aus der Affäre ziehen können; denn rechtswidrig gehandelt hat er in der Tat nicht.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für den SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der SSW hat sich immer wieder eindeutig für die Besetzung der Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice so, wie sie im Gesetz aus gutem Grund vorgeschrieben ist, ausgesprochen. Umso erstaunter waren wir, als wir uns die Stellenausschreibung genauer angesehen haben und dabei feststellten, dass die Position unterhalb der Vorstandsebene angesiedelt sein soll.

(Lars Harms)

Dieses lässt aus unserer Sicht nur zwei Rückschlüsse zu: Es handelt sich hierbei entweder um einen klaren **Verstoß** gegen § 88 des **Hochschulgesetzes** Schleswig-Holsteins, in dem die Position des Vorstandes für Krankenpflege und Patientenservice festgeschrieben ist, oder es ist beabsichtigt, **Doppelstrukturen** einzuziehen, indem diese Position einmal auf Vorstandsebene und einmal darunter - also doppelt - besetzt wird.

Das eine wie das andere ist nicht akzeptabel und wirft viele Fragen auf. Man hat den Eindruck, dass weder Herr Austermann noch der Aufsichtsratsvorsitzende großes Interesse an der Besetzung der Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice haben. Dadurch wird dieses Vorgehen aber nicht richtiger, und das Hochschulgesetz ist diesbezüglich eindeutig. Eine Doppelbesetzung kann außerdem auch keine ernst gemeinte Strategie sein. Eine solche ist aus unserer Sicht weder wirtschaftlich noch qualitativ und organisatorisch begründbar.

Ist das also wieder einmal nur blinder Aktionismus in Sachen UK S-H oder gar scharfes Kalkül? Werden bei diesem Thema schon einmal Grenzen und Widerstände bezogen auf eine Änderung des Hochschulgesetzes ausgelotet? - Aus Sicht des SSW wäre es jedenfalls ein fataler Fehler, die Pflege nicht auf Augenhöhe mit dem Kaufmann beziehungsweise der Kauffrau und der ärztlichen Leitung im Vorstand anzusiedeln.

Mittlerweile sollte es allen Verantwortlichen und Entscheidern klar sein, dass die **Bedeutung der Pflege** in Zukunft noch weiter steigen wird. Sie ist schon jetzt diejenige Berufsgruppe im Krankenhaus, die maßgeblich für die Steuerung und Optimierung und damit für die **Wirtschaftlichkeit und Qualität** der Prozesse verantwortlich ist. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es in Krankenhäusern immer mehr ältere Patienten mit einer höheren Pflegebedürftigkeit geben. Pflegerische und ärztliche Versorgung müssen auf Augenhöhe stattfinden, da beide Seiten über Spezialisierungen und wissenschaftliche Erkenntnisse verfügen, die nur im Ganzen eine sinnvolle und qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen.

(Beifall beim SSW)

Verstärkt wird dieses durch die **Delegation ärztlicher Tätigkeiten** auf die **Gesundheitsfachberufe**. In anderen Ländern - wie zum Beispiel der Schweiz - ist das übrigens schon der Normalfall, und Pflegekräfte, die längere Zeit dort gearbeitet haben, sind regelrecht schockiert über das in Deutschland im-

mer noch vorherrschende hierarchische System in den Krankenhäusern.

Wir meinen, dass das UK S-H auf einem guten Weg war, als die klinischen Zentrumsleitungen gleichberechtigt mit ärztlicher, pflegerischer und kaufmännischer Leitung besetzt waren - bei gleichzeitiger Besetzung der Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice. Die Zerschlagung dieser Strukturen hat zu großer Verunsicherung geführt und ist eine rückwärtsgewandte Unternehmenspolitik. Für den viel gelobten Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein wäre es eindeutig ein Rückschritt, wenn die Uniklinik des Landes mit schlechtem Beispiel vorangeschickt würde.

Eines kann man nach fast drei Jahren Austermann/de Jager sicher feststellen: Das UK S-H ist mittlerweile zumindest in der Krankenhauslandschaft bundesweit bekannt - und zwar als Negativbeispiel par excellence. Genau das hat das UK S-H aber nicht verdient.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Austermann das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe überlegt, ob ich mich zu diesem Punkt überhaupt zu Wort melden sollte, weil damit die Blamage für diejenigen, die glaubten, einen Skandal entdeckt zu haben, nur noch größer wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Heute haben Sie einmal eine andere Platte aufgelegt, Herr Minister!)

- Ab und zu einmal etwas Neues zu sagen, würde Ihnen auch guttun. - Frau Birk, Herr Klug und Herr Harms können offensichtlich nicht lesen und nicht zuhören. Die Abgeordneten Weber und Sauter haben ziemlich eindeutig gesagt, dass es um eine vom **Vorstand eigenverantwortlich** vorgenommene **Ausschreibung** einer Stelle unterhalb der Vorstandsebene geht. Wir haben zurzeit eine relativ schwach ausgeprägte zweite Führungsebene im UK S-H; möglicherweise liegt darin das eine oder andere Problem begründet. Das betrifft zum Beispiel das Controlling und das finanzielle Management. Jetzt beginnt der Vorstand in eigener Verantwortung, diese zweite Ebene endlich auszubauen.

(Minister Dietrich Austermann)

Das hat aber mit der Frage eines dritten Vorstandspostens - der, wie beide Redner gesagt haben, gesetzlich vorgeschrieben ist - überhaupt nichts zu tun. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Die Plenardebatte wird genutzt, um mit alten Kamellen zu kommen und ein bisschen mit Dreck zu werfen. In der Presseerklärung haben Sie ja wieder behauptet, ich würde mauscheln, obwohl Sie genau wissen, dass die Stelle nicht betroffen ist. Wir haben Ihnen deutlich mitgeteilt, dass die dritte Vorstandsposition nicht betroffen ist.

Am 16. Oktober 2007 haben wir eine Presseerklärung des Aufsichtsrats des UK S-H mit der Überschrift „Aufsichtsrat rügt gravierende Versäumnisse im Controlling des UK S-H - Staatssekretär de Jager: „Schäden in beträchtlicher Größenordnung“ bekommen. Diese Pressemitteilung endet folgendermaßen - ich zitiere -:

„In Zusammenhang mit der Prüfung einer Rechtsumwandlung des UK S-H werden Wissenschaftsminister Dietrich Austermann und UK S-H-Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Bernd Kremer deshalb einvernehmlich und vertraulich an einer Neuregelung der Führungsstrukturen arbeiten.“

Genau das geschieht zurzeit. Ende des Monats werden wir ein **Konzept zur Sanierung** sowie zur Stellenbesetzung Vorstand, CTZ und CCC vorstellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum werden diese Stellen dann zurzeit ausgeschrieben?)

- Das müssen Sie den Vorstand fragen. Es handelt sich um ein Unternehmen mit 10.000 Mitarbeitern. Das Unternehmen hat einen Vorstand. Der Vorstand schreibt eine Stelle aus. Demnächst kommen Sie und sagen, ich müsse mich rechtfertigen, weil ich einen Mann und nicht eine Frau als Hausmeister genommen habe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist doch kein Vergleich!)

Es ist doch wohl völlig lächerlich, die Erwartung zu haben, dass die **Landesregierung Einfluss** darauf nimmt, welche Positionen das UK S-H unterhalb des Vorstandes besetzt. Wenn wir das machen würden, würden Sie darin einen neuen Skandal sehen und sagen: Das geht doch nicht mit rechten Dingen zu, dass ihr diese Stelle so oder so beeinflusst habt, dass ihr Einfluss darauf nehmt; der Vorstand muss selbstständig entscheiden können.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Leute, auf die er vertraut, und deswegen muss er sie selber auswählen können. - Jetzt fahren Sie die andere Platte und sagen: Wir haben nicht mitgeredet, und deswegen war das falsch.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen denke ich - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz ruhig!)

- Dass ausgerechnet Sie mit diesen Ohren und mit diesem Organ hier von zu laut reden, das wundert mich allerdings tatsächlich.

(Beifall bei der CDU)

Also, das Land hat nicht ausgeschrieben. Das Land hat nicht gegen ein Gesetz verstoßen. Das Land hat keine Entscheidung gegen einen Pflegevorstand getroffen. Sie haben wieder einmal das Thema verfehlt. Es tut mir leid. Bedauerlich ist Folgendes - das muss ich wirklich sagen -: Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein hat einen hervorragenden Ruf, was seine Leistungen betrifft.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hatte!)

- Hat es auch heute noch. Herztransplantationen, Lebertransplantationen, normale Versorgung im Maximalbereich werden in Schleswig-Holstein optimal geleistet. Bloß um eines kurzen, nachvollziehbaren politischen Erfolges willen, einer Zeile - interessanterweise hat die Presse das Thema ja überhaupt nicht aufgegriffen -, wegen einer solchen kurzfristigen Geschichte hier so ein Theater zu machen, ist des Parlaments nicht würdig.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister und erteile für einen Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind es gewohnt, dass der Minister, wenn er in die Ecke gedrängt wird, erzählt, es könne keiner lesen. Das erzählt er fast jedes Mal.

(Karl-Martin Hentschel)

(Frank Sauter [CDU]: Es betrifft auch immer dieselben Kollegen!)

Es wird nicht besser dadurch, dass Sie das jedes Mal erzählen, Herr Austermann.

Wenn es stimmt, wie der Vertreter der Große Koalition, Herr Weber, hier gesagt hat, dass noch in diesem Sommer vom Kabinett über die Besetzung des dritten Vorstandspostens entschieden wird, und vorher für den gleichen Bereich einen Direktorenposten besetzt, dann schaffen Sie Doppelstrukturen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit schaffen Sie eindeutig **Doppelstrukturen**. Ich kann mir das nur so erklären, dass der Minister wieder einmal das gemacht hat, was er immer macht: Er macht einfach das, was er will, ohne jede Rücksicht und ohne jede Rückkopplung mit der Koalition und den Fraktionen, und dann ist er - vielleicht von der SPD-Fraktion - gestoppt worden, die gesagt hat: So geht es nicht!, und jetzt macht er eine Kehrtwende und erzählt das Gegenteil, zieht aber seine Ausschreibung weiter durch und erzählt: Was macht es denn? Das ist doch eine Sache des Klinikums. Damit habe ich doch überhaupt nichts zu tun.

Dass ein Minister in dieser Art und Weise versucht, das Parlament zu veräppeln, ist schon peinlich genug.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass sich aber ein finanzpolitischer Sprecher wie Sie hier hinstellt und versucht, das auf diese Art und Weise zu rechtfertigen, ist überpeinlich. Sich in dieser Art und Weise vom Minister an der Nase herumführen zu lassen und nur noch Hilfsdiener der eigenen Regierung zu sein, das ist wirklich überpeinlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Frank Sauter [CDU]: Was hat Ihnen nicht gefallen, erzählen Sie doch!)

- Wie bitte?

(Frank Sauter [CDU]: Erklären Sie, was an meiner Rede unschlüssig war!)

Wissen Sie, wir haben eine Finanzlage. Wir haben uns gestern über die **Finanzlage dieses Landes** unterhalten. Wir können es uns wahrlich nicht leisten, überflüssige Doppelstrukturen zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur, damit der Minister seinen Kopf gerade halten kann, rechtfertigen Sie das als finanzpolitischer Sprecher. Das ist megapeinlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Frank Sauter [CDU]: Haben Sie die Begründung nicht verstanden?)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nur gemeldet, weil zum Ersten der Kollege Hentschel davon sprach, dass sich das Parlament hier von der Exekutive - wie war der Begriff? - an der Nase herumführen lässt

(Frank Sauter [CDU]: Veräppeln!)

- oder veräppeln, das ist letztlich dasselbe -, und zum Zweiten wegen des Hinweises, hier würden Doppelstrukturen geschaffen, die das Land zusätzliches Geld kosten.

Ich darf Sie zunächst einmal darauf hinweisen, dass die Stellen des UK S-H aus dem **Budget des UK S-H** finanziert werden und der Landeshaushalt nicht zusätzlich belastet wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben schon genug Verlust!)

Zum Zweiten darf ich darauf hinweisen, dass die Frage, welche Personalstruktur innerhalb des UK S-H auf den verschiedenen Ebenen entwickelt wird, etwas ist, was das Unternehmen UK S-H entscheidet, natürlich unter dem Gesichtspunkt, dass der Aufsichtsrat eine Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Das ist ganz klar geregelt. Darin kann ich überhaupt kein Problem erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Thema **Doppelbesetzung**. Hier wird völlig zu Recht - übrigens auch noch einmal vom Kollegen Harms - die große Dimension des Bereichs Pflege in diesem Klinikum vorgetragen. Wenn das vorgetragen wird, kann ich überhaupt nicht erkennen, wieso Sie gerade im Bereich Pflege eine **operative Spitzenfunktion** unterhalb des Vorstandes als eine Doppelbesetzung auffassen. Im Bereich Controlling, im Bereich Finanzmanagement, in allen anderen Bereichen gibt es unterhalb des Vorstandes Po-

(Jürgen Weber)

sitionen, die das Geschäft operativ von der Spitze her mittragen und mitverantworten. Vom ärztlichen Bereich will ich gar nicht reden. Ich könnte aus dem Kopf gar nicht sagen, wie viele Ärztliche Direktoren, also Leute in Leitungsfunktionen, in diesem Klinikum sind. Und Sie haben ein Problem mit einer Pflegespitzenleitungsstellung unterhalb des Vorstandes, während Sie gleichzeitig sagen, Pflege sei von so herausragender Bedeutung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das macht doch überhaupt keinen Sinn.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaubt doch keiner!)

Ich will konzedieren, ob es besonders schlau ist, diese Ausschreibung - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaubt doch wirklich keiner!)

- Herr Kollege Hentschel, was ich hier erzähle, sage ich nicht, damit Sie das glauben, sondern damit deutlich wird, dass wir eine klare, für alle nachvollziehbare Position einnehmen, die meines Erachtens vernünftig ist und die dem UK S-H hilft, sich weiter positiv entwickeln zu können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagen Sie den Satz weiter!)

Wenn Sie weiter in Skandalisierung machen, nützt das nicht dem UK S-H und auch nicht Ihnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagen Sie den Satz weiter! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sind im UK S-H alle dagegen? - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Machen Sie weiter, jetzt wird es interessant! - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sind die Leute aus der Pflege dagegen?)

- Der Gedanke war weitestgehend zu Ende getragen. Ich wollte deutlich machen: Der Bereich Pflege ist von großer Bedeutung. Deshalb braucht man unterhalb des Vorstandes operative Arbeit.

Man kann natürlich die Frage stellen, ob eine solche Ausschreibung zu einem solchen **Zeitpunkt** sinnvoll ist.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Frage kann man stellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Frage muss man stellen!)

Die Frage kann man stellen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber die Unterstellung, damit werde Schaden ange richtet, ist erstens eine Unterstellung. Zweitens müssen Sie diese Frage in der Tat dem Vorstand stellen, weil der Vorstand der Auffassung war, dass nicht irgendwann, sondern sehr zeitnah eine Direktorenstelle zu besetzen ist.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, die drei Minuten sind schon um.

Jürgen Weber [SPD]:

Ja, ich formuliere meinen letzten Satz. - Wenn das Ihr Problem gewesen wäre, ob das ein vernünftiger Zeitpunkt ist, hätte man sich darüber rational austauschen können, im Ausschuss darüber reden können. Was Sie wollten, ist eine Skandalisierung eines Prozesses zulasten des Images des UK S-H. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag - -

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das füge ich bei Ihrem Antrag hinzu.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Birk, vielen Dank für die Leitungshilfe. Frau Birk meint, ich müsse am Anfang sagen, dass über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2102, ohne Begründung abgestimmt werden soll. Das sage ich, damit die Antragslage allen klar ist.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2131, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

und dem SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2102 - ohne Begründung -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2117

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im November 2005 stellte Bundespräsident Horst Köhler anlässlich seiner Rede beim Wirtschaftsforum der Kreissparkasse Tuttingen - auch dort werden große Reden gehalten, nicht nur in Kiel und Berlin - fest, dass die Idee der **Beteiligung** von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern **am Produktivvermögen**, wie sie noch in den 60er-Jahren üblich war, zu früh ad acta gelegt wurde. Er forderte, diese Idee wieder aufzugreifen, neue Formen der Teilhabe, auch an Wirtschaftsprozessen, zu entwickeln. Durch die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Produktivvermögen böten sich Möglichkeiten - so Horst Köhler -, die Beschäftigten an den steigenden Kapitaleinkommen zu beteiligen.

Wir möchten mit dem vorliegenden Antrag die Forderung des Bundespräsidenten und zugleich unsere Landesregierung dabei unterstützen, sich aktiv auf Bundesebene für eine stärkere Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Unternehmen einzusetzen.

Die Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen müssen verbessert werden, damit es für mehr Unternehmen attraktiv ist, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital des Unternehmens teilhaben zu lassen. Dies

hat unser Wirtschaftsminister Dietrich Austermann in den vergangenen Monaten immer wieder eingefordert und damit auch die notwendige Diskussion auf Bundesebene vorangebracht.

CDU und SPD im Bund haben sich im Koalitionsausschuss am 28. April 2008 auf **Eckpunkte** einer **Reform der Mitarbeiterbeteiligung** geeinigt. Diese sehen unter anderem vor, den Steuerfreibetrag für den Erwerb von Kapitalanlagen am eigenen Unternehmen von 135 auf 360 € zu erhöhen. Ebenso soll die Förderung von vermögenswirksamen Leistungen durch eine Anhebung des Fördersatzes und der Einkommensgrenzen verbessert werden.

Verschiedene Untersuchungen machen die Notwendigkeit eines Ausbaus der Mitarbeiterbeteiligung deutlich. Im letzten Jahr hat das **IW Köln** in einer Untersuchung festgestellt, dass von den Befragten rund 3.200 Unternehmen gerade einmal 25,5 % ihre Mitarbeiter am Gewinn beteiligen. Auffällig dabei ist, dass der Anteil der Unternehmen mit der Zahl der Beschäftigten abnimmt. Gerade in Schleswig-Holstein haben wir viele kleinere und mittlere Unternehmen, die offensichtlich die Möglichkeit der Mitarbeiterbeteiligung noch nicht ausreichend nutzen oder nutzen können.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass das **Wirtschaftsministerium** auch hier bereits **Initiativen** entwickelt hat, mit denen das Thema Mitarbeiterbeteiligung in Schleswig-Holstein vorangebracht werden kann. Es muss darum gehen, die Unternehmen davon zu überzeugen, dass die Beteiligung ihrer Mitarbeiter am Kapital und Gewinn der Unternehmen sinnvoll ist, nicht nur durch zusätzliches Einkommen für die Beschäftigten, sondern auch als **Motivationssteigerung** und **Stärkung der Identifikation** mit ihrem Betrieb.

Im Grunde gibt es zwei verschiedene Varianten der Mitarbeiterbeteiligung. Bei der **Erfolgsbeteiligung** erhalten die Beschäftigten zusätzlich zu ihren Arbeitsentgelten eine erfolgsabhängige Zuwendung. Eine solche Form der Mitarbeiterbeteiligung ist unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens möglich und damit insbesondere auch für kleinere Unternehmen interessant. Das **Kapitalbeteiligungsmodell** dagegen funktioniert - wie der Name schon sagt - am ehesten bei Kapitalgesellschaften, zum Beispiel durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien oder GmbH-Anteilen. Die Modelle haben gemeinsam, dass sie einen Beitrag dazu leisten, die Beschäftigten stärker zu motivieren und ihre Einsatzbereitschaft und Kreativität zu fördern, wovon letztlich auch die Unternehmen wieder profitieren.

(Johannes Callsen)

Es wird gegenwärtig in der Öffentlichkeit intensiv über die Frage diskutiert, wie die Arbeitnehmer stärker am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden können. Mitarbeiterbeteiligungen - freiwillig und im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens - können nach unserer Überzeugung ein guter Beitrag sein, die Einkommenssituation der Beschäftigten zu verbessern. Hierfür hat die Große Koalition in Berlin die Weichen gestellt, und ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, damit dies auch von Schleswig-Holstein weiter unterstützt und in Schleswig-Holstein positiv begleitet wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Johannes Callsen und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Historisch betrachtet lag es nicht an der Sozialdemokratie, dass es mit der nun vereinbarten Form der Mitarbeiterbeteiligung so lange gedauert hat. Herr Dr. Garg, **1980** hatte die **Bonner Koalition** von SPD und FDP ausgehandelt, dass den Tarifpartnern nicht nur die Möglichkeiten zur einzelbetrieblichen Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen erleichtert werden sollte, die FDP hatte sich auch dazu durchgerungen, einem SPD- und Gewerkschaftswunsch zu entsprechen und den Tarifpartnern den Weg zur überbetrieblichen Vermögensbildung gesetzlich zu ebnen. Auch Finanzminister Matthöfer erklärte sich mit einer steuerlichen Förderung einverstanden.

Zum Erstaunen des sozialdemokratischen Koalitionspartners verabschiedete sich die FDP kurz danach aus dem Kompromiss:

„Die Freidemokraten wollen allenfalls über Gesetzeshilfen für eine rein betriebliche Vermögensbildung mit sich reden lassen; über die von vielen Gewerkschaften geforderte überbetriebliche Vermögensbildung - bei der finanzkräftige Fonds geschaffen würden - wollen sie gar nicht mehr verhandeln.“

Das schrieb der „Spiegel“ am 26. April 1982. - Hört, hört!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr viel hat sich seit damals geändert, aber eine sehr wichtige Sache nicht: Die Löhne hinken der Rendite hinterher, Unternehmens- und Vermögenseinkommen steigen weit mehr als die Einkommen der Beschäftigten. Und eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ist nach wie vor aktuell, zumal Erfahrungen aus Frankreich oder auch Großbritannien zeigen, dass mit **entsprechender Förderung** Beteiligungsmodelle für Beschäftigte an Unternehmen attraktiv sein können und sind.

In Deutschland ist die Mitarbeiterbeteiligung in Betrieben bislang nicht weit verbreitet. Im Jahr 2005 hatten nur 2 % der Betriebe ein System der Kapitalbeteiligung. In 9 % der Betriebe sind Beschäftigte am Gewinn beteiligt. Darunter waren - wie eben schon vom Kollegen Callsen gesagt wurde - deutlich mehr große Unternehmen als kleine Betriebe.

Tatsache ist auch, dass vor allem qualifizierte Beschäftigte von Beteiligungsmodellen profitieren. Geringqualifizierte, **gewerblich Beschäftigte** und Menschen in **niedrigen Einkommensgruppen** werden bisher seltener einbezogen. Uns Sozialdemokraten war daher besonders wichtig, dass es ein Instrument zur Förderung **indirekter Beteiligungen** gibt. Dazu werden Mitarbeiterbeteiligungsfonds geschaffen, etwa für einzelne Branchen. Sie müssen 75 % ihres Vermögens in den Firmen anlegen, deren Beschäftigte Anteile an dem Fonds erwerben.

Die Koalition in Berlin vereinbarte ein Modell, das sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen ermöglicht: Die steuerliche Förderung von Vermögensbeteiligungen wird deutlich ausgeweitet. Es werden neue, professionell gemanagte Mitarbeiterbeteiligungs-Fonds geschaffen, in die Beschäftigte investieren können. Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird für in Beteiligungen angelegte vermögenswirksame Leistungen von 18 auf 20 % angehoben, die Einkommensgrenzen für die Sparzulage steigen. Die Beteiligung ist absolut freiwillig. Beteiligungsmodelle müssen zusätzlich zum Lohn verhandelt werden. Die Mitarbeiterbeteiligung darf - dies ist der SPD ausgesprochen wichtig - nicht zulasten der betrieblichen Altersvorsorge gehen. Die Regierung wird eine Informationskampagne für mehr Mitarbeiterbeteiligung auf den Weg bringen. Diese beschlossene Regelung soll möglichst noch Anfang 2009 in Kraft treten.

Dies ist einmal ein Kompromiss, der wirklich sehr positiv ist und deshalb unsere Unterstützung finden sollte. Für den Erfolg von Mitarbeiterbeteiligungen wird das **Engagement der Tarifpartner** eine

(Bernd Schröder)

wichtige Rolle spielen, zum Beispiel die Aufnahme in entsprechende Tarifverträge. Und damit Beteiligungssysteme ihre **positiven Anreizeffekte** entfalten können, müssen die Beschäftigten Einfluss auf den Leistungsoutput haben, das heißt die Erfolge einer Mitarbeiterbeteiligung sind auch abhängig von einer Veränderung in der Unternehmenskultur.

Ich glaube, dieses ist ein gutes Modell. Das ist ein Antrag, der unterstützt werden sollte. Ich bitte das Hohe Haus um Unterstützung des gemeinsamen Antrages.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernd Schröder und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herzlichen Dank, Kollege Schröder, für den Geschichtsunterricht.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich war dabei!)

- Du warst im Zweifel überall dabei.

Seit 1980 hat sich doch einiges geändert, insbesondere haben die Sozialdemokraten hier im Land tatsächlich die Landesbediensteten am Erfolg des Unternehmens Schleswig-Holstein dahin gehend beteiligt, dass sie den Landesbeamten das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt haben. So viel zur Mitarbeiterbeteiligung, wie sie hier vor Ort gelebt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Schröder, ich bin ein wenig ratlos. Wir debattieren einen Antrag der Koalition aus CDU und SPD, die die Landesregierung auffordert, sich auf **Bundesebene** für die freiwillige Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen einzusetzen. Nun ist es aber so, dass auf Bundesebene - derzeit noch - eine Regierung existiert, die aus Mitgliedern von CDU und SPD besteht.

(Beifall bei der FDP)

Der Koalitionsausschuss - auch er besteht bekanntlich aus Mitgliedern von CDU und SPD - hat eine „Arbeitsgruppe für mehr Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Deutschland“ eingesetzt. Diese hat ihre Ergebnisse am 21. April 2008 vorgestellt. Das Ergeb-

nis dieser Arbeitsgruppe wurde in den Koalitionsfraktionen als durchgreifender Erfolg gefeiert. So heißt es zum Beispiel auf der Internetseite der CDU oder in einem Flyer der SPD: Diese Ergebnisse „sind ein wichtiger Schritt zum flächendeckenden Aufbau einer Kapitalbeteiligungskultur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Deutschland“.

Nun frage ich die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU ernsthaft, was dieser Antrag der Koalitionspartner in Schleswig-Holsteinischen Landtag soll, der die Bundesregierung auffordert, in dieser Frage aktiv zu werden?

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt eigentlich nur zwei plausible Erklärungen: In den Reihen von CDU und SPD in Kiel weiß man nichts von den Dingen, die CDU und SPD in Berlin treiben,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

oder aber CDU und SPD in Kiel haben erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der von CDU und SPD im Bund vorgeschlagenen Maßnahmen. Sollte die zweite Erklärung zutreffen, dann haben Sie die ausdrückliche Unterstützung der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Denn das von CDU und SPD auf Bundesebene beschlossene „Gesamtkonzept zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung“ ist kontraproduktiv, teuer und absolut ineffektiv.

Wenn CDU und SPD hier in diesem Haus das genauso sehen, dann frage ich mich, warum das nicht auch in ihrem Antrag so steht? Wir werden Ihnen im Zweifelsfall im Wirtschaftsausschuss mit einem Formulierungsvorschlag weiterhelfen.

Lassen Sie mich kurz begründen, warum wir das Konzept von CDU und SPD auf Bundesebene strikt ablehnen. Was will die **Koalition in Berlin?** - Die **Steuer- und Sozialversicherungsbeitragsfreiheit** für die **Kapitalbeteiligung** an der eigenen Firma soll von derzeit 135 € auf 360 € pro Jahr erhöht werden. Der Arbeitgeber kann zukünftig das Kapital auch in Branchenfonds investieren; das wird speziell gefördert. Der Fördersatz für **vermögenswirksame Leistungen** wird von 18 % auf 20 % angehoben, und die **Einkommengrenzen** sollen ansteigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorschläge von CDU und SPD begünstigen ausschließlich

(Dr. Heiner Garg)

Großunternehmen, sie gehen am Mittelstand völlig vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Sie machen das deutsche **Steuerrecht** noch komplizierter, und sie sind extrem teuer. Die Vorschläge von CDU und SPD gehen insbesondere zulasten der **betrieblichen Altersvorsorge** und schaden in der Summe der **Vermögensbildung**.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist es grundsätzlich sinnvoll, **Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens** oder am Unternehmenskapital zu beteiligen. Da gibt es, Kollege Callsen, zwei Möglichkeiten: entweder der **Investivlohn** oder die **investive Gewinnbeteiligung**. Die konkrete Umsetzung muss allerdings auf betrieblicher Ebene erfolgen; denn nur dort kann darüber befunden werden kann, wie hoch der Anteil der erfolgsabhängigen Vergütung sein kann. Der Staat kann und darf sich da nicht einmischen! Dass Sie als Union ein solches Konzept mittragen, sagt eigentlich schon alles: Im grünen Anstrich den Roten hinterherrennen!

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie das genauso sehen, dann schreiben Sie das doch in Ihren Antrag und verklausulieren Sie hier nicht irgendetwas!

Deutschland braucht keine neuen staatlich gesteuerten Förderwege. Das System muss vielmehr einfach und verständlicher werden, soll die betriebliche Altersvorsorge eine breitere Akzeptanz finden als bisher. Wir brauchen Modelle, die die Bürger zu eigenverantwortlicher Vorsorge animieren. Wir brauchen Modelle, die den Arbeitnehmern individuelle **Wahlfreiheiten** zwischen den einzelnen Produkten lassen. Wir brauchen Modelle, die die Arbeitgeber von Haftungsrisiken und Bürokratie befreien und nicht noch zusätzlich belasten.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ein solches Modell ist das **Altersvorsorgekonto**.

(Beifall bei der FDP)

Die Bündelung von Altersvorsorge und Mitarbeiterbeteiligung unter einem Dach wird die Transparenz und die Flexibilität des Vorsorgesparens deutlich erhöhen und damit neue Anreize schaffen. Der Weg, den die Große Koalition in Berlin geht, kann diese Anreize hingegen nicht schaffen. Im Gegenteil: Durch mehr Bürokratie und durch höhere fi-

nanzielle Belastung des Mittelstandes, zum Beispiel durch die Einführung flächendeckender Mindestlöhne, wird die Mitarbeiterbeteiligung erschwert.

Ich hoffe sehr, CDU und SPD können in den Ausschussberatungen etwas deutlicher herausstellen als das bislang in den Redebeiträgen der Fall war, was sie mit diesem Antrag eigentlich wollen. Wenn es darauf hinausläuft, dass die Pläne von CDU und SPD im Bund abgelehnt werden, dann haben Sie unsere Unterstützung. Vielleicht gelingt es ja sogar, einen gemeinsam getragenen Antrag zu entwickeln, damit daraus noch etwas Sinnvolles wird. Wenn Sie aber allen Ernstes diesen Unsinn auf der Bundesebene unterstützen wollen, dann gibt es dieses Modell mit uns garantiert nicht, weil es kontraproduktiv ist und genau das Gegenteil dessen bewirkt, Herr Callsen, was Sie hier proklamiert haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält die Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch mich hat dieser Antrag etwas ratlos gemacht. Es handelt sich um zwei Sätze. Der erste Satz: Wir sollen beschließen, dass wir feststellen, „dass Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen eine Möglichkeit sein kann, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital teilhaben zu lassen“.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Toll!)

- Natürlich kann das eine Möglichkeit sein, meine Damen und Herren. Ich wundere mich, dass Sie davon ausgehen, dass das hier überhaupt strittig sein könnte. Aber wir können das natürlich gern noch einmal beschließen.

Man muss dazu sagen, dass es diese **Modelle** bereits gibt, das ist ja nichts Neues. Es gibt eine Reihe - ich glaube, 10 % - von Unternehmen, die ihre **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** zumindest am **Gewinn** beteiligen; 2 % beteiligen sie am **Kapital**. - Vielleicht erklären Sie noch einmal, warum wir das beschließen sollen.

Der zweite Satz ist dann richtig interessant. Da vermuten Sie, dass sich die Landesregierung auf der **Bundesebene** nicht einsetzt. Warum sollten wir die Landesregierung auffordern, sich - da fehlt noch das Wort „endlich“ „auf Bundesebene für die Ein-

(Monika Heinold)

führung von freiwilligen Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen einzusetzen“?

Erstens gibt es diese schon. Aber okay, wenn wir die Landesregierung auffordern wollen, in Berlin etwas aktiver zu werden,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sagen Sie das Austermann!)

stimmen wir natürlich zu. Die Regierung zu treiben, ist nicht schlecht. Was mich aber noch mehr gewundert hat oder auch etwas irritiert hat, ist, dass Sie - nachdem sich die **Koalition** in Berlin einvernehmlich geeinigt hat - im Antrag gar nichts zu dieser Einigung sagen. Sie hätten beispielsweise diesen federführenden und wegweisenden Beschluss der Großen Koalition in Berlin loben können. Dann hätten wir gewusst, dass Sie mit der Richtung einverstanden sind. Sie hätten auch Kritikpunkte auführen können. Aber auch das machen Sie nicht. Es stellt sich wirklich die Frage, ob Sie den Kompromiss in Berlin überhaupt kennen und wie Sie ihn bewerten. Das haben Sie auch in Ihren Reden nicht gesagt.

Aus unserer Sicht gibt es am Koalitionskompromiss einen Hauptkritikpunkt, und zwar die Frage, ob damit auch ein wirksamer **Insolvenzschutz** eintritt oder nicht. Das Risiko bei Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligungen ist ja, dass im Falle einer Insolvenz nicht nur der Arbeitsplatz weg ist, sondern auch noch angespartes **Kapital**. Da haben die Gewerkschaften immer gesagt: Da muss der Insolvenzschutz absolut greifen und sichergestellt sein.

Das bewertet die SPD auf Bundesebene wie folgt - ich zitiere aus einer Pressemitteilung der SPD auf Bundesebene -: „Das Insolvenzrisiko wird - entgegen der ursprünglichen Vorschläge der Union - durch breite Streuung der Fondsbeteiligung minimiert.“

Meine Damen und Herren, „minimiert“ heißt nicht „aufgehoben“, das heißt, das Insolvenzrisiko besteht nach wie vor. In der Diskussion um die Frage der Mitarbeiterbeteiligung gibt es unterschiedliche Modelle. Das ist hier auch gesagt worden.

Strittig ist vor allem immer die Frage, ob sozusagen ein **Teil des Gehaltes** als Gewinn ausgeschüttet wird oder als Kapitalbeteiligung stehen bleibt. Da haben wir erhebliche Bedenken; denn nur ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird es sich leisten können, Teile des Lohnes umzuwandeln. Teile können es sich immer leisten, das sind die Besserverdienenden. Ein anderer Teil kann es nicht.

Das kann auch zu Schwierigkeiten innerhalb der Mitarbeiterschaft im Betrieb führen.

Bei den **Modellen** der Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es positiv - das ist hier auch gesagt worden -, dass sie dazu führen können, dass die Verantwortung für den **Betrieb** steigt, dass das Interesse für die Produktion, für den Output des Unternehmens steigt. Insofern haben wir dazu in Berlin immer eine sehr offene Position vertreten. Aber es muss eine Regelung sein, die vernünftig ist.

Man darf aber nicht so tun, als würde die Mitarbeiterbeteiligung eine Form sein, um Lohndumping zu unterbinden oder um auf Mindestlöhne verzichten zu können oder anderes. Das alles ist Quatsch. Das hat damit nichts zu tun. Wir sind der Meinung - da haben wir den klaren Unterschied zur FDP -, dass wir Mindestlöhne in jedem Fall brauchen und diese Frage nicht mit der Frage der Mitarbeiterbeteiligung mischen sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank für diese spannende, aufschlussreiche, wegweisende Debatte. Und weil der Beschluss so wegweisend ist, werden wir ihm auch zustimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte? Erst sagen Sie, dass das Unsinn ist, und dann wollen Sie dem Unsinn zustimmen? - Gegenruf von Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sollten wir ablehnen, dass sich die Regierung endlich bewegt?)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten. - Das Wort für den SSW erhält der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach langer Debatte beschloss die Große Koalition in Berlin Ende April ein **Modell für eine neue Mitarbeiterbeteiligung**. Diese sieht eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für Mitarbeiter, die sich an ihren Unternehmen beteiligen, auf 360 € jährlich pro Beschäftigtem vor. Der Vorstoß kam von SPD-Chef Beck, der davon sprach, dass diese überfällige Regelung der einseitigen Vermögensbildung in Deutschland wenigstens etwas entgegenwirken soll. Bisher wurde der **Erwerb von Kapitalanteilen** von Mitarbeitern am eigenen Unternehmen nur mit 135 € pro Jahr und Beschäftigtem gefördert. Das heißt, es gab in der Vergangenheit bereits eine Regelung. Diese ist nun etwas verbessert worden. Dahinter steckt zum einen die Idee, dass

(Lars Harms)

eine Kapitalbeteiligung die Motivation der Mitarbeiter und somit die Produktivität der Betriebe erhöhen soll. Zum anderen will man mit solchen Regelungen auch die **Einkommenssituation** der Arbeitnehmer verbessern. Während die Gewinne und Kapitalerträge in den letzten Jahren stark angestiegen sind, ist die **Lohnquote** in Deutschland gesunken. Auch bei den Reallöhnen liegen die deutschen Arbeitnehmer im europäischen Vergleich ganz hinten. So ist der Nettolohn in Deutschland so niedrig wie vor 20 Jahren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Lieber Kollege Kayenburg, während die **Reallöhne** in fast allen Ländern der **EU** im gleichen Zeitraum sehr stark angestiegen sind, so sind die Löhne trotz Preissteigerungen in Irland von 11,8 %, in Großbritannien von 9,8 %, in Schweden um 8,7 % und in Frankreich um 5 % sowie im wirtschaftlich relativ schwachen Italien um 2,8 % angestiegen. Nur in Deutschland sind die Reallöhne in der gleichen Zeit gesunken.

Diese Entwicklung ist nicht nur für die Arbeitnehmer fatal, sondern hat auch volkswirtschaftlich erheblich zur äußerst schwachen Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Deshalb haben SPD und CDU die Strategie gewählt, dass die Arbeitnehmer von den **Gewinnen der Unternehmen** mehr als bisher profitieren sollen. Vom Prinzip her kann der SSW dieses Ansinnen, das jetzt auch die Koalitionspartner in Kiel mit ihrem Antrag voranbringen wollen, unterstützen. Wir sehen solche **Mitarbeiterbeteiligungen** an Unternehmen aber als kleine Ergänzung und nicht als Lösung des Problems an. Das Problem mit solchen freiwilligen Beteiligungen ist, dass viele Beschäftigte dieses Angebot nicht wahrnehmen werden, weil es in Deutschland kaum Tradition hat und weil sich viele dies nicht leisten können.

Dazu kommt das **Risiko**, dass man als Miteigentümer am Unternehmen quasi auch die Verluste tragen muss, die oft unabhängig vom eigenen Einsatz entstehen können. Deshalb plädiert der SSW weiterhin dafür, dass es sowohl für die Arbeitnehmer als auch für unsere Volkswirtschaft langfristig besser wäre, wenn in vielen Branchen endlich wieder angemessene Löhne bezahlt werden würden, die auch in besserer Relation zu den enormen Gewinnen vieler Unternehmen stehen. Dazu gehört seitens der Politik natürlich auch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, der im europäischen Ausland Normalzustand ist. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Dies geschieht nun ein-

mal am besten über die Lohnpolitik eines Unternehmens und eben nicht über die Aussicht auf eine bessere Mitarbeiterbeteiligung an den Firmen.

Zu der so oft propagierten sozialen Marktwirtschaft hat es immer auch gehört, dass die Arbeitnehmer ordentlich bezahlt wurden und somit auch ihren Beitrag zu einer guten Binnenkonjunktur leisten konnten. Dies ist heute in vielen Branchen leider nicht mehr der Fall. Die Lohnentwicklung der letzten Jahre spricht hier Bände.

In dieser wichtigen Zukunftsfrage können die **Großen Koalitionen** in Berlin und Kiel den Beschäftigten in Deutschland nur einen kleinen Knochen in Form einer kleinen Verbesserung bei der Mitarbeiterbeteiligung hinwerfen. Dies ist natürlich ein kleiner Fortschritt. Das grundlegende Problem der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung löst man damit aber nicht. Um dies auch nur im Ansatz zu lösen, sollte man unbedingt eine andere Steuerpolitik praktizieren, die nicht dem viel zitierten kleinen Mann zum Beispiel eine noch höhere Mehrwertsteuer aufdrückt, sondern endlich eine Vermögenssteuer, und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer durchsetzt, lieber Herr Kollege Astrup. Darauf werden wir aber wohl nicht hoffen können, solange wir uns weiter mit den Großen Koalitionen in Berlin und Kiel herumärgern müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine mehr rhetorische Frage an die Kollegin Meinold. Sie wissen, ich schätze Sie sehr, auch wenn wir in der Sache häufig unterschiedlicher Auffassung sind. Mir ist aber nicht klar geworden, warum Sie die ganze Zeit erklären, dass dieser Antrag Unsinn ist, Sie dann aber zustimmen wollen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich kann ihn auch nicht ablehnen!)

- Doch, das kann man schon.

Ich habe es jetzt noch einmal genau gelesen. Wir sollen feststellen, dass die Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen eine Möglichkeit sein kann, Mitarbeiter zu beteiligen. Ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll. Wir haben leider keine Zuschauer mehr.

(Wolfgang Kubicki)

Sie müssten denken, sie haben es mit Leuten zu tun, die PISA-Opfer geworden sind.

Der Minister muss noch reden. Deshalb habe ich mich gemeldet. Ich würde von dem Minister gerne dezidiert und kurzfristig wissen, was die Landesregierung und Sie über das hinaus zu tun gedenken, was in den Koalitionsgruppen vereinbart worden ist. Herr Austermann, ich weiß, Sie sind in der Lage, kurzfristig darauf zu reagieren. Nur dann macht es Sinn. Wenn es das Gleiche sein soll, muss er sich nicht mehr einsetzen. Das ist schon geschehen. Ich erwarte jetzt von Ihnen die Erklärung, was darüber hinaus zusätzlich, anders oder alternativ ins Werk gesetzt werden soll.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Lieber Herr Kubicki, ich bitte Sie, etwas pfleglich mit der Zuschauertribüne umzugehen. Wir haben immerhin noch dreimal Zukunft und einmal Gegenwart auf der Zuschauertribüne.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber die Polizei leider nicht mehr!)

Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Minister Dietrich Austermann.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kubicki, dieser Aufforderung hätte es nicht bedurft. Sie können erwartungsgemäß davon ausgehen, dass ich sage, welche Vorstellungen ich zum Thema **Mitarbeiterbeteiligung** habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Zunächst einmal geht es aber doch um etwas Grundsätzliches. Ich glaube, es ist richtig, dass wir uns 60 Jahre nach der Währungsreform und in einer Zeit, in der nach dem heutigen Aufmacher der „Kieler Nachrichten“ immer mehr Teile der Bevölkerung an der Marktwirtschaft und am demokratischen System verzweifeln, auch hier im Landesparlament darüber Gedanken zu machen, welche Wege wir beschreiten können und müssen, um eine soziale Marktwirtschaft, ein Währungssystem und die Teilhabe miteinander zu versöhnen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen mehr Anteil an ihrem Betrieb nehmen und an ihrem Betrieb Anteil haben.

Zu der Frage, in welchem Umfang Menschen an ihrem Betrieb Anteil nehmen, gibt es erschütternde Umfragen. Es ging um die Frage, wie viel Prozent der Mitarbeiter in einem Betrieb eine ganz feste Verbindung zu dem haben, was dort geschieht. Ich glaube, es ist richtig, sich Gedanken über die Mitarbeiterbeteiligung zu machen. Das bedeutet mehr als die Beteiligung der Mitarbeiter am **Kapital** eines Unternehmens und am **Ergebnis**.

Wie ist die Gemengelage hier in Deutschland? - Herr Abgeordneter Kubicki, Sie wissen ganz genau, dass es auf der einen Seite des Hauses die Vorstellung gibt, das Ganze über eine direkte Kapitalspartnerschaft, über **Investivlohn**, zu realisieren. Auf der anderen Seite des Hauses spricht man sich eher für die Beteiligung an einen anonymen **Fonds**, einem Deutschlandfonds oder von einem Regionalfonds wie in Rheinland-Pfalz, aus. Durch die Koalitionen und in Berlin und hier ist das sicherlich durch.

Jetzt geht um die Frage, ob man in einer Koalition wie dieser eine Möglichkeit findet, die beiden unterschiedlichen Pole, die auch an anderer Stelle quer durch das Haus gehen, wenn ich Gelbe und Grüne sehe, miteinander zu verbinden und zu einer Lösung zu kommen, die in breiten Teilen der Bevölkerung Anerkennung findet. Insofern verstehe ich den Antrag der Koalitionsfraktionen als eine Ermunterung, eine eigene Position zu erarbeiten, mit dieser eigenen Position in den Bundesrat zu gehen und im Bundesrat für dieses nach unserer Meinung bessere und **kooperativere Modell** zu werben. Genauso verstehe ich den Antrag.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Als Wirtschaftsministerium haben wir seit einem Dreivierteljahr einen fertigen Entwurf. Wie es sich gehört, haben wir Kontakt zum Kollegen Döring aufgenommen. Wir befinden uns zu dieser Frage in einem festen Gespräch. Wir hatten vor, im Frühjahr eine Konferenz, einen Workshop mit Vertretern der Unternehmensverbände durchzuführen. Diese sind an der Stelle zögerlich. Deshalb mussten wir den Termin auf den Herbst dieses Jahres verschieben. Bitte glauben Sie mir, dass ich dieses Thema als sehr wichtig ansehe und sehr ernst nehme. Ich habe die große Linie vorgegeben. Wir wollen das Thema wirklich beherzt durchführen.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass eine Verknüpfung zwischen den zwei unterschiedlichen Modellen gefunden wird, um eine breite Basis für eine Vermögensbeteiligung der Mitarbeiter in ihrem Betrieb zu realisieren. Als Nächstes findet im

(Minister Dietrich Austermann)

September ein Workshop statt, zu dem wir einladen werden. Ich gehe davon aus, der Workshop wird gemeinsam mit dem Arbeitsministerium und mit den Unternehmensverbänden sowie den Gewerkschaften abgehalten, um sicherzustellen, dass es eine breite Palette und ein breites Angebot gibt.

Es wird schwierig sein, hier zu einem Konzept zu kommen, das alle miteinander tragen. Wir müssen die Mitarbeiter stärker einbeziehen. Die Rationalisierung der Arbeitsprozesse erfordert, dass der Einzelne eine größere Bedeutung erhält. Er muss im Team arbeiten. Innovationen in den Betrieben müssen die Fähigkeiten und **Potenziale der Mitarbeiter** nutzen. Mitarbeiter sollen am Vermögen beteiligt werden. Sie sollen neben dem normalen Lohn ein eigenes Potenzial aufbauen. Neben sonstigen Versicherungsleistungen sollen sie die Möglichkeit haben, ein eigenes **Vermögen** aufzubauen und am Erfolg des Unternehmens beteiligt zu werden. Dadurch wird das Interesse am Unternehmen gesteigert.

Es gibt ein weiteres Problem, über das in diesem Zusammenhang diskutiert werden muss. Das ist die Frage, wie wir mit **Risiken** umgehen. Was passiert im Fall einer **Insolvenz**? - Bei dem Lösungsansatz der CDU ist das Risiko dann, wenn man keine eigene Insolvenzabsicherung leistet, relativ hoch. Bei dem Fondsmodell ist es relativ klein. Auch hier wird man eine Lösung finden müssen.

Das, was in Berlin bisher als Kompromiss vorgeschlagen worden ist, ist noch kein Gesetzentwurf. Ich glaube, daher haben wir noch ein bisschen Zeit. Wir müssen uns aber im Laufe des Jahres darüber einig werden, was wir tun wollen. Ich möchte nicht verschweigen, dass die Vorschläge aus Berlin unterschiedlich bewertet werden. Kritiker erwarten, dass von der höheren Förderung überwiegend Kapitalgesellschaften profitieren. Der Herr Abgeordnete Garg hat seine Sorgen diesbezüglich ebenfalls zum Ausdruck gebracht. Die Kapitalgesellschaften haben in den meisten Fällen heute schon Mitarbeiterbeteiligungen. Andere sagen, das Ganze sei zu kompliziert. Wirtschaftsverbände wollen - wie die Union - lieber eine direkte Gewinnbeteiligung. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat ordnungspolitische Bedenken. Alle Vorschläge stellen einen politischen Kompromiss dar.

Ich hoffe, dass wir zu einem Kompromiss kommen, bei dem zwischen der **Fondslösung** und zwischen der **direkten Beteiligung** ein Mittelweg geschaffen werden kann. Das wird schwierig sein. Wir als Landesregierung werden jedenfalls im Gesetzgebungs-

verfahren darauf drängen, dass es für kleine und mittlere Unternehmen eine passende Lösung gibt. Wir werden darauf achten, kein Modell zu machen, dass sich nach den Großen richtet. Es soll für kleine und mittlere Unternehmen passend sein. Wir prüfen, inwieweit wir mit regionalen Maßnahmen ergänzen können.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Gerade im 60. Jahr der sozialen Marktwirtschaft ist es nötig und wichtig, im marktwirtschaftlichen System mehr Strahlkraft zu entwickeln. Dazu kann die Beteiligung der Arbeitnehmer - zum Beispiel durch Investivlohn - einen Beitrag leisten. Das ist wirtschaftspolitisch richtig, weil in den Unternehmen die Produktivität, das Eigenkapital und die Mitarbeiterbindung gestärkt werden. Die **Mitarbeiterbeteiligung** ist politisch und gesellschaftlich nötig, weil sie Vermögensbildung und Altersvorsorge erleichtert und ergänzt. Ordnungspolitisch ist es richtig, dass der Staat Förderangebote macht, die auf freiwilliger Basis erfolgen und zu denen niemand gezwungen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Minister Austermann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2117 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung des Abgeordneten Jens Magnussen angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2113

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort. - Zu Tagesordnungspunkt 27, Herr Minister! - Ich bitte Herrn Hauck, den Minister nicht von seiner Arbeit abzuhalten.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als erstes deutsches Bundesland und - soweit ich weiß - als erstes Land in Europa legt Schleswig-Holstein einen maritimen Aktionsplan vor. Er ist von der **Landesinitiative Zukunft Meer** unter der Leitung von Professor Herzig erarbeitet worden. Deshalb ist es mir eine Freude, Herrn Professor Herzig auf der Tribüne zu begrüßen.

(Beifall)

Es ist mir eine Freude, ihm für seine Arbeit als maritimer Koordinator unseres Landes zu danken.

Die Landesinitiative Zukunft Meer geht von drei Prinzipien aus, die auch den **Aktionsplan** bestimmen: Erstens. Wir wollen das Meer stärker nutzen. Dazu müssen wir es auch nachhaltig schützen. So lassen sich auf Dauer **maritime Arbeitsplätze** erhalten und schaffen.

Zweitens. Wir wollen das Bewusstsein für die Meere als **Wirtschaftsraum** und für das **Ökosystem** steigern. Wir wollen die maritimen Kompetenzen unseres Landes nach außen tragen. Hier müssen wir Dialoge in Gang bringen und Netzwerke bilden.

Drittens. Die Aufgaben, die das Meer uns stellt, und die Chancen, die das Meer uns bietet, sind sehr groß. **Wissenschaft und Wirtschaft in Schleswig-Holstein** müssen zusammenarbeiten, um neue Medikamente aus **maritimen Wirkstoffen** zu schaffen. Auch wenn es um **alternative Energien** oder um die Entwicklung von neuen **Forschungstauchbooten** geht, die zum Beispiel auf dem Meeresgrund Rohstoffe erkunden können, verfolgen wir dies.

In diesem Sinne definiert der Maritime Aktionsplan zehn **Leitlinien** für die **integrierte Meerespolitik** in Schleswig-Holstein. Sie reichen von A - Aufmerksamkeit für die Meeres steigern - bis Z - überregionale Zusammenarbeit stärken. Sie finden das in dem sehr umfangreichen Bericht. Ich danke den Verfassern in meinem Haus und den Zuarbeitern aus den anderen Häusern ebenso wie den Forschungseinrichtungen für diese wertvolle Arbeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte anhand einiger Beispiele beleuchten, worum es jenseits der abstrakten Strategien ganz praktisch geht. Ich nenne das Handlungsfeld der Beförderung **maritimer Zukunftstechnologien**. Worum geht es hier? - Hierzu nenne ich zwei Beispiele: Mithilfe der **Nanotechnologie** ist es Wissen-

schafflern - vor allem von der GKSS - und Unternehmen in Schleswig-Holstein gelungen, eine neuartige Beschichtung von Schiffsrümpfen zu entwickeln, die ermöglicht, dass es mit weniger Chemie zu weniger Bewuchs kommt. Man erreicht so glattere Außenhäute und mehr Energieeffizienz. Man weiß, dass die Fährschiffe, die heute Kiel anlaufen, langsamer fahren. Für die Kunden ist dies gut, weil sie für den gleichen Preis zwei Stunden länger auf See sind. Die Schiffe fahren langsamer, um Energie zu sparen. Die technologische Entwicklung ist gut für das Meer und gut für die Umwelt. Sie ist auch gut für die Geschäfte.

Ich nenne weiter die **Gashydrattechnologie**. Das IFM-GEOMAR erforscht die Möglichkeiten, Kohlendioxid auf dem Meeresboden zu deponieren und gleichzeitig Methan als Energieträger zu gewinnen. Die Technologie der CO₂-Deponierung wäre energiepolitisch ein Durchbruch und verheißt einen großen Markt.

Ich nenne ein weiteres Handlungsfeld, nämlich die verantwortungsvolle Nutzung der Meere. Worum geht es hier? - Es geht darum, beispielsweise im neuen Kieler Wirkstoffzentrum am IFM-GEOMAR **Wirkstoffe** aus dem Meer zu gewinnen, um **neue Medikamente** - zum Beispiel gegen Krebs, Diabetes oder Infektionen - zu entwickeln. Es geht beispielsweise auch darum, auf der Forschungsplattform Fino 3, die in den nächsten Wochen aufgebaut wird, ein interessantes Projekt weiterzuentwickeln. Das ist eine **Forschungsplattform**, die vor allem in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Kiel entwickelt worden ist. Diese Plattform wird in den nächsten Wochen in der Nordsee aufgestellt. Sie bietet auch für viele Mittelständler die Möglichkeit, dort Forschungsarbeiten zu betreiben und die **Offshore-Windenergie** zu entwickeln und zu erproben. Wir beteiligen uns an dem Projekt, weil Offshore-Wind energiepolitisch und wirtschaftspolitisch eine wichtige Option für Schleswig-Holstein ist.

Ich nenne ferner das Handlungsfeld der Wahrung der Sicherheit von Menschen und Küstenzonen. Auch hier geht es um konkrete Dinge. Mit anderen Bundesländern und mit EU-Partnern arbeiten wir an einer Verbesserung des **Küstenschutzes** mit Blick auf die Folgen des Klimawandels. Hier muss man unterstreichen, dass wir eine große Zahl an Einrichtungen haben, die Klimaschutz betreiben. Zu nennen sind hier das IFM-GEOMAR, die CAU mit dem Forschungszentrum Büsum, die GKSS und das Alfred-Wegener-Institut. Das ist ein Kleeblatt

(Minister Dietrich Austermann)

an wissenschaftlichen Einrichtungen, die wertvolle Arbeit leisten.

Mit Wissenschaftlern und zahlreichen Unternehmen haben wir das **Ozean Monitoring System** an der Nordseeküste aufgebaut, das über 100 Parameter liefert, die zum Beispiel früher als bisher **Vorhersagen** für Extremwetter und Sturmfluten ermöglichen. Die Daten liefern Entscheidungshilfen für das Umweltmanagement, für die Küstenüberwachung und für den Katastrophenschutz. In dem Aktionsplan sind mehr als 50 Beispiele für maritime Aktionen und Projekte zusammengetragen, die den innovativen und integrativen Einsatz unserer Meerespolitik verdeutlichen.

Vieles ist bereits im Gang. Einige Felder sind noch im Aufbau. Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, nach drei Jahren eine Bestandsaufnahme zu machen und bei Bedarf nachzubessern. Schleswig-Holstein ist eine maritime Modellregion geworden. Diese Position bauen wir mit dem Aktionsplan und mit seiner Realisierung immer weiter aus. Ich bin sicher, hierbei haben wir die Unterstützung des Landtags.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister für seinen Bericht und eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Kollege Nabel, wir sind bei der Auswahl unserer Themen flexibel.

Manfred Ritzek [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, man konnte richtig sehen, dass Sie von dieser Thematik begeistert sind. Sie haben eine Kraft ausgestrahlt, die beweist, wie bedeutend dieses Thema ist.

Spannende Exkursionen in die Meerestiefe stehen mutigen Abgeordneten unseres Hauses bevor. Sie können bald mit dem **bemannten Meeresforschungsboot „Orca“** bis zu einer Wassertiefe von 1.000 m tauchen. Die Experten vom IFM-GEOMAR und von der Fachhochschule Kiel haben gemeinsam mit hochspezialisierten Unternehmen die-

ses kleine, flexible und mit modernsten Technologien ausgestattete Forschungstauchboot entwickelt.

Unser Ministerpräsident hat schon in dem vom IFM-GEOMAR betriebenen **Forschungstauchboot „Jago“** gesessen, das 400 m tief tauchen kann und das für zwei Personen konzipiert ist. Allerdings geschah diese mutige Entscheidung zum Einstieg an Land, als „Jago“ bei einer maritimen Veranstaltung in unserer Landesvertretung in Berlin ausgestellt war. Aber immerhin, unser Ministerpräsident hat in „Jago“ gesessen. Unser Staatssekretär Jost de Jager hat bereits eine gewisse Zeit in der Tiefe von 250 m in den Gewässern vor Norwegen in „Jago“ verbracht.

Hier soll auch der vor wenigen Tagen vom IFM-GEOMAR vorgestellte **Suchtauchroboter „ROV Kiel 6000“** erwähnt werden, der bis zu einer Tiefe von 6.000 m Kameraaufnahmen machen und Proben nehmen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die Einleitung beweist bereits die hohe Aktivität und Kompetenz unseres Landes in der maritimen Wirtschaft. Der vorgelegte Aktionsplan dokumentiert, dass die **maritime Wirtschaft** in Schleswig-Holstein beste Zukunftschancen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Mit einem **Jahresumsatz** von 8,5 Milliarden € ist sie ein bedeutender Wirtschafts- und Forschungsfaktor für unser Land, für die 1.700 Unternehmen und für die fast 50.000 Beschäftigten in diesem Sektor.

Erst vor 14 Tagen - und auch das gehört zum maritimen Aktivitätenplan - wurde von unserem Ministerpräsidenten, der anlässlich eines parlamentarischen Abends in der Landesvertretung in Berlin im Rahmen einer beeindruckenden Ausstellung verkündet, dass der Nord-Ostsee-Kanal mit Mitteln des Bundes in Höhe von 700 Millionen € Investitionssumme jetzt endlich mal die modernste Ausprägung bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Im Jahr 2004 startete die damalige Landesregierung die Initiative „Zukunft Meer“. Intensiv wurde in der Zwischenzeit dieser Prozess in unserem Land weiterentwickelt. „Für Schleswig-Holstein ist es von besonderer Bedeutung, die regionale Kompetenz der Meerespolitik herauszustellen“ - so ein Zitat von unserem Europaminister.

(Manfred Ritzek)

In dem Berichtsteil „Zukunft Meer in Schleswig-Holstein“ finden sich alle Aktionsbereiche wieder, wo unser Land entscheidend mitgestalten kann und mitgestalten muss. Herr Minister Austermann hat bereits darauf hingewiesen.

Herausragende maritime **Forschungsprojekte** werden in dem Ende 2006 gegründeten Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ durchgeführt. Auch das „Earth Institute Kiel“ mit dem Schwerpunkt zur Erforschung des Klimawandels muss hier erwähnt werden.

Die Verbindung verschiedenster Ministerien und Länder wie auch wissenschaftlicher Disziplinen der verschiedensten Institute ist das Markenzeichen dieses Berichts. Meere enden eben nicht an kartografischen und institutionellen Grenzen, schon gar nicht die Kompetenzen zur umfassenden zukunftsweisenden Gestaltung des Lebens mit den Meeren in Schleswig-Holstein.

Dem maritimen Bereich - und so steht es auch in dem Bericht - werden angesichts der enormen Herausforderungen wie dem drohenden Klimawandel mit seinen Folgen, den Engpässen bei der Welternährung, der Energieverknappung bei bestehenden Ressourcen ganz neue Aufgaben aufgebürdet - mit einem Wissen und einer Technologie der Zukunft, die weit über die **regionale Technologie der Küstenländer** hinausgeht.

Wir sind Mitglied in verschiedenen internationalen Organisationen. Hier ist insbesondere auch Minister Döring engagiert. Darauf kann ich nicht weiter eingehen.

Der Bericht ist spannend und eine echte Herausforderung für die Zukunft unseres Landes. Unsere Meere sind Klimafaktor, Nahrungsquelle, Arbeitsplatz, Freizeitoasen, Transportraum, Forschungsprojekt und vieles mehr. In jedem Jahr am 20. Mai wird der Europäische Maritime Tag begangen, um dem maritimen Sektor besondere Aufmerksamkeit zu widmen und das Bewusstsein für das reiche maritime Erbe Europas zu fördern. Machen wir alle Tage im Jahr zu unserem maritimen Tag. Vielleicht kann bald eine Kollegin oder ein Kollege diesen maritimen Tag in 1.000 m Tiefe im „Orca“ verbringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek und erteile für die SPD-Fraktion Frau Abgeordneter Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann eins sicher sagen: Ich werde nicht die Abgeordnete sein, die in die Tiefe taucht. Ich hoffe, da findet sich ein anderer, der das lieber machen wird.

Ich gebe meinem Kollegen Herrn Ritzek natürlich recht: Der Bericht, der uns vorliegt, ist im höchsten Maße spannend. Er enthält eine Vielzahl von Projekten, deswegen möchte ich dem Minister und seinen Mitarbeitern herzlich für den Bericht danken.

(Beifall)

Vor allen Dingen möchte ich Herrn Professor Herzig danken, unter dessen Federführung der Bericht entstanden ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Professor Herzig, schön dass Sie hier sind. Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang nicht nur für den Bericht, sondern insgesamt für Ihre Arbeit danken, die Sie für die Meerespolitik in Schleswig-Holstein machen. Ich finde, das machen Sie hervorragend. - Vielen Dank.

(Beifall)

Der vorgelegte Bericht macht eindrucksvoll deutlich, in wie vielen konkreten Projekten wir in Schleswig-Holstein in der Meerespolitik mehr als nur Akzente setzen. Wenn man sich dazu die Auflistung der konkreten Projekte mit den entsprechenden Fördersummen - vielleicht auch im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung, aber auch mit dem Finanzierungsanteilen aus der Wirtschaft interessant - ansieht, dann wird deutlich, welchen Stellenwert die Meerespolitik in Schleswig-Holstein einnimmt.

Der **Aktionsplan** stellt die Leitlinien vor - der Minister hat einige erwähnt -, anhand derer eine innovative und **integrative Meerespolitik** umgesetzt werden soll. Ich will vier Projekte nennen, die aus meiner Sicht besonders positiv und zukunftsweisend sind.

Wichtig finde ich nach wie vor, dass wir alle Aktionen und unterschiedlichen Zuständigkeiten unter dem Dach der Landesinitiative „Zukunft Meer“ vernetzt haben und so gewährleisten, dass wir ein

(Anette Langner)

integriertes Management haben und die Handlungsfähigkeit der **regionalen maritimen** Politik stärken.

(Beifall bei der SPD)

Einen zweiten wichtigen Punkt, der in dem Bericht deutlich wird - und Sie werden sich nicht wundern, dass ich das als Schwerpunkt hier wieder nenne -: Mit der Hilfe des finanziellen Engagements von Reedereien und Verbänden haben wir in Schleswig-Holstein weitere **Ausbildungsmöglichkeiten** und **Studienplätze** im maritimen Bereich geschaffen. Das Land hat sich gemeinsam mit dem maritimen Clustermanagement im Rahmen der **Initiative „Meer Jobs“** dafür eingesetzt, jungen Menschen die Chancen und Möglichkeiten der maritimen Berufe näherzubringen. Wir haben kürzlich eine Information des Wirtschaftsministeriums bekommen, dass noch nicht alle Unternehmen in dem Maße im maritimen Bereich ausbilden, wie sie es eigentlich könnten und sollten. Die Wachstumspotenziale in dem Bereich sind bekannt. Deswegen sollten wir uns mit diesem Thema weiterhin intensiv beschäftigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein dritter Bereich, den ich hervorheben möchte, ist der erforderliche **Ausbau der Häfen**. Das wird im Aktionsplan beschrieben. Da wird die Dringlichkeit deutlich gemacht, nicht nur die Häfen auszubauen, sondern eine **Erweiterung der Straßen-Schienen-Verkehrsinfrastruktur** vorzunehmen. Es werden dort auch konkrete Vorschläge unterbreitet. Natürlich spielt der von Herrn Ritzek erwähnte Ausbau des **Nord-Ostsee-Kanals** dort auch eine ganz wichtige Rolle.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Ich halte die Verzahnung unserer Häfen in Schleswig-Holstein und deren strategische Perspektive für eine der großen Zukunftsherausforderungen für Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit der Debatte, die wir heute Morgen geführt haben, muss man schon auch noch einmal sagen, dass auf der Schiene nicht nur Personen befördert werden, sondern auch jede Menge Güter. Da haben wir in Schleswig-Holstein, was die Infrastruktur angeht, mit Sicherheit ein großes Problem zu lösen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Aktionsplan sollte auch in dem Zusammenhang eine strategische Vision für den **Verkehrsträger Schiff** mit den dazugehörigen Häfen entwickeln.

Einen vierten Bereich, den ich hervorheben möchte, ist natürlich der **Forschungsstandort Schleswig-Holstein**. Der Minister hat diesem Bereich einen besonderen Schwerpunkt gewidmet. Ich will zu all dem Positiven, was man zum IFM-GEOMAR sagen kann, noch sagen: Es ist derzeit im Gespräch, dass das IFM-GEOMAR ein nationales Zentrum für Meeresforschung werden könnte. Das wäre ein wirklich wegweisender Schritt und würde der Bedeutung der dort geleiteten Arbeit gerecht werden und neue Perspektiven mit internationalen Partnern ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ein bisschen bedauere ich, dass bei der Vielzahl von Projekten, die im Aktionsplan genannt worden sind, die Fokussierung auf ein integriertes Leitprojekt fehlt. In dem Zusammenhang hätte man vielleicht dem **Projekt „Clean Ship“** noch ein bisschen mehr Bedeutung zumessen können. Das ist aus meiner Sicht ein im besten Sinne integriertes Leitprojekt, weil es wirtschaftliche Interessen mit dem Schutz der Umwelt verknüpft und gleichzeitig Schleswig-Holstein eine Riesenchance im Bereich der Technologien ermöglicht, nämlich insofern, dass wir Schiffe herstellen und in Häfen Technologien schaffen, um Schiffe zukünftig mit Landstrom zu versorgen.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte in dem Zusammenhang noch viele weitere Projekte nennen, dazu habe ich jetzt leider nicht die Zeit. Es wird insgesamt deutlich, dass in der Meerespolitik ein enges Netzwerk zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gibt. Das ist bei uns in Schleswig-Holstein in vielen Bereichen noch nicht wirklich angekommen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

Anette Langner [SPD]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit könnte noch mehr geschehen. Ob diesbezüglich ein „Tag der Meere“ ausreichen wird, weiß ich nicht, aber wir sollten jedenfalls die damit verbundene Chance ergreifen.

(Anette Langner)

(Beifall bei der SPD)

Wir werden im Wirtschaftsausschuss sowie im Europaausschuss sicherlich noch viel Gelegenheit haben, über dieses Thema zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 7. Juni 2006 verabschiedete die **EU-Kommission** das **Grünbuch** zur **Zukunft der europäischen Meerespolitik**. Ein Jahr lang wurden die Ideen des Grünbuchs diskutiert und konkretisiert, bis am die EU-Kommission 14. Dezember 2007 in einem Bericht die Strategie zu einer integrierten Meerespolitik der Europäischen Union präsentierte. Der heute vorliegende „Maritime Aktionsplan Schleswig-Holstein“ stellt so etwas wie einen Aktionsplan der Landesregierung dar, mit dem die EU-Leitlinien der Meerespolitik umgesetzt werden sollen.

Ich möchte an dieser Stelle, genau wie meine Vorrednerin und mein Vorredner, Herrn Professor Herzog ausdrücklich für die maßgebliche Mitarbeit an der Erstellung dieses Aktionsplanes danken. Als Leiter der ressortübergreifenden Projektgruppe „Zukunft Meer“ hat er einen wesentlichen Anteil an diesem Bericht, der eine außerordentlich gute Grundlage für vertiefte Diskussionen in den Fachausschüssen liefert.

(Beifall)

Die Nord- und die Ostsee sind für die Schleswig-Holsteiner seit jeher eine Quelle für Nahrungsmittel und Energie, sind Weg für Handel und Verkehr und haben erheblichen Erholungs- und Landschaftswert für den Tourismus. 28 % des deutschen **Außenhandels** werden über die deutschen **Seehäfen** verfrachtet. Das Volumen der in schleswig-holsteinischen Häfen abgefertigten Güter wird sich bis 2010 um 4,5 % pro Jahr erhöhen. Die deutsche Schiffsbauindustrie ist Nummer eins in Europa und Nummer vier in der Welt. Mit **HDW** und **Lindenau** sind allein in der Landeshauptstadt Kiel zwei Werften von Weltrang beheimatet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Darauf kann Schleswig-Holstein stolz sein. Die Palette unserer Wirtschaftstätigkeiten, die sich die Küsten von Nord- und Ostsee zunutze machen, wie auch unsere **Freizeitaktivitäten am Meer** nimmt rapide zu. Für die Zukunft zeichnet sich ab, dass wir zusätzliche maritime Ressourcen erschließen werden.

Gleichzeitig ist insbesondere die schleswig-holsteinische Westküste durch Sturmfluten und steigende Meeresspiegel besonders gefährdet. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, dass der Bericht über den „Maritimen Aktionsplan Schleswig-Holstein“ bereits auf Seite zwei sehr deutlich auf das eingeht, worum es bei der integrierten Meerespolitik der EU aus Sicht der FDP-Fraktion gehen muss. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Denn wenn wir das Meer auch als Ressource für die Wirtschaft dynamisch nutzen wollen, müssen wir auch für einen nachhaltigen Schutz des Ökosystems Meer sorgen. Nur so schaffen und erhalten wir Arbeitsplätze, nur so steigern wir die Lebensqualität in Schleswig-Holstein.“

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Uns muss es also zum einen um die **Nutzbarmachung des Meeres** für wirtschaftliche Aktivität, die Entwicklung des Meeres als eine der entscheidenden Lebensadern des Landes gehen. Zum anderen ist es aber genauso wichtig, auch den **künftigen Generationen** die Nutzbarmachung des Meeres zu ermöglichen. Dies kann nur durch ausreichenden **Schutz des Ökosystems Meer** geschehen.

Bereits jetzt gibt es politische Maßnahmen, die einzelne maritime Wirtschaftstätigkeiten regeln. Die Aufsplitterung in unterschiedliche Politikfelder macht es allerdings äußerst schwierig, die potenziellen Auswirkungen des einen Bereichs von Wirtschaftstätigkeiten auf die anderen Bereiche oder mögliche Interessenkonflikte im Voraus abzuschätzen. Daher begrüßen wir es, dass das bisherige, aufgesplitterte Vorgehen durch einen **integrierten Ansatz** der Zusammenarbeit ersetzt werden soll. Wir brauchen eine Politik, die integriert, die die verschiedenen Bereiche der Meerespolitik zusammenfasst und gleichzeitig die europäische Politik koordiniert. Bisher isoliert betrachtete Bereiche wie Fischerei, Schifffahrt, Meeresschutz, Offshore-Energie und Entwicklung der Küstenbereiche müssen zusammenhängend betrachtet werden.

(Dr. Heiner Garg)

Außerdem brauchen wir eine Politik, die den großen **ökonomischen Wert von Schifffahrt und Meer** auch für die Zukunft schützt.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen eine Politik, die den Wert des Meeres für die nachfolgenden Generationen erhält. Die weitere Vertiefung des Themas sollte in den Ausschussberatungen geschehen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die Landesregierung für den Bericht. Vielen Dank auch an Herrn Professor Herzig, den Direktor von IFM-GEOMAR, für seine federführende Arbeit.

Dieser Bericht macht deutlich, wir vielfältig die Meereslandschaft ist. Es liegen wissenschaftlich-technologische Chancen dicht neben wirtschaftlichen und industriellen Begehrlichkeiten und neben der großen Aufgabe, empfindliche Ökosysteme in Nord- und Ostsee zu schützen und zu erhalten. Der Bericht sagt es einmal mehr: Vor unserer Haustür liegt eine der letzten Wildnisse Europas, ein einmaliges **Naturegebiet**, das Jahr für Jahr 2 Millionen Urlauber und 14 Millionen Tagesgäste anlockt.

Dieses Gebiet soll nun aufgrund eines Beschlusses, den wir gemeinsam gefasst haben, zum **Weltnaturerbe** werden. Wir sind uns der Verantwortung für das sensible **Ökosystem Wattenmeer** bewusst. Es hat hohe Bedeutung sowohl für die Natur als auch für die Wirtschaft. Außerdem gibt es zum Beispiel 250 Tierarten, die nur auf den Salzwiesen des Wattenmeeres vorkommen und nirgendwo sonst. Das Wattenmeer ist eine Drehscheibe für jährlich über 2 Millionen Zugvögel und beheimatet etwa 100.000 Brutpaare. Es ist zudem die Kinderstube von Schollen, Hering, Seezungen sowie die Heimat von Seehunden, Kegelrobben und Schweinswalen. Der Nationalpark Wattenmeer wirkt weit über Europa hinaus.

Aber auch die **wirtschaftliche Bedeutung** beider schleswig-holsteinischer Meere ist groß. Dabei ist der Tourismus als unser wichtigster Wirtschaftsfak-

tor natürlich an erster Stelle zu nennen. Das Weltnaturerbe Wattenmeer wird hoffentlich einmal von den Niederlanden bis nach Esbjerg reichen. Mit der Anmeldung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe betonen wir einmal mehr die international herausragende Bedeutung des Wattenmeeres und machen noch deutlicher, welcher Wert diesem Stück Wildnis zukommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Dagegen steht - vergleichbar mit der sprichwörtlichen Frittenbude im Kölner Dom - die **Erdölförderung**, und zwar sowohl in Gestalt der schon vorhandenen Bohrplattform Mittelplate als auch im Hinblick auf die Begehrlichkeiten, weitere Bereiche zu explorieren. Dies läuft allen Schmutzbemühungen zuwider, wir haben dieses Thema hier ausführlich diskutiert. Aus unserer Sicht ist die Ölförderung ein Schandfleck im **Wattenmeer**. Ihre Ausweitung gefährdet nicht nur das Ökosystem, sondern auch die Lebensader der Region, den Tourismus.

Wie es der Zufall will, hat die DEA für das Gebiet, in dem sie die Ausweitung der Ölförderung anstrebt, auch seismische Erprobungen beantragt, um das Gebiet auf mögliche **Speicherstätten für CO₂** hin zu erkunden. Abgesehen davon, dass dies nur ein Alibi sein könnte, um weitere Erdölvorkommen zu erforschen, und auf interessierter Seite als Argument dienen könnte, die Klimafolgen von Kohlekraftwerken kleinzureden, birgt diese Technologie aus unserer Sicht heute noch nicht absehbare Risiken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind für Forschung im Bereich der CCS-Technik.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aha!)

- Ja, wir sind dafür. Es ist aber die Frage, was das Ziel dieser Forschung sein soll. Aus unserer Sicht kann es nicht das Ziel sein, CO₂ aus der Verbrennung fossiler Energiequellen dauerhaft zu lagern. Wir sehen in der **CCS-Technik** zusammen mit der Nutzung nachwachsender Biomasse die Chance, eine echte Senkung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen. Diese sollten wir kommenden Generationen nicht verbauen. Das gilt insbesondere im Hinblick darauf, dass wir für die Stromerzeugung in Zukunft keine fossilen Brennstoffe oder Atomenergie brauchen. Die Umwandlung der Sonnenenergie genügt, um genügend Strom zu produzieren. Lediglich bei

(Detlef Matthiessen)

der Mobilität und beim Lastverkehr haben wir eine Lücke zu füllen. Das ist allerdings sehr schwierig.

Meine Damen und Herren, die Schifffahrtstechnologie ist eine zentrale Wirtschaftssäule, wenn wir von maritimer Wirtschaft reden. Hier gibt es Firmen im Land, die bereits heute Leichtbauschiffe bauen. Die haben nur noch die Hälfte des Brennstoffverbrauchs und damit entsprechend weniger CO₂-Emissionen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich komme zum Schluss. - Hier in Kiel werden sogenannte Flettner-Rotoren, Skysails und so weiter gebaut, also Schiffe, die auf Windantrieb setzen. Wir haben die Landanschlussdiskussion. Wir wollen uns auch mit der Gaspendingung beim Beibunkern von Schiffen mit Kraftstoff beschäftigen. Das jedenfalls ist Zukunft made in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Maritime Technologie steht für uns ganz oben an.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, Ihnen fehlt der Kooperationspartner in Sachen Zeit. Vielleicht kommt er jetzt. - Das Wort für den SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. Kooperation ist noch möglich.

(Lars Harms [SSW]: Selbstverständlich! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber er redet meist länger als kürzer!)

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem „Maritimen Aktionsplan für Schleswig-Holstein“ hat die Landesregierung die zentralen Leitlinien erarbeitet, mit denen die innovative und integrative Meerespolitik umgesetzt werden soll. Damit ergreift die Landesregierung die Chance und nimmt das Heft in die Hand, um die erste Region Europas zu sein, die einen eigenen Aktionsplan vorlegt. Das begrüßen wir, denn damit können wir die Vorreiterrolle übernehmen und anderen maritimen Regionen die Idee der integrierten Meerespolitik vorleben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Darüber hinaus wird damit deutlich, dass **Schleswig-Holstein** eine **überregionale maritime Kompetenz** hat.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die ressortübergreifende **Projektgruppe „Zukunft Meer“** die operative Basis für die Landesinitiative bildet. Eine Arbeitsgruppe aus Staatssekretären bestimmt unter Federführung des Wirtschaftsministeriums die inhaltlichen Schwerpunkte. Damit werden alle betroffenen Politikfelder nachhaltig in die Prozesse eingebunden, und alle sind gleichberechtigt in einem Boot.

Um den Aktionsplan Meer mit Leben zu erfüllen, wurden von der Projektgruppe „Zukunft Meer“ die zentralen Leitlinien entwickelt, für die ich mich - wie schon meine Vorredner - auch im Namen des SSW bedanken möchte.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es wird wieder einmal deutlich, wie umfangreich sich das Thema Maritimer Aktionsplan gestaltet. Der Bericht gibt hierzu einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Bereiche, die nebeneinander laufen und miteinander verzahnt werden. Viele der Aktionen sind bereits angestoßen und werden von der Landesregierung gefördert. Viele dieser einzelnen Aktionen sind auch von den Vorrednern beschrieben worden.

Exemplarisch möchte ich trotzdem einen Punkt hervorheben, den der SSW immer wieder hervorhebt, über den ich mich auch gewundert habe. So wird unter der Leitlinie „Aufmerksamkeit für die Meere steigern“ das **Science Center in Kiel** genannt, das Anfang 2011 fertiggestellt sein soll und mit Landes- und EU-Mitteln bis zu maximal 17,25 Millionen € gefördert werden soll. Laut Bericht soll das zukünftige Science Center in seiner landesinternen und -externen Wirkung eine Leuchtturmfunktion ausüben und einen starken Alleinstellungscharakter sowie einen authentischen Bezug zum Land haben. Wenn die Landesregierung meint, ein Science Center in Kiel zu bauen, darf dies nur geschehen, wenn auch die Maßnahmen für die **Phänomonta in Flensburg** getroffen werden. Das Konzept des Science Centers - ich betone: landesintern - darf nicht mit der Phänomonta konkurrieren, und die Existenz der Phänomonta darf nicht gefährdet werden. Dies möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich hervorheben.

(Lars Harms)

(Beifall beim SSW)

Sie wissen, pädagogisches Prinzip ist ständige Wiederholung. Bei der Phänomente müssen wir wirklich darauf achten, dass sie nicht hinten runterfällt. Generell bleibt aber fest zuhalten, dass die einzelnen Leitlinien und die damit zusammenhängenden Aktionen und Maßnahmen deutlich machen, wie umfangreich sich die Landesregierung für die maritimen Belange einsetzt.

Die Weiterentwicklung des Maritimen Aktionsplanes, wie es die Landesregierung plant, ist aus Sicht des SSW durchaus ein weiträumiges und richtiges Unterfangen. Die Maßnahmen und Aktionen auch auf Bundes- und EU-Ebene weiter zu verzahnen, ist durchaus sinnvoll. Wenn die **Verzahnung von Maßnahmen** und Aktionen auf **EU-Ebene** geschehen soll, kommt auf uns in Schleswig-Holstein eine weitere wichtige Aufgabe zu. Dabei hat Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der **Ostseeregion** eine wichtige Position. Das wissen wir auch alle.

Wenn die Ostseeregion eine maritime **Modellregion** werden soll - so ist es gewollt -, dann muss Schleswig-Holstein auf allen politischen Ebenen aktiv dafür werben. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir der Primus Motor der modernen Meerespolitik gerade im Ostseeraum sind, und der Maritime Aktionsplan des Landes ist die Anleitung, wie dies umgesetzt werden kann. Daher ist der Aktionsplan auch zum Erfolg verdammt. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Erfolg haben werden. - Ich hatte zumindest Erfolg darin, eineinhalb Minuten einzusparen und die Zeit, die der Kollege Detlef Matthiessen mehr gebraucht hat, wieder reinzuholen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Interessante Kooperation, für die das Präsidium dankt. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2113, federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Der Kollege Neugebauer bittet mich, daran zu erinnern, dass gleich vier Ausschüsse in gemeinsamer

Sitzung tagen. Ich kann nicht sagen, welche es sind, aber die Beteiligten werden es wissen. - Wir setzen die Sitzung um 15 Uhr fort.

Die Sitzung ist unterbrochen, und ich wünsche Ihnen allen guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:06 bis 15:00 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere Landtagssitzung wieder um 15 Uhr und 20 Sekunden. Ich heiße alle, die aus der Mittagspause zurück sind, herzlich willkommen und rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 29 auf:

Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags - Tätigkeitsbericht 2007

Drucksache 16/2022

Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich auf der Tribüne ganz besonders herzlich die Bürgerbeauftragte, Frau Wille-Handels, begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein liegt uns heute der **Tätigkeitsbericht** unserer Bürgerbeauftragten Frau Wille-Handels vor. Dafür möchte ich mich zunächst einmal bei Ihnen, Frau Wille-Handels, persönlich, aber auch bei Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ganz herzlich bedanken, ebenso für die von Ihnen geleistete Arbeit am Bürger. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Bericht macht deutlich, dass 79,5 % der Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Bürgerbeauftragte wenden, zum Telefon greifen, um ihre Fragen und Anliegen zum Ausdruck zu bringen. 11,5 % wenden sich schriftlich an sie und lediglich 9 % sprechen bei ihr persönlich vor. Vor diesem Hintergrund würde mich interes-

(Heike Franzen)

sieren - und wir werden uns ja auch im Sozialausschuss noch einmal mit dem Bericht befassen -, wie die regelmäßigen **Außensprechtage** der Bürgerbeauftragten angenommen werden.

Die Anzahl der Eingaben an die Bürgerbeauftragte ist gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr um weitere 13,45 % angestiegen. Den Schwerpunkt der Eingaben bildeten immer noch Fragen und Beschwerden zum Sozialgesetzbuch II. Umso erfreulicher ist es, dass die Anregung der Bürgerbeauftragten, in den Behörden und Verwaltungen ein **Ideen- und Beschwerdemanagement** einzuführen, zumindest auf Resonanz gestoßen ist. So haben sich im Jahr 2006 Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichsten Kommunen wie Norderstedt, Segeberg, Eutin, Glinde, Büdelsdorf und Lübeck auf Initiative und unter der Leitung der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung auf den Weg gemacht und einen Arbeitskreis Ideen- und Beschwerdemanagement gegründet. Seit 2007 liegt nun ein gemeinsam erarbeiteter Leitfaden zum Ideen- und Beschwerdemanagement vor und steht allen Kommunen zur Verfügung. Jetzt gilt es, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Leitfaden auch mit Leben zu erfüllen. Ob es dazu einer **Modellregion**, wie von der Bürgerbeauftragten gefordert, bedarf, vermag ich heute noch nicht abschließend zu beurteilen. Wichtig ist mir, dass die Behörden und Verwaltungen eine innere Einstellung entwickeln, die sich an den Menschen orientiert und ihn in den Mittelpunkt stellt. Die Behörden und Verwaltungen sollen den Menschen nicht sagen, was alles nicht möglich ist - und das bestens begründen können -, sondern sie sollen den Menschen sagen, was möglich ist und wie es möglich ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Leider ist dem Bericht der Bürgerbeauftragten an vielen Stellen zu entnehmen, dass es hier noch eine Menge zu tun gibt.

Manchmal haben auch erfreuliche Entwicklungen Schattenseiten. So hat die gute Entwicklung am schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt dazu geführt, dass die **Agenturen für Arbeit** ihre **Vermittlungsbereiche** teilweise personell aufgestockt haben, sodass der Betreuungsschlüssel verbessert und somit die Kundenkontaktdichte erhöht wurde. Das war die erfreuliche Entwicklung. Allerdings stieg mit der höheren Zahl der Kundengespräche auch die Anzahl der **streitigen Kundengespräche** und somit auch die Anzahl der Eingaben bei der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich um 13 %. Positiv ist bei der Arbeitsvermittlung und -beratung zu bewerten, dass wohl inzwischen mit den Betroffe-

nen Eingliederungsvereinbarungen getroffen werden. Allerdings bei dem Inhalt, was Ziele, Förderung und vor allen Dingen Fortbildungswünsche der Betroffenen und die Beratung über die Rechte und die Hilfsmöglichkeiten betrifft, noch einiges verbesserungswürdig.

Sehr ärgerlich ist aber, dass Hilfesuchende, die kein Arbeitslosengeld I oder II beziehen, aber dennoch einen **Rechtsanspruch auf Vermittlungsleistungen** haben, und auch Berufsrückkehrerinnen bereits am Empfang einiger Arbeitsagenturen mit dem Hinweis abgewiesen werden, dass sie keine Leistungen, also auch keine Vermittlungsleistungen von der Arbeitsagentur erhalten würden. Das im Bericht genannte Beispiel einer 25-jährigen verheirateten Rollstuhlfahrerin mit Fachhochschulabschluss, die so abgewiesen worden ist, macht deutlich, dass wir uns volkswirtschaftlich ein solches Verhalten der Agentur für Arbeit nicht leisten können,

(Beifall bei CDU und SPD)

einmal ganz abgesehen davon, dass hier einem Menschen ein gesetzlich verbrieftes Recht versagt werden sollte. Wir werden zukünftig jeden gut ausgebildeten Menschen in unseren Betrieben brauchen, allein schon vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land. Dieser Zustand muss so schnell wie möglich geändert werden.

Kindergeld und Kinderzuschlag haben uns in der Vergangenheit immer wieder - auch hier in unserem Haus - beschäftigt. Selbst der Ministerpräsident hat mit der **Situation der Familienkassen** seine Erfahrungen gemacht. Er hatte aufgrund einer Anfrage einer jungen Frau, die seit Monaten auf ihr Geld wartete und dringlich darauf angewiesen war, versucht, den Sachverhalt zu klären, und wurde von einer Dienststelle zur nächsten weitergereicht. Daraufhin hat er sich sowohl an die Familienministerin, Frau von der Leyen, als auch die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, gewandt. Umso erfreulicher ist es, jetzt zu sehen, dass sein Engagement offensichtlich Wirkung gezeigt hat und im Jahr 2007 die Anzahl der Eingaben in diesem Bereich zurückgegangen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Bericht steht dazu:

„Damit scheint die Trendwende zum Besseren endlich geschafft worden zu sein, nachdem die Eingabenzahl zum Kindergeld seit 2004 ständig gestiegen war.“

(Heike Franzen)

Auch für die Familienkasse in Flensburg, die allerdings immer noch den Spitzenplatz bei den Eingaben hält, hat sich die Anzahl immerhin um 50 % reduziert; es ist eine weiter sinkende Tendenz zu bemerken.

Erfreulich ist auch der weitere Rückgang der Anzahl der Eingaben im Bereich der **Sozialhilfe**. Seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist hier ihre Anzahl stetig zurückgegangen. Für den Teilbereich der Eingliederungshilfe weist der Bericht schwerpunktmäßig auf die Kostenübernahme für heilpädagogische Leistungen in Kindertagesstätten und auf die Finanzierung von Hilfsmitteln, insbesondere von Kraftfahrzeugen, hin. Diese Hinweise sollten wir aufnehmen und im Rahmen der Beratungen des Sozialausschusses, auch im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation von Menschen mit Behinderung, noch einmal hinterfragen. Das gilt auch für den Hinweis im Kapitel 3.4 - **Kinder- und Jugendhilfe** -, wo als einer der Schwerpunkte der Eingaben der Bereich der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche benannt wurde.

Aufgrund des **neuen Schulgesetzes** gab es verstärkt Eingaben, die sich auf die Gewährung von Nachteilsausgleichen bei Leistungsnachweisen, zu den Verfahren zur Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf und zu den nicht mehr stattfindenden Zurückstellungen vom Schulbesuch bezogen. Hier wäre es für uns sicherlich gut zu erfahren, um welche Probleme es sich dabei konkret gehandelt hat und welche Maßnahmen wir hier im Haus vielleicht ergreifen können, um eventuell Abhilfe zu schaffen.

Das **persönliche Budget** ist ein neues Instrument der Eingliederungshilfe, das es behinderten Menschen ermöglichen soll, individuelle Hilfen in Anspruch zu nehmen. Wie immer, wenn etwas Neues eingeführt wird, klappt das nicht reibungslos, und so weist die Bürgerbeauftragte zu Recht in ihrem Bericht auf die damit verbundenen Probleme und die noch zu leistenden Abstimmungsprozesse hin. Besonders ärgerlich ist allerdings der Umstand, dass offenbar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden außerhalb der bereits bestehenden Modellregionen teilweise gar nicht oder nicht ausreichend über die Inhalte und Regelungen des persönlichen Budgets geschult waren. Und das - man höre und staune -, obwohl es seit Langem bekannt war, dass diese Regelungen zum 1. Januar 2007 in Kraft treten würden. Die Folge davon war, dass Hilfesuchende in der Regel davon absahen, das persönliche Budget zu beantragen, weil sie Vor- und

Nachteile nicht abschätzen konnten. So wurden außerhalb der zwei Modellregionen Segeberg und Schleswig-Flensburg bis Juli 2007 lediglich zwei persönliche Budgets bewilligt. Im Sinne der Menschen mit Behinderung muss hier dringend Abhilfe geschaffen werden, damit die Hilfestellungen auch an den tatsächlich vorhandenen Bedürfnissen ausgerichtet werden können. Das persönliche Budget kann hier das richtige Instrument sein, wenn es denn vor Ort mit Leben erfüllt wird und nicht nur in den Paragraphen eines Gesetzbuches steht.

(Beifall bei der CDU)

Die eindeutig meisten Eingaben bei der Bürgerbeauftragten gingen zum Thema ein. Im Jahresdurchschnitt 2007 lebten 81.715 Menschen in Schleswig-Holstein von der Grundsicherung. Davon wandten sich 1.305 mit Eingaben an die Bürgerbeauftragte. Es gibt immer noch Probleme bei Fragen der Leistungsgewährung, insbesondere bei der Nachvollziehbarkeit der Leistungsberechnung und der Höhe der Regelleistung. Gleiches gilt bei den Mehrbedarfen und den einmaligen Beihilfen.

In vielen Beispielen zeigt der Bericht auf, wo die Probleme im Einzelfall liegen. Dabei tauchen immer wieder die Begriffe „Unverständlichkeit“, „mangelnde Transparenz“ und „fehlende Erklärungen“ auf. Ich bin schon der Auffassung, dass **Bescheide von Behörden** lesbar und verständlich formuliert sein müssen. Ich glaube, diese Ansicht teilt meine Fraktion auch. Es muss klar zu erkennen sein, wie es zu einer Entscheidung gekommen ist. Zusätzliche Erklärungen müssen enthalten sein. Das erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern zum einen den Umgang mit den Verwaltungen und würde zum anderen auch bei den Behörden zu zeitlichen Einsparungen führen, da damit die Zahl der Widersprüche zumindest eingeschränkt werden könnte. Vermutlich würde es auch zu einem entspannteren Klima zwischen Bürgern und Behörden führen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Erfreulich finde ich die Ergebnisse der **Petentenumfrage**, die sich gleich am Anfang des Berichtes finden. Die Petenten, die auf die Umfrage geantwortet haben, sind offensichtlich mit der Arbeit der Bürgerbeauftragten zufrieden. Es ist nur schade, dass die Umfrage nicht repräsentativ ist. Von den 3.382 Eingaben nur konnten 217 Petenten befragt werden. Davon haben sich 115 Petenten über die Arbeit der Bürgerbeauftragten geäußert.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich, den Bericht an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Heike Franzen)

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tribüne begrüßen wir sehr herzlich die Damen und Herren des Bundes der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, Ortsverband Rendsburg, sowie die Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Beruflichen Schulen des Kreises Nordfriesland aus Niebüll. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten macht erneut deutlich, dass die Institution der Bürgerbeauftragten notwendig und wichtig ist. Die hohe Zahl von 83,6 % positiv abgearbeiteter Eingaben zeigt: Die Bürgerbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten kompetente und wirksame Hilfe und Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Frau Wille-Handels, Ihnen und Ihrem Team ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit!

(Beifall bei SPD und CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle bekennen: Wir, die SPD-Landtagsfraktion, sind sehr froh, dass Sie Ihre erfolgreiche Tätigkeit in Schleswig-Holstein auch in den nächsten Jahren fortsetzen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Bürgerbeauftragte hat selbst die Probleme mit dem **Sozialgesetzbuch II - Hartz IV** - als Schwerpunkt der Petitionen herausgestellt. Die Eingaben, Fragen und Beschwerden in diesem Bereich wiesen im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um allein 28 % aus. Dieser Anstieg der Eingaben zum Sozialgesetzbuch II ist besorgniserregend und zeigt, dass sich die Qualität der Leistungserbringung bei den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen erheblich verbessern muss.

Bei den anstehenden Veränderungen in der Organisation der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II muss stärker als bisher auf die **Hilfe aus einer Hand** gesetzt werden. Transparente und nachvollziehbare Leistungsentscheidungen müssen im Vordergrund stehen. Jede bundesgesetzliche Regelung

muss diese Eckwerte, muss passgenaue Hilfe sowie eine zügige, transparente und möglichst einfache Leistungsgewährung zur Grundlage haben. Dies gilt es, auf Bundesebene aber auch auf kommunaler Ebene einzufordern. In den Arbeitsgemeinschaften und Optionsgemeinschaften wird eben nicht nur über die Arbeitsfähigkeit, über das Fördern und Fordern bei der Integration in den Arbeitsmarkt entschieden, sondern es wird auch über die Zumutbarkeit von Wohnungen und die Gewährung zusätzlicher Hilfen entschieden. Gerade bei der Zumutbarkeit von Wohnraum oder bei der Gewährung zusätzlicher Hilfen werden mögliche Entscheidungsspielräume nicht oder nur sehr begrenzt genutzt. Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt die Mängel hier deutlich auf.

Es bleibt festzuhalten: Wer Armut und Perspektivlosigkeit bekämpfen will, muss Hilfebedürftigkeit abbauen. Um Armut und Perspektivlosigkeit zu überwinden, bedarf es aber im Regelfall der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

Dies steht im Vordergrund der Aktivitäten und darf nicht durch Verweigerung von Unterstützungsleistungen oder sonstiger Hilfe konterkariert werden.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Die künftige **Organisation der Grundsicherung** muss die Voraussetzung dafür verbessern, dass die Ziele des Konzeptes „Fördern und Fordern“ für die betroffenen Menschen besser als bisher erreicht werden. Mit der notwendigen Neuorganisation der Leistungsgewährung nach dem SGB II besteht hier die Chance, nicht nur das Organisatorische verfassungsrechtlich abzusichern und zu gestalten, sondern auch die Leistungsgewährung besser an den Bedürfnissen der Betroffenen zu orientieren sowie notwendige Leistungsverbesserungen gerade vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und Lebensmittelpreise vorzunehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bericht der Bürgerbeauftragten ist die **Eingliederungshilfe**. Probleme beziehungsweise Eingaben zum Thema Eingliederungshilfe tauchen immer wieder in den unterschiedlichsten Bereichen des Berichtes auf. So wird unter dem Kapitel „Sozialhilfe“ dargestellt, dass seelisch behinderte Bewohner einer vollstationären Eingliederungshilfeeinrichtung Therapie- beziehungsweise Motivationsgelder gestrichen bekommen. Diese 30 bis 150 € monatlich waren gestrichen worden, weil sie eine rein freiwillige Leistung waren, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Dieses Vorgehen ist genauso unverständlich wie die Strei-

(Wolfgang Baasch)

chung von heilpädagogischen Leistungen für Kinder in Kindertagesstätten.

Im Bereich des **Behinderten- und Schwerbehindertenrechts** ist ein Anstieg der Eingaben um 12 % zu verzeichnen. Dies macht deutlich, dass gerade in dem Bereich der Menschen mit Behinderung immer noch viele verschiedene und ungenaue Auslegungen von sozialgesetzlichen Ansprüchen bestehen und vermehrter Handlungsbedarf bei der Gestaltung der Eingliederungshilfe vorhanden ist. Gerade vor dem Hintergrund der Kommunalisierung müssen wir darauf achten, dass diese Ansprüche der Menschen nicht zu kurz kommen.

(Beifall bei der SPD)

Dem Thema „**persönliches Budget**“ widmet die Bürgerbeauftragte ein eigenes Kapitel. Das persönliche Budget, das Menschen mit Behinderung individueller unterstützen soll, ist noch weitgehend unbekannt. Von den Hilfesuchenden wird bemängelt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden noch nicht oder gar nicht über die Inhalte der Regelungen des persönlichen Budgets geschult sind. Das persönliche Budget, das die Selbstständigkeit und Individualität der Menschen stärken und unterstützen soll, wird oft nicht beantragt, weil die Hilfesuchenden die Vor- und Nachteile nicht richtig abschätzen können und die Beratung und Leistungsgewährung noch völlig unzureichend sind.

Kollegin Franzen hat es schon gesagt, seit dem 1. Januar 2008 besteht ein Rechtsanspruch darauf. Im Sozialgesetzbuch ist diese Regelung des persönlichen Budgets aber schon seit vielen Jahren als freiwillige Leistung verankert. Man muss festhalten, es ist wirklich Schindluder getrieben worden, indem man nicht dafür gesorgt hat, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden entsprechend geschult sind und indem kein Wert darauf gelegt worden ist, diese passgenaue Hilfe für Menschen mit Behinderung zum regulären Hilfesystem weiterzuentwickeln. Hier besteht weiterhin viel Handlungsbedarf. Die Aufforderung der Bürgerbeauftragten, Information und Beratung zum persönlichen Budget intensiver und umfassender zu gestalten, kann nur voll unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Im weiteren Bericht der Bürgerbeauftragten geben die Einzelfälle wie immer einen sehr direkten Blick auf die Fragestellung und auf die Probleme, die Menschen mit den sozialen Sicherungssystemen haben. Diese Einzelfälle zeigen sehr deutlich, wie not-

wendig Hilfen und Unterstützung in vielen Fällen ist.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2007 macht erneut deutlich, wie wichtig die Einrichtung der Bürgerbeauftragten ist. Die Aussage von Frau Wille-Handels zu den Problemen und Eingaben, die das SGB II betreffen, sind eindeutig:

„Der Anstieg der Eingaben ist erschreckend. Insbesondere die deutliche Zunahme von Beschwerden im Bereich Sozialgesetzbuch II wirft ein schlechtes Bild auf die betroffenen Behörden. Es zeigt sich, dass sich die Probleme in diesem Bereich verfestigt haben.“

Dieses Zitat macht deutlich, dass wir in der Realität noch sehr weit entfernt davon sind, die Langzeitarbeitslosigkeit durch eine enge Verknüpfung von Arbeitsvermittlung, Fallmanagement und sozial integrativen Maßnahmen wirksam zu bekämpfen.

Das Ziel muss sein, Dienste und Hilfen aus einer Hand zu gewähren, sodass sie koordiniert und aufeinander abgestimmt sind. Ziel muss es sein, bürgerfreundliche Verfahren mit klaren und nachvollziehbaren Bescheiden umzusetzen. Der Tätigkeitsbericht von Frau Wille-Handels gibt hier eindeutige und gute Vorgaben, über die wir im Sozialausschuss weiter vertiefend beraten sollten.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht zu theatralisch!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! - Herzlichen Dank für die Regieanweisung, Herr Fraktionsvorsitzender. Er hat mir mit auf den Weg gegeben, nicht so theatralisch zu sein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Das muss man ganz locker sehen. Frau Wille-Handels, ich denke, Sie können an dieser Stelle eine ganze Menge an Lob ertragen. Ich denke, Sie haben das Lob auch verdient. Auch für meine Fraktion sage ich Ihnen persönlich und Ihren Mitarbeitern herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

(Dr. Heiner Garg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, ich muss Ihnen nicht erklären, was die Bürgerbeauftragte geleistet hat und wie sie es geleistet hat; ob mit Telefonaten oder durch persönliche Besuche. Das wurde durch die Vorredner ausreichend beschrieben. Ich denke, wir sind uns einig darin, dass wir stolz darauf sein können, eine solche Bürgerbeauftragte bei uns zu haben. Ich glaube, wir können zu Recht sagen, dass es sich hier um ein niedrigschwelliges Angebot handelt.

Der Bericht greift - wie jedes Jahr - einzelne Tätigkeitsbereiche heraus. Lassen Sie mich aus meiner Sicht als Arbeitsmarktpolitiker heraus einen Bereich ganz besonders hervorheben, nämlich die immer weiter ansteigende Zahl der Eingaben und Beschwerden bei der Umsetzung des **SGB II** und des **SGB III**. Entgegen aller Prognosen und Hoffnungen sind diese Beschwerden nicht gesunken, sondern sie sind noch weiter angestiegen. Die Bearbeitung dieser Beschwerden macht mittlerweile mehr als ein Drittel der Arbeit der Bürgerbeauftragten aus. Deutlich wird dabei, dass sich manche Probleme in diesem Bereich, von denen die Bürgerbeauftragte in den letzten Jahren immer wieder berichtet hat, nicht verbessert, sondern im Gegenteil bedauerlicherweise verfestigt haben. Das betrifft vor allem die Bereiche der Antragstellung, der Bearbeitung und der Bescheidung der Anträge.

Die Forderungen der Bürgerbeauftragten sollten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Es sind erstens die Herstellung eines für jedermann verständlichen Antrags auf Leistung zur Sicherung, zweitens die Betreuung der Betroffenen durch einen persönlichen Ansprechpartner und drittens die Ausstellung eines für jedermann verständlichen, nachvollziehbaren und lesbaren Bescheids über die gewährten Leistungen. Ich denke, das sollten Selbstverständlichkeiten sein. Die Realität sieht jedoch allzu oft anders aus. Beispielsweise versinken Antragsteller auf Arbeitslosengeld II in einem Wust an **Formularen und Vordrucken**. Neben einem vierseitigen Hauptantrag sind je nach der individuellen Situation weitere Anträge zu stellen. Ich empfehle Ihnen, sich so etwas einmal anzugucken und zu versuchen, so etwas auszufüllen.

Beispiele sind die Anlage WEP zur Eintragung weiterer Personen der Bedarfsgemeinschaft ab 15 Jahren oder die Anlage UF, also der Unfallfragebogen zum Antrag auf Leistungen nach SGB II mit Schweigepflichtentbindungserklärung. Verbunden mit einer elfseitigen Erläuterung der Anträge werden an den Antragsteller Anforderungen gestellt, die den Aufwand, der beim Ausfüllen einer Steuer-

erklärung entsteht, bei Weitem übersteigen. Es ist also kein Wunder, dass sich die Bürgerinnen und Bürger damit nicht nur überfordert, sondern durch das Ergebnis der Antragsbearbeitung auch noch übervorteilt fühlen, weil die Bescheide für sie nicht lesbar und nicht verständlich sind.

(Unruhe)

- Eine Ausnahme bildet die FDP-Fraktion, die versteht das offensichtlich ganz besonders gut. Bei allem Verständnis dafür, dass der nicht abreißende Strom von Gesetzesänderungen und Reformen die Mitarbeiter in den Verwaltungen erheblich belastet, sodass individuelle Anliegen in vielen Fällen nicht sachgerecht und in Ruhe abgearbeitet werden können, sage ich: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es wirklich so schwierig, Bescheide zu erlassen, die ein normaler Mensch verstehen kann? Wenn Bescheide nicht nur unübersichtlich aufgebaut, sondern wegen fehlender Berechnungsgrundlage, mangelnder Erläuterung und womöglich nicht vorhandener Rechtsbehelfsbelehrung nicht mehr nachzuvollziehen sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich die Betroffenen dagegen wehren.

Juristisch schwierige Sachverhalte lassen sich für den Laien durchaus auch verständlich darstellen, ohne dass dabei rechtlich relevante Aspekte vernachlässigt werden. Ansonsten wird - ob beabsichtigt oder nicht - sehr schnell der Eindruck vermittelt, dass Betroffene nur deshalb auf die ihnen zustehenden Rechte ungewollt verzichten müssen, weil sie den Leistungsbescheid nicht verstehen. **Bürgernähe** und Bürgerfreundlichkeit müssen - bei aller Komplexität der rechtlichen Sachverhalte - heißen, dass der Bürger erwarten darf, korrekt informiert und beraten zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der berechtigte Anspruch eines jeden Bürgers an die grundsätzliche Arbeitsweise einer Verwaltung. Die Bürgerbeauftragte hatte bereits in ihrem Tätigkeitsbericht für 2005 dem Thema Bürgernähe und gute Verwaltungspraxis ein eigenes Kapitel gewidmet. In dem jetzigen Tätigkeitsbericht fehlt ein solches Kapitel zwar, im Ergebnis wird aber deutlich, dass die seinerzeit aufgezeigten Probleme weiter bestehen.

Der vorgelegte Tätigkeitsbericht bietet auch einige überraschende Erkenntnisse: Im Kapitel zur Arbeitsförderung berichtet die Bürgerbeauftragte, dass der **Betreuungsschlüssel** im Bereich der **Arbeitsvermittlung** verbessert wurde und dass somit die sogenannte Kundenkontaktdichte erhöht wurde. Die Kollegin Franzen ist bereits darauf eingegangen.

(Dr. Heiner Garg)

Die Folgen dieser besseren Betreuung waren aber nicht etwa zufriedener Kunden, sondern eine höhere Zahl an strittigen Kundengesprächen, die wiederum zu mehr Eingaben bei der Bürgerbeauftragten geführt haben. Die Ursachen dafür sind bedauerlicherweise nicht ganz klar geworden. Liegt es daran, dass diese Kunden zwar intensiver betreut werden, aber nicht so, wie diese Kunden sich das selbst vorstellen?

Die Klagen der Petenten, dass sie zu wenig über Rechte und Hilfsmöglichkeiten beraten worden seien und dass durch die Bundesagentur zu wenige Vermittlungsvorschläge erfolgt sind, könnten eine Erklärung sein. In diesem Zusammenhang ist unverständlich, dass die Personengruppe der sogenannten **Nichtleistungsempfänger**, die einen **Rechtsanspruch auf Vermittlungsleistung** durch die Bundesagentur für Arbeit hat, darum kämpfen muss, überhaupt einen Termin bei einem solchen Vermittler zu bekommen. Aus dem Bericht wird deutlich, dass dies aber nicht an den Vermittlern selbst liegt, sondern vor allem daran, dass die Kommunikation zwischen den Mitarbeitern in der sogenannten Eingangszone und den Vermittlern nicht stimmt. Das Beispiel zeigt, dass oftmals einfache verwaltungsinterne Maßnahmen reichen würden, um die von den Bürgern zu Recht eingeforderte gute Verwaltungspraxis wieder herzustellen.

Umso mehr freue ich mich, dass einige engagierte Kommunen an dieser Stelle aktiv geworden sind: Die Bürgerbeauftragte hatte bereits im Jahr 2003 die Einführung eines **kommunalen Ideen- und Beschwerdemanagements** angeregt. Ein Modellprojekt hierzu konnte bisher trotz der Unterstützung des Innenministeriums nicht realisiert werden. Dennoch haben einige Kommunen - darunter auch die kreisfreien Städte - diese Anregung in einem Arbeitskreis aufgegriffen und hierzu einen Leitfadens ausgearbeitet, der seit 2007 allen Kommunen zur Verfügung steht. Die Aufforderung der Bürgerbeauftragten an uns Landespolitiker, die Kommunen bei der praktischen Umsetzung dieses Leitfadens zu unterstützen, sollten wir deshalb nicht nur ernst nehmen, sondern wir sollten endlich etwas dafür tun, dass dies auch umgesetzt wird.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle haben in der Vergangenheit immer wieder betont, dass die Arbeit der Bürgerbeauftragten mehr denn je gebraucht wird. Bevor ich zu dem konventionellen Schlusssatz - wir freuen uns auf die Ausschussberatung - komme, will ich ganz deutlich sagen: Wir würden nicht nur in die Richtung der Bür-

gerbeauftragten, sondern auch in die Richtung der Bürgerinnen und Bürger, die sich an diese Bürgerbeauftragte wenden, ein klareres Signal senden, wenn wir das, was in dem Bericht steht, nicht nur einmal im Jahr hier zur Kenntnis nehmen und achselzuckend und beinahe hilflos darüber sprechen würden, wie man das irgendwann verbessern könnte, sondern vielmehr die konkreten Maßnahmen, die die Bürgerbeauftragte vorschlägt und die in der Regel umsetzbar sind, in verhältnismäßig kurzer Zeit auch anpacken und umsetzen würden. So würden wir mehr Glaubwürdigkeit gewinnen und vielleicht ein kleines Stück dazu beitragen, die Politikverdrossenheit abzubauen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich auch aus diesem Anlass heute Frau Wille-Handels zu ihrer **Wiederwahl** gratulieren, die wir in der April-Tagung ohne Aussprache vollzogen haben. Sie und Ihr Team waren vielleicht zu Recht etwas erleichtert, denn diese Wiederwahl hatte eine lange Vorgeschichte. Wir als Grüne fanden es sehr schade, dass Sie ein Jahr lang in der Luft hingen und nicht wussten, wie es weitergeht. Das haben Sie und Ihr Team nicht verdient. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass wir den Anstoß und die Vorlage dazu geben konnten. Wir freuen uns darüber, dass wir am Ende alle gemeinsam den Ball ins Tor gebracht haben und dass Sie einstimmig wiedergewählt wurden. Das ist ein Volltreffer für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, denn sie haben in Frau Wille-Handels die richtige Ansprechpartnerin.

Sie haben uns wieder einmal mit einem Bericht konfrontiert, der den Vorbericht wie jedes Jahr - sowohl was den Umfang der Petitionen als auch was die gravierenden Probleme betrifft - übersteigt.

Und das sollte uns zu denken geben, denn diese Art von Superlativ ist kein positiver Superlativ. Es ist etwas, was an den Grundfesten unserer Demokratie kratzt. Ihre Integrität als Bürgerbeauftragte ist unbestritten, aber Sie können auch nicht alle Wünsche erfüllen. So möchte ich an dieser Stelle daran erin-

(Angelika Birk)

nern, dass auch die Anzahl der Petenten, die sich an Sie wenden und denen Sie nicht weiterhelfen können, weil Ihr Aufgabengebiet dieses Thema schlicht nicht umfasst, zugenommen hat, beispielsweise wenn Menschen kein Bankkonto eröffnen können. Da verweisen Sie an die Ombudsleute der Banken weiter, ähnlich wie in manchen Versicherungsfragen. Das zeigt, dass das Thema soziale Angelegenheiten immer weitere Kreise zieht und immer mehr Institutionen umfasst. Auch hier sollten wir im Ausschuss darüber diskutieren, welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die wir als Hausaufgaben im Landtag zu erledigen haben. Sie haben uns hier immer wieder die **Liste der unerledigten Aufträge** vorgelegt.

Beispiel eins: Die Freistellung von Sterbegeldversicherungen beim Vermögenseinsatz im Rahmen der Sozialhilfe fordern Sie seit 2002, Frau Wille-Handels. Der Landtag hat es erst im Herbst vergangenen Jahres auf unsere Initiative hin geschafft, sich mit diesem Thema etwas gründlicher auseinanderzusetzen, aber wir sind da noch kein Stück weiter. Hier mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie dieses Thema nicht einfach in der Versenkung verschwinden, es ist nach wie vor aktuell!

Zum Zweiten gibt es seit 2003 die Forderung der Bürgerbeauftragten nach einem Beschwerdemanagement für Behörden und Institutionen, etwas was wir im November auch aufgegriffen hatten. Unser Antrag wurde abgelehnt. Das ist schade. Trotzdem hat sich Frau Wille-Handels aber nicht beirren lassen. Es wurde schon von meinen Vorrednern berichtet, was sie weiterhin auf die Beine stellt. Ich finde, wir sollten sie da nicht alleinlassen. Wir sollten diese Initiative aufgreifen. Es geht uns nicht darum, ob unser Antrag durchgewinkt wird, es geht uns darum, dass wirklich etwas passiert, dass es tatsächlich Modellkommunen gibt, die Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung verbindlich vereinbaren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam - das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner angesprochen -, dies hat sich insbesondere bei dem Thema Eingliederungshilfe oder auch sehr deutlich bei ALG II bemerkbar gemacht.

Konkret geht es noch einmal um die vielen Petitionen zum Arbeitslosengeld II. Alles was hier zum persönlichen Budget in Sachen Eingliederungshilfe und auch zum Therapiegeld gesagt wurde, kann ich vorbehaltlos unterstützen. Gerade das Thema The-

rapiegeld und Eingliederungshilfe hatten wir auch in der letzten Sozialausschusssitzung. Wir werden an diesem Thema weiterarbeiten und die Kommunen in die Pflicht nehmen. Aber zum Arbeitslosengeld II sind uns die Hände gebunden, wenn der Bundesgesetzgeber nicht zu einer anderen Entscheidung kommt. Denn nach wie vor ist das, was die Bürgerbeauftragte schreibt, eine deutliche Ohrfeige für unzulängliches Handeln seitens der Bundesbehörden und für ein Demokratiedefizit. Es gibt schlicht keine Möglichkeit, auf der kommunalen Ebene oder auf der Landesebene - trotz der Bemühungen beispielsweise von Minister Döring - so einzuwirken, dass ein einwandfreies, rechtlich nachvollziehbares Handeln erfolgt. Die Vielzahl der Richterinnen und Richter, die neben der Bürgerbeauftragten mit diesem Thema befasst sind, sprechen eine deutliche Sprache.

Wir müssen uns an dieser Stelle dazu durchringen, dass wir zu einer neuen Organisationsform der ARGEN kommen. Sie wissen, dass wir eine kommunale Lösung befürworten, einfach wegen der Eindeutigkeit der Zuständigkeiten und der Angliederung vor Ort. Man kann zu anderen Lösungen kommen, aber so, wie es bisher ist, kann es auf keinen Fall weitergehen. Denn Selbstverständlichkeiten wie passgenaue Angebote, zeitnahe Antragsabwicklung, qualifizierte individuelle Beratung, nachvollziehbare Bescheide, soziale Unterstützung, all diese sind leider in vielen Fällen nicht gewährleistet.

Die Praxisanalyse der Bürgerbeauftragten zeichnet also hier ein deutliches Bild, woran es konkret fehlt. Ich möchte deshalb jetzt auf die Themen eingehen, die meine Vorredner noch nicht angesprochen haben.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Können wir bitte den Geräuschpegel ein bisschen senken!

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Einmal geht es um das Thema Kinderzuschlag. Es ist nicht nur so, dass es kompliziert ist, ihn zu berechnen. Es ist auch so, dass nach wie vor in der Öffentlichkeit ein falsches Bild von dieser Leistung existiert. Die Menschen denken, es wrrd ihnen schnell geholfen, wenn sie in einer schwierigen Lebenslage sind. Faktisch fühlen sie sich aber dann

(Angelika Birk)

erst einmal mit einem komplizierten Fragebogen überfordert, dann dauert es Monate, bis herausgefunden wird, ob sie überhaupt antragsberechtigt sind und dann werden sie häufig zwischen Familienkasse und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende hin- und hergeschoben. Das ist auch etwas, wo der Bundesgesetzgeber nachbessern muss. Er hat es auch getan. Es sind deutlich bessere Voraussetzungen für die Berechtigten geschaffen worden. Aber nach wie vor ist die aufwendige Berechnung des Kinderzuschlages nicht vereinfacht und das sorgt sowohl bei den Menschen, die in den Behörden damit befasst sind, als auch bei den Betroffenen für sehr viel Verdruss, für sehr viele Existenzängste und für unnötige Bürokratie. Hier müssen wir an unsere Bundesgesetzgeber noch mal herantreten. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Ebenso nehme ich mir noch einmal das Thema Kindertagesstätten vor. Wir haben im Landtag mehrfach in der letzten und in dieser Legislaturperiode darüber gestritten, ob wir nicht mehr tun müssen. Derzeit legen wir bei Erstattung der Kommunen für Transfergeldempfänger, die eine Kindergartengebühr nicht bezahlen können, nur 85 % zugrunde. Auch dieses Thema ist nach wie vor eine wichtige Angelegenheit, die die Bürgerbeauftragte zu bearbeiten hat. Es kommen dann noch strittige Fragen hinzu, wenn es um Stiefeltern und Stiefkinder geht. Das müssen wir einmal im Ausschuss vertiefen. Nach wie vor ist es aber eine Baustelle, wo wir tatsächlich auch hier im Land etwas tun können. Davor sollten wir uns nicht drücken.

Wir haben außerdem auch noch eine ganze Reihe von neuen Petitionen im Bereich der Medizinischen Dienste der Krankenkassen. Hier wird beanstandet, dass der MDK im Regelfall eine für die betroffene Person unverständliche Entscheidung nach Aktenlage am grünen Tisch trifft und die Situation vor Ort nicht genug würdigt. Auch dies ist ein Thema, das zwar als solches nicht neu ist, es ist aber neu, dass die Anzahl der Petitionen hier wieder zugenommen hat. Wir hatten gehofft, dass die Krankenkassen aufgrund dessen, dass das Thema schon oft in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, Abhilfe geschaffen haben. Vielleicht würde es sich lohnen, dass wir als Sozialausschuss den MDK einladen, nach seinen Arbeitsregularien fragen und konkrete Vorschläge diskutieren, was hier verbessert werden kann. Auch wenn wir den Krankenkassen natürlich keine Anweisungen geben können, ist es sicher sinnvoll, ins Gespräch zu kommen.

Meine grundlegende Sorge im Hinblick auf das, was das Thema Bürgerfeindlichkeit konkret bedeu-

tet, findet sich heute in der Berichterstattung der „Kieler Nachrichten“ unter der Überschrift „Demokratie ist vielen kaum noch etwas wert“ aufgegriffen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat schon 2006 herausgefunden, dass sich 39 % derjenigen, die sie befragt haben, vor einer gefährlichen Überfremdung fürchten, deutlich ausländerfeindliche Aussagen gemacht haben und auch von der Demokratie nicht viel halten. In ihren vertiefenden Gesprächen - das ist sozusagen der zweite Schritt der sozialpolitischen Analyse, die sie vorgenommen haben - kommt nun auch heraus, dass gerade die Erfahrung, sich als Objekt einer anonymen Verwaltung zu fühlen und zu verarmen, dafür sorgt, dass die Demokratie offensichtlich nicht mehr als Stütze, nicht mehr als Grundlage des Gemeinwesens erfahren wird, sondern als etwas Fremdbestimmendes, auf das man im Zweifelsfall auch verzichten kann.

Solange es den Leuten gut geht, haben sie die Demokratie geschätzt. Jetzt wo es ihnen schlecht geht und wo sie insbesondere in Behörden keine Ansprechpartner finden, sich verloren und im wahrsten Sinne verraten fühlen, kommt es auch zu Auseinandersetzungen mit anderen, denen es auch schlecht geht, was leider nicht sehr solidarisch ist. Das sind Dinge, die man sozialwissenschaftlich erklären kann. Es geht mir aber darum, dass wir sie politisch verändern. Gerade auch in dieser Hinsicht ist die Arbeit der Bürgerbeauftragten unverzichtbar. Wir sollten sie nicht als Entlastung für unseren eigenen sozialpolitischen Auftrag sehen, sondern als wichtige Ergänzung und Beraterin. In diesem Sinne freue ich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Gruppe des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank an Frau Wille-Handels für diesen hervorragenden Bericht, für ihre gute Arbeit und ihre konstruktiven Vorschläge. Insbesondere gilt mein Dank auch den Mitarbeitern, die sich die Mühe gemacht haben, uns diesen hervorragenden Bericht vorzulegen. Der SSW wird entsprechende Punkte natürlich unterstützen, damit die von der Bürgerbeauftragten genannten Probleme endgültig beigelegt werden können. Ich glaube, das wird noch schwierig genug werden. Aber ich

(Lars Harms)

möchte einige **Themenfelder** herausgreifen, um deutlich zu machen, dass es alles möglicherweise gar nicht so einfach ist.

Verfahren bei Gericht dauern zu lange. Was bei Nachbarschaftsstreitigkeiten ärgerlich ist, ist vor dem Sozialgericht existenzbedrohend: Wer keine Rücklagen hat, kann nicht Monate oder Jahre auf seine Rente, seine Sozialhilfe oder eine andere Leistung warten. Hier muss das Land Schleswig-Holstein umgehend eine Gesetzesänderung anschieben, damit Bearbeitungszeiten bei Sozialleistungen deutlich verringert werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frist von einem halben Jahr ist nicht hinnehmbar. Hier muss nachgebessert werden. Die Agenturen für Arbeit machen es vor. Die Bürgerbeauftragte berichtet, dass es keine einzige Eingabe bezüglich der Bearbeitungsdauer gab. Das ist vorbildlich. Es geht also, wenn man nur will und wenn die gesetzlichen Grundlagen so sind, wie sie sein müssen.

Der SSW fordert immer wieder, die Familien mit Kindern finanziell zu entlasten beziehungsweise sie entsprechend zu fördern. Der sogenannte Kinderzuschlag hat aber noch nie das gehalten, was uns auf Pressekonferenzen weisgemacht worden ist: Zu wenig Geringverdiener steigen durch das komplexe Regelwerk durch, sodass sie überhaupt Leistungen erhalten. Sogar die Bürgerbeauftragte muss mit ihrem Team die Waffen strecken, weil die Bescheide nicht nachvollziehbar sind, weil man sie nicht lesen kann, weil man sie nicht verstehen kann. Familienförderung ist das nicht. Also weg mit dem Gesetz und her mit der Umstellung der Förderung, damit die Leute auf einfachem Weg das bekommen können, was ihnen zusteht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezüglich immer noch bestehender Probleme auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt regt der SSW an, eine ständige Kommunikationsplattform einzurichten, wie man sie zum Beispiel in der Öresundregion kennt. Das Infocenter Grenze und EURES leisten gute Arbeit, und die beteiligten Organisationen haben inzwischen ein funktionierendes Netz errichtet, wenn es um grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und grenzüberschreitende wirtschaftliche Kontakte geht. Immer noch fehlen in diesem Netz aber entscheidende Akteure, wie zum Beispiel die Kammern, die Finanzverwaltung oder die Krankenkassen.

Wir müssen umgehend entscheiden, wie diese Plattform aussehen soll, damit die Pendler, deren Zahl erst jüngst die 10.000er-Marke übersprungen hat, schnelle und unbürokratische Unterstützung erhalten. Da macht es Sinn, sich einmal anzusehen, wie man das in der Öresundregion macht. Dort gibt es auf beiden Seiten der Grenze Informationsmöglichkeiten, wo sich der geneigte Bürger Informationen holen kann, was ihm auf der schwedischen beziehungsweise auf der dänischen Seite erwartet. Informationen sind der Schlüssel dafür, dass man sich grenzüberschreitend entsprechend bewegen kann.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider zeigt der Bericht auch eine unrühmliche Tradition: Jedes neue Gesetz führt zunächst einmal zu Unsicherheit und damit auch zu Eingaben. Bei den Kompromissen innerhalb der Großen Koalition - egal, ob in Kiel oder Berlin -, die oftmals erst nach nächtelangem Geschacher zustande kommen, kommt der Gesetzesvollzug oftmals zu kurz. Die Folge ist, dass Beamte nicht wissen, wie sie entscheiden sollen, und die Bürger oftmals in die Röhre schauen. Dann muss die Bürgerbeauftragte eingreifen.

Die sogenannte Gesundheitsreform ist nur eines der Beispiele in dem vorliegenden Bericht. Ich hoffe, dass wir beim neuen Schulgesetz nicht das Gleiche erleben werden. Allerdings zeigt die Zahl der Petitionen aus dem Jahr 2007 bereits eine Tendenz auf. Es wird niemanden überraschen, wenn die Zahl 2008 weiter steigen wird. Es scheint so zu sein, dass dort ein paar handwerkliche Fehler gemacht worden sind.

Immer noch ist die überstürzte Verabschiedung der Hartz-Gesetze Anlass für das Gros der Eingaben. Der Bericht sagt es klipp und klar: Es besteht Rechtsunsicherheit. Das ist neben der unzumutbar niedrigen Höhe der Leistungen, der immer noch unzureichenden Beratung und dem Ausschnüffeln der privaten Lebensumstände ein weiteres Problem des Gesetzes. Wo früher einmal unbürokratisch geholfen wurde, um Notsituationen zu vermeiden, hatte ich nach der Lektüre des Berichtes den Eindruck, dass Leistungsverzögerungen ein Systemproblem geworden sind. Dass das auf dem Rücken der Arbeitslosen geschieht, ist unerträglich.

Es gibt ausgesprochene Dauerbrenner, die jedes Jahr wieder von der Bürgerbeauftragten angesprochen werden. Dazu gehören die **Servicestellen**, die uns - im übertragenen Sinne des Wortes - auch der **Behindertenbeauftragte** ans Herz gelegt hat. Sie

(Lars Harms)

bieten eine trägerunabhängige Beratung für Menschen mit Behinderung an, werden aber von der Landesregierung finanziell zusammengestrichen. Das ist der falsche Weg.

Die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen haben bereits einmal eine bessere Ausstattung der Servicestellen gefordert. Es wird Zeit, diesen Antrag noch einmal hervorzuholen. Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt nämlich, dass nur der Gesetzgeber an der derzeit desolaten Lage etwas ändern kann. Nur mehr Geld für die Servicestellen kann das Problem lösen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand ist so naiv zu glauben, dass das Amt der Bürgerbeauftragten in ferner Zukunft einmal überflüssig sein könnte. Deswegen bin ich auch ganz froh, dass wir sie wieder neu gewählt haben. Solange Menschen entscheiden, passieren Fehler. Es liegt aber an uns, Probleme im System zu beheben. Thema unserer Arbeit sind weder inkompetente, schuselige oder faule Sachbearbeiter, sondern Rechtsunsicherheiten, lange Bearbeitungsfristen und lebensferne Anrechnungsregeln. Da müssen wir als Gesetzgeber tätig werden, und zwar schleunigst.

Die Umfrage unter den Petenten zeigt, dass mittlerweile fast jede zweite Eingabe nach einem entsprechenden Hinweis aus der Verwaltung erging. Dort ist man sich also völlig im Klaren über die bestehenden Kompetenz- oder Zuständigkeitsprobleme. Dort sieht man auch, dass man den Menschen gern helfen will, aber aufgrund der Rechtslage nicht helfen kann. Das ist auch für jemanden, der in der Verwaltung tätig ist, eine fatale Situation.

Der SSW versteht das als einen nicht mehr zu übersehenden Hinweis auf Ausführungsdefizite. Die Wege zwischen Bürger und Verwaltung werden immer länger und intransparenter. Es wird höchste Zeit, das zu ändern. In diesem Sinne sollten wir die Anregungen der Bürgerbeauftragten im Ausschuss beraten und dann nach Möglichkeit gemeinsam konkrete Initiativen starten, dass der Bericht nicht nur gelesen und diskutiert wird und viel Bedenken-trägerei geschieht, sondern dass wir wirklich eine gemeinsame Initiative ergreifen, um die beschriebenen Probleme zu lösen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen der Landesregierung bedanke ich mich herzlich für den gewohnt ausführlichen und informativen Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2007. Der Dank gilt Ihnen ganz persönlich, verehrte Frau Wille-Handels, aber ebenso Ihrem ganzen Mitarbeiterstab.

Die Bürgerbeauftragte hat immer wieder die Aufgabe - ich sage es einmal plakativ -, der Verwaltung auf die Füße zu treten, auf Missstände hinzuweisen. Das tut sie beherzt. In früheren Zeiten hätte man wohl gesagt, dass eine Bürgerbeauftragte in natürlicher Gegnerschaft zur Regierung und Verwaltung steht. Unser Verständnis ist ein anderes, und die Amtsführung der Bürgerbeauftragten ist auch eine andere. Aus Sicht der Verwaltung ist die Bürgerbeauftragte nicht bequem - das soll sie auch nicht sein -, ihre Arbeit ist neben der unmittelbaren Hilfe für die Menschen, die sich an sie wenden, sehr wohl so etwas wie Qualitätsmanagement, und das ist rundum willkommen.

Es liegt im Interesse der Landesregierung wie auch der betroffenen Dienststellen, wenn **Missstände** abgestellt werden, wenn faire Lösungen im Einzelfall gefunden werden und den **Bürgerinnen und Bürgern** mit ihren Anliegen auch konkret geholfen werden kann - wobei es natürlich eigentlich bedauerlich ist, dass das überhaupt erforderlich ist und nicht über die Verwaltung geschieht, sodass ihre Arbeit überflüssig würde. Aber so ist das Leben eben nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits in den Vorjahren lag im Jahr 2007 der **Schwerpunkt der Eingaben** im Bereich der sozialen Sicherungsleistungen, und zwar insbesondere mit fast 40 % aller Eingaben im Bereich der Grund-sicherung für Arbeitssuchende. Die zeigt zweierlei: Erstens ist die Materie für viele Betroffene nach wie vor zu komplex, sind Verwaltungsentscheidungen nicht immer plausibel, gewiss auch nicht immer fehlerfrei. Deshalb gibt es einen erheblichen Bedarf an Rat und Unterstützung, dem die Bürger-beauftragte entspricht.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Zweitens zeigt sich an diesem Tätigkeitsschwerpunkt, dass die Arbeit der Bürgerbeauftragten schon deshalb ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bewirkt, weil sie vielen Bürgerinnen und Bürgern zur Formulierung ihrer Interessen verhilft, die genau dafür auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Viele Betroffene können nicht nur Anträge, sondern auch Entscheidungen oftmals nicht verstehen, und in vielen Fällen müssen Missverständnisse aufgeklärt werden, falsche Entscheidungen korrigiert werden, Ermessungsausübungen und Unverständenes erläutert werden, muss es Hinweise auf neue Wege geben.

Erfahrungsgemäß sind es immer wieder gesetzgeberische Neuerungen, die der Bürgerbeauftragten Arbeit machen, weil sie für Bürgerinnen und Bürger erklärungsbedürftig sind, zu Unsicherheiten führen können, aber - das ist schon deutlich gesagt - auch für die Verwaltung in der praktischen Umsetzung häufig Unklarheiten bedeuten, es können Anfangsfehler auftreten, eher noch als bei langjähriger geübter Praxis.

Lassen Sie mich die Position der Landesregierung zu den konkreten Stellungnahmen der Bürgerbeauftragten an einigen wenigen Beispielen exemplarisch darlegen. Die Bürgerbeauftragte hat sich zum neuen Instrument des **persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung** geäußert. Sie wissen, dass ich dieses Instrument grundsätzlich begrüße und vorantreibe, auch mit eigenen Veranstaltungen seitens der Landesregierung. Sie sagt, dass dieses Instrument bislang nur für wenige Betroffene genutzt wurde.

Dazu möchte ich Folgendes sagen: Erstens ist es richtig, dass mit dem persönlichen Budget derzeit noch Unsicherheiten und offene Fragen verbunden sind, nach meiner Einschätzung sogar Widerstände zu überwinden sind, weil es viele gibt, die dieses Instrument gar nicht wollen. Das hängt mit dem zweiten Punkt zusammen.

Es ist nämlich ganz klar, dass das persönliche Budget ein entscheidendes Instrument für mehr Selbstbestimmung und in diesem Sinne für mehr Normalisierung für Menschen mit Behinderung ist. Drittens muss das Ganze deswegen nach meiner festen Überzeugung so vororganisiert werden, dass nicht nur eine Minderheit das Budget in Anspruch nehmen kann.

(Beifall bei SPD, SSW sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Reform, die zur Teilung in budgetfähig und nicht budgetfähig führt, also zu einer neuen Form der Ausgrenzung, widerspricht ganz ausdrücklich den behinderten politischen Zielen der Landesregierung. Damit dies nicht geschieht, wird mein Haus diesbezüglich in konkreten Austausch nicht nur, aber auch mit der Bürgerbeauftragten treten.

Immer wieder bietet die **Pflegeversicherung** Anlass zu Eingaben, und zwar insbesondere die Begutachtungspraxis durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Viele von uns, die von Einzelfällen hören, können nicht verstehen, warum sich der Medizinische Dienst so verhalten hat, wie es dargelegt wird. Ich werde den Blick zunächst auf etwas anderes wenden, nämlich darauf, dass 58 Petitionen bei rund 77.500 Pflegebedürftigen und bei rund 45.000 Begutachtungen im Jahr eher ein Zeichen dafür sein können, dass die Umsetzung der Pflegeversicherung relativ gut und reibungslos funktioniert.

Wer Studien anschaut, für die Betroffene selbst befragt wurden, wird sehen, dass die überwiegende Zahl der Menschen mit der Einstufung in die entsprechende Pflegestufe einverstanden ist. Aber jeder Einzelfall, bei dem es Probleme gibt, ist ein Einzelfall zu viel, wenn eine andere Entscheidung hätte getroffen werden müssen. Deswegen ist es gut, dass auch dieses Thema Gegenstand der Arbeit der Bürgerbeauftragten ist.

Mit 1.300 Eingaben bezog sich auch im Jahre 2007 jede dritte Eingabe auf das **SGB II**. Deshalb möchte ich auch im Namen von sowie in Rücksprachen mit dem Kollegen Döring etwas näher auf diesen Bereich eingehen. Richtig ist, dass die Umsetzung der größten Sozialreform in Deutschland nach wie vor nicht optimal funktioniert. Richtig ist aber auch, dass die Umsetzung des SGB II spürbar verbessert wurde, der vorliegende Bericht bestätigt dies. Die Liste der Anregungen, die nach dem vorliegenden Bericht von den Trägern aufgenommen und umgesetzt wurde, ist auch im vergangenen Jahr gewachsen. Das ist gut so und zeigt, dass Anregungen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch aufgegriffen werden. Der Weg zu Verbesserungen beginnt mit gerechtfertigter, konstruktiver Kritik, davon ist dieser Bericht gekennzeichnet. Dieser wichtige Prozess funktioniert in Schleswig-Holstein ganz offensichtlich. Exemplarisch dafür steht die Zusammenarbeit der Arbeitsmarktakteure im Netzwerk „Chancen für Arbeit in Schleswig-Holstein“.

Derzeit geht es auf Bundes- und Länderebene jedoch darum, sich möglichst bald auf eine verfassungsfeste Nachfolgeorganisation für die SGB II-Arbeitsgemeinschaften zu verständigen, nachdem

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

das Bundesverfassungsgericht deren Organisationsform mit Urteil vom 20. September 2007 für nicht verfassungskonform erklärt hat. Nach Auffassung der Landesregierung muss das Leitbild dafür weiterhin das richtige und bereits bewährte Prinzip der Hilfe aus einer Hand sein, ist das zentrale Grundprinzip der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Trotz aller noch bestehender Unzulänglichkeiten im ARGE-Alltag, denen entschlossen begegnet werden muss, ist die Landesregierung der Auffassung, dass sich die kooperative Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Trägern als Regelmodell des SGB II in ihrer Organisation grundsätzlich bewährt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung tritt daher dafür ein, dieses Modell verfassungskonform weiterzuentwickeln. Dabei müssen auch die bestehenden Strukturprobleme des bisherigen Arge-Konzepts behoben werden. Darauf werden wir hinwirken. Daneben ist es ein Anliegen der Landesregierung, dass die bestehenden Optionskommunen - das sind in Schleswig-Holstein die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg - ihre erfolgreiche Arbeit dauerhaft weiterführen können. Wir treten dafür ein, die Zukunft des Optionsmodells zusammen mit der Arge-Nachfolge zu regeln. Mit der Lösung der ARGE-Nachfolge kehrt dann hoffentlich - jetzt komme ich wieder zu dem Bericht - wieder Sicherheit und Kontinuität in die SGB II-Umsetzung ein, die nicht zuletzt durch die zahlreichen Gesetzesänderungen der letzten Jahre immer wieder vor neue administrative Herausforderungen gestellt worden ist. Dies hat - das habe ich vorhin ausgeführt - natürlich auch zu Problemen für die Betroffenen geführt.

Neben aller berechtigter Kritik im Einzelfall ist die Arbeit vor Ort jedoch erkennbar von dem Anspruch der bei den Trägern handelnden Personen geprägt, ihren SGB II-Leistungsberechtigten bestmöglich zu helfen. Dies geschieht nach wie vor motiviert und engagiert, trotz mancherlei Widrigkeit.

Daher schließt sich die Landesregierung gern dem Lob und dem Dank der Bürgerbeauftragten für und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaften und der Optionskommunen an. Wir hoffen, dass beides ankommt. Denn auch das trägt dazu bei, die Arbeit für ein soziales und bürgerfreundliches Schleswig-Holstein zu verbessern. Insgesamt werden wir den Bericht der Bürgerbeauftragten auch weiterhin als Ansporn betrachten, die Verwaltungspraxis Stück für Stück zu verbessern. Ganz herzlichen Dank für die Anregungen! Ich

freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und auf die konkreten Beschlüsse. Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 16/2022 dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Bericht zur Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2096

Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich für den Berichts Antrag der FDP-Fraktion bedanken, weil er sich mit einem Thema beschäftigt, das niemals aus dem Blickwinkel der Demokraten geraten darf. In diesem Sinne stelle ich Ihnen den Bericht zur Verfügung.

Eine gute Nachricht am Anfang: Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 25. Mai ist es nicht zu einer Häufung rechtsextremistischer Straftaten gekommen, die nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre im Vorfeld von Wahlen zu befürchten war. Besorgniserregend ist allerdings die **Heftigkeit der Auseinandersetzungen** zwischen links- und rechtsextremistischen Personen, die vor den Kommunalwahlen in Kiel erlebt haben. Darauf wird sich unser Augenmerk auch in Zukunft richten müssen.

Bei der Mehrzahl der **registrierten Delikte** handelt es sich um sogenannte Propagandadelikte nach § 86 a StGB. Strafrechtlich verfolgt wird das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wie zum Beispiel das Zeigen des Hakenkreuzes. Allerdings belegt die Auflistung der verletzten Strafnormen in den Erläuterungen zur

(Innenminister Lothar Hay)

Antwort auf Frage eins im vorgelegten Bericht, dass dem rechtsextremen Spektrum weitaus mehr kriminelle Energie innewohnt. Eine vergleichende Betrachtung mit dem Vorjahreszeitraum zeigt eine uneinheitliche Entwicklung in den Kreisen beziehungsweise in den kreisfreien Städten. In den meisten Landesteilen ist eine Stagnation beziehungsweise ein Rückgang der Zahlen, nur in drei Kreisen/kreisfreien Städten ist eine Steigerung zu verzeichnen. Gründe, die diese uneinheitliche Lage erklären, gibt es zurzeit nicht. Der kurze Vergleichszeitraum der Monate Januar bis Mai lässt allerdings auch keine belastbare Bewertung zu.

Trotz dieser relativ positiven Feststellung bleibt es bei meiner Analyse aus der letzten Plenardebatte zum Verfassungsschutzbericht. Nachdem Neonationalsozialisten und der NPD-Landesverband miteinander verschmolzen sind, der Anteil des als aktionistisch und gewalttätig zu bezeichnenden **Personenpotenzials** besonders hervorzuheben. Er hat sich seit Mitte der 90er-Jahre bei einer etwa gleich hohen Gesamtzahl in etwa verdreifacht und liegt nunmehr bei drei Vierteln. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um einen Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten entgegenzuwirken.

Erstens. Ein besonderes Augenmerk legt die Landesregierung Ressortübergreifend auf die **Präventionsarbeit** im Jugend-, Sozial- und Bildungsbereich. Notwendig sind dabei sowohl langfristige Konzepte als auch rasche, der konkreten Situation angepasste Interventionen. Besonders hervorheben möchte ich den Ratgeber für Pädagoginnen und Pädagogen, der derzeit von einer Arbeitsgruppe des Rates für Kriminalitätsverhütung zum Umgang mit Schülerinnen und Schülern, die für rechtsextremes Gedankengut empfänglich erscheinen, erstellt wird. Weiterhin verweise ich auf den ressortübergreifenden Bericht der Landesregierung mit dem Titel „Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit - Stärkung der Demokratie“, der dem Hohen Haus bereits mit Drucksache 16/1287 vorliegt.

Zweitens. Von großer Bedeutung ist die Finanzierung des Rechtsextremismus. Die NPD profitiert maßgeblich von der **staatlichen Teilfinanzierung der Parteien**. Bereits im Jahr 2006 hat mein Vorgänger im Innenministerium, Herr Dr. Stegner, versucht, Maßnahmen dagegen zu erwirken. Eine damals auf Initiative von Schleswig-Holstein eingesetzte länderübergreifende Arbeitsgruppe der **Innenministerkonferenz**, war daraufhin intensiv mit der Suche nach Möglichkeiten zur Einschränkung

von Finanzierungsmöglichkeiten rechtsextremistischer Organisationen einschließlich der Parteien befasst. Aus verfassungsrechtlichen Gründen werden derzeit allerdings keine neuen Handlungsmöglichkeiten gegenüber rechtsextremistischen Parteien gesehen.

Allerdings hat sich die Innenministerkonferenz im September 2007 dafür ausgesprochen, **parteinahen Bildungseinrichtungen**, für die das Parteienprivileg nach Artikel 21 Grundgesetz nicht gilt, staatliche Mittel nicht zu gewähren oder wieder zu entziehen, wenn sie verfassungsfeindliche Inhalte vermitteln. Die Innenministerkonferenz hat ferner bekräftigt, dass verfassungsfeindlichen, parteinahen Bildungseinrichtungen und Vereinen der Status der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit nicht gewährt werden darf.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Nach einem Entwurf des **Jahressteuergesetzes**, Herr Kollege Neugebauer, wird die Gemeinnützigkeit daher künftig durch eine Neufassung des § 51 der Abgabenordnung für Körperschaften, die extremistisches Gedankengut fördern, ausdrücklich ausgeschlossen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Ulrike Rodust [SPD] und Frank Sauter [CDU])

Unter anderem zur Einschränkung von Finanzierungsmöglichkeiten rechtsextremistischer Aktivitäten sieht ein Entwurf zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsschutzgesetzes in bestimmten Fällen für den Verfassungsschutz die Befugnis zur Durchführung von Finanzermittlungen vor. Aber dieser Entwurf befindet sich noch in der Beratung.

Sie sehen: Das, was ich dargestellt habe, ist eine dauerhafte Aufgabe. Die Auseinandersetzung mit der verfassungsfeindlichen NPD und der mit ihr verwobenen Strukturen der oft gewalttätigen sogenannten freien Kräfte sollte allen demokratischen Kräften gemeinsam und mit Nachdruck geführt werden. Dann sind wir auf dem richtigen Weg - wie auch in der Vergangenheit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die antragstellende Fraktion der FDP erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden und Oppositionsführer, dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich ausdrücklich einen Dank an das Innenministerium für die Erstellung des Berichts voranschicken. Hintergrund für unseren Berichtsantrag waren zwei Aspekte, die nicht im Verfassungsschutzbericht 2007 dargestellt wurden, beziehungsweise im Hinblick auf Straftaten im Jahr 2008 gar nicht dargestellt werden konnten. Dies sind erstens die Berichterstattung in den Medien über zunehmende rechtsextremistisch motivierte **Übergriffe** vor der Kommunalwahl sowie die festzustellende zunehmende **Gewaltbereitschaft** im Zusammenhang mit den Demonstrationen zum 1. Mai in Hamburg und zweitens die Frage, ob und gegebenenfalls welche Organisationen oder **Stiftungen** mit rechtsextremem Hintergrund in Schleswig-Holstein durch öffentliche Mittel finanziert werden.

So berichtete die „taz“ in ihrer Ausgabe vom 23. April 2008 über eine Häufung von Übergriffen von **Neonazis** in **Kiel**. Nach Auskunft einer Vertreterin der sogenannten Anti-Nazi-Kooperation in Kiel habe die Anwendung von Gewalt durch Anhänger der rechtsextremen Szene einen neuen Höhepunkt erreicht. So hat es nach Darstellung der „taz“ an verschiedenen Stellen in der Stadt Steinwürfe gegen einen alternativen Buchladen oder eingeschlagene Scheiben einer Arbeitsloseninitiative gegeben.

Darüber hinaus erreichten uns in der Fraktion - wie übrigens andere Fraktionen auch - Berichte über Belästigungen von Besuchern der Ausstellung „Zug der Erinnerungen“ im Kieler Hauptbahnhof durch Mitglieder der rechten Szene, aber auch eines Überfalls auf ein Lokal der linken Szene in Gaarden, welches durch Anhänger der rechten Szene verwüstet worden sein soll.

Kurzum, es verdichtete sich der Eindruck, dass vor den Kommunalwahlen vermehrt Übergriffe seitens der Vertreter der rechten Szene stattgefunden haben.

Wir können nach Lektüre des Berichts feststellen, dass in allen Punkten Entwarnung gegeben werden kann. Es ist keine grundsätzliche Steigerung rechtsextremistisch motivierter Straftaten festzustellen. Ich sage ausdrückliche: Das ist gut so.

Wie der Bericht ausführt, hat es teilweise sogar einen bemerkenswerten **Rückgang an Straftaten** aus diesem Milieu gegeben. Im Kreis Herzogtum-Lauenburg ist die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in den ersten fünf Monaten

dieses Jahres von 23 auf 5 zurückgegangen, im Kreis Pinneberg haben wir sogar einen Rückgang von 47 auf 18 Delikte. Auch in Rendsburg-Eckernförde ist die Anzahl der Straftaten von 43 auf 16 zurückgegangen. Auch in Kiel sind im Berichtszeitraum weniger rechte Straftaten verübt worden. Lediglich in Flensburg hat sich die Anzahl von 6 auf 12 Delikte relativ deutlich erhöht, allerdings auf niedrigem Niveau.

Auch die Antwort auf die zweite Fragestellung nach der **Finanzierung rechtsradikaler Stiftungen** oder **Organisationen** hat ergeben, dass es eine solche in Schleswig-Holstein nicht gibt.

Insgesamt können wir feststellen, dass wir in Schleswig-Holstein wie überall auch problematische Rechtsradikale haben, aber wir haben kein echtes Problem mit Rechtsradikalismus. Das zeigt dieser Bericht. Das sollte man insbesondere denen vorhalten, die mit dieser Thematik immer wieder Politik machen wollen und vor Wahlen großartige Bündnisse verabreden.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Innenminister, ich bin sicher und ich glaube auch, dass Demokraten Menschen mit extremistischen Neigungen entschlossen entgegentreten müssen. Aber sie müssen auch die notwendige Souveränität bewahren und dürfen nicht ein Problem überdimensional aufblasen, dass in dieser Form so nicht gibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns etwas dabei gedacht, als wir den Berichtsantrag für die heutige Tagung und nicht für die April-Tagung vorgesehen haben. Wir wollten den Rechten in Schleswig-Holstein vor der Kommunalwahl keine Bühne geben und sie nicht wichtiger reden, als sie bisher wirklich sind.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Wer diesen Bericht nüchtern zur Kenntnis nimmt, muss feststellen, dass manche das Problem Rechtsradikalismus in Schleswig-Holstein zu hoch hängen. Nicht jeder Bericht - das haben wir feststellen müssen - über angebliche rechtsradikale Gewalttaten hat sich als richtig herausgestellt. Im Gegenteil, manche waren sogar politisch gar nicht motiviert, wenn ich das einmal so sagen darf.

Wir müssen allerdings darüber nachdenken, ob die Politik der etablierten Parteien innerhalb der Gesellschaft nicht „Hohlräume“ hinterlässt, die es den Radikalen leicht macht, sich darin auszubreiten.

(Wolfgang Kubicki)

Wenn man die Berichterstattung über das Demokratieverständnis der letzten Tage zur Kenntnis nimmt - darüber haben wir an anderer Stelle schon geredet -, muss man sich die Frage stellen, ob bestimmte Entwicklungen zwischen den etablierten Parteien nicht unter Umständen rechtsextremistische Gedanken beflügeln.

Sehr verehrter Herr Innenminister, vor diesem Hintergrund nutze ich die Gelegenheit, weil wir uns bei der Analyse von Situationen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erkundigt haben, an Sie zu appellieren, darüber nachzudenken, ob es sinnvoll ist, die Polizei aus der Fläche, von kleineren Stationen zurückzuziehen. Gerade in Brandenburg können wir feststellen, dass sich in den Bereichen, in denen kleine Stationen geschlossen worden sind, quasi **rechtsfreie Räume** entwickelt haben, in denen sich gerade **Rechtsradikale** konzentriert angesiedelt haben, um die Hohlräume zu nutzen, die dort geschaffen worden sind. Bei der Polizeireform müssen wir diesen Aspekt mit Sicherheit im Auge behalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss die Situation noch etwas eingehender beleuchten können.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir sehr herzlich die Damen und Herren der CDU-Senioren-Union aus Trittau. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Astrup! Insbesondere bei der Bekämpfung rechtsextremistisch motivierter Kriminalität kommt der Präventionsarbeit im Jugend-, Sozial- und Bildungsbereich maßgebliche Bedeutung zu. **Prävention** heißt hier, die Ursachen für rechtsextremes Handeln zu erkennen und durch wirksame und nachhaltige Maßnahmen für ein öffentliches Klima zu sorgen, in dem die Ausbreitung rechtsextremen Gedankengutes keine Chance hat. Deshalb habe ich an anderer Stelle schon einmal gesagt: Der

Versuch, sich bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu positionieren, ist zwar ein neues, aber dennoch durchsichtiges Manöver rechtsradikaler Gruppierungen, um Ängste zu schüren und diese für ihre Ziele auszunutzen.

Bereits im Jahr 2000 entstand deshalb ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Titel „Verantwortung übernehmen im Norden“, das von Landespräventionsgremien aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und dem DGB Bezirk Nord getragen wird. Aus diesen Zusammenkünften der Experten sind zahlreiche **regionale und praxisorientierte Projekte** entstanden. Die aktuellen Zahlen belegen, dass die Präventionsarbeit erfolgreich ist. Die Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund sind seit Anfang des Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 342 auf 242 Delikte gesunken. Das bedeutet einen Rückgang von fast 30 %.

In den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Plön und Pinneberg sind die **Rückgänge rechtsextremistisch motivierter Straftaten** besonders stark. Natürlich bin ich froh darüber, dass gerade der Kreis Pinneberg mit einem Rückgang um über 60 % heute im Vergleich der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins erhebliche Präventionserfolge vorweisen kann. Dennoch gilt: 242 Delikte in unserem Land sind 242 zu viel.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt auch der Vorfall in dieser Woche in Pinneberg, bei dem mutmaßliche Rechtsradikale einen feigen Anschlag auf die Jüdische Gemeinde verübten. Es macht deutlich, dass der Staat dieser Bedrohung gegenüber trotz aller Anstrengungen und aller Erfolge wachsam und wehrhaft bleiben muss. Hier ist der Verfassungsschutz nach wie vor gefordert, die Organisationsstruktur rechtsextremistischer Vereinigungen und Parteien aufmerksam zu beobachten.

Von großer Bedeutung ist auch die **Finanzierung** des Rechtsextremismus. Die Vereine, Organisationen und sogenannten Kameradschaften sind weitestgehend auf Mitgliedsbeiträge und/oder Beiträge ihrer Anhänger angewiesen. Angehörige dieser Szene sind in der Regel jedoch jung und einkommensschwach. Die sogenannten Kameradschaftskassen stellen sich in der Regel als bescheiden dar. Gelegentlich sind bestimmte Vereine durch Erbschaften begünstigt worden. In geringerem Umfang erzielen einige Organisationen auch Erlöse aus dem Verkauf vereinseigener Zeitschriften.

(Peter Lehnert)

Bedenklich ist eher, dass verfassungsfeindliche Parteien auch von der staatlichen Teilfinanzierung profitieren. Schon 2006 ist Schleswig-Holstein deshalb in der Innenministerkonferenz initiativ geworden. In der Folge wurde diesbezüglich eine länderoffene Arbeitsgruppe eingesetzt. Vor sechs Monaten - der Innenminister hat es erwähnt - hat sich die Innenministerkonferenz dafür ausgesprochen, **parteinahen Bildungseinrichtungen**, für die das Parteienprivileg nicht gilt, im Fall verfassungsfeindlicher Bildungsinhalte die staatlichen Mittel wieder zu entziehen oder gar nicht erst zu gewähren. Die **Gemeinnützigkeit** soll für solche Organisationen zukünftig ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die finanziellen Ressourcen der in Schleswig-Holstein vertretenen rechtsextremistischen Organisationen - von Einzelfällen abgesehen - derzeit als unbedeutend eingeschätzt werden können. Festzustellen bleibt weiterhin, dass rechtsradikale Parteien bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land insbesondere bei Wahlen - das wurde gerade erst wieder bei den Kommunalwahlen deutlich - weder nennenswerten Zulauf noch Beachtung gefunden haben. Deshalb bin ich ganz zuversichtlich, dass wir - alle demokratischen Kräfte, auch in der Bevölkerung - aufgefordert bleiben, **extremistischen Tendenzen** in unserem Land gegenüber nach wie vor wachsam zu sein, den **Rechtsstaat** gemeinsam zu verteidigen. Aber das, was die Bürgerinnen und Bürger insbesondere auch bei den Wahlen deutlich machen, indem sie Rechtsradikalen hier eindeutig die Rote Karte gezeigt haben, macht uns Mut für die weitere Arbeit.

(Beifall bei CDU, SPD, FPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir schon vor drei Wochen den Verfassungsschutzbericht für 2007 diskutiert haben, liegt nun der etwas speziellere Bericht auf der Grundlage des FDP-Antrags vor. Bereits im Verfassungsschutzbericht, der übrigens sehr ausführlich und umfassend über verfassungsfeindliche Bestrebungen berichtet hat, wird auf die Rückläufigkeit der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund hingewiesen. Im vorliegenden Bericht wird dieser Trend bestätigt. Allerdings weisen re-

gionale Unterschiede auf eine sehr unterschiedliche Entwicklung hin, die nicht durch Wahlbeteiligungen der NPD bei den Kommunalwahlen, geschweige denn durch die bescheidenen Wahlerfolge begründet ist.

Wichtig ist aus meiner Sicht zum einen, dass mit der Art **Erfassung der Straftaten** deutlich wird, dass die leidige Diskussion um die Straftatbestände erledigt ist; denn nicht immer wurde in der Vergangenheit einheitlich erhoben, ob ein rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Hintergrund bei der Begehung der Straftat vorhanden war. Zum anderen zeigt die **Rückläufigkeit der Zahlen**, die im Verhältnis zu unserer Einwohnerzahl und im Vergleich zu anderen Bundesländern allerdings immer noch recht hoch sind, dass die **Maßnahmen** zur Bekämpfung von **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit** Früchte zu tragen scheinen. Daher möchte ich der Landesregierung an dieser Stelle für die in diesem Bericht, aber auch schon im Bericht über die gesamten Maßnahmen der Landesregierung aus dem vergangenen Jahr genannten Initiativen danken und sie auffordern, dabei nicht nachzulassen, sondern den Kampf gegen den Rechtsextremismus als Daueraufgabe fortzuführen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir die stetige Zahl von Menschen, die für rechtsextremistisches Gedankengut empfänglich sind, also auch anderswo ziemliche Hohlräume zu haben scheinen, Herr Kubicki, verringern.

Bedenklich bleibt dennoch das hohe **Gewaltpotenzial** in der **rechtsradikalen Szene** - der Innenminister hat darauf hingewiesen -, das sich offensichtlich auch in einem praktischen Wandel befindet, wie die Vorgänge am Rande der Demonstration der NPD am 1. Mai in Hamburg deutlich zeigten. Dort war erstmals in Norddeutschland ein braun-schwarzer Block angetreten, der in der Öffentlichkeit die direkte Konfrontation mit Gegendemonstranten suchte und auch massiv die Polizei attackierte. Dieses muss wohl als ein Zeichen der zunehmenden Radikalisierung der Szene gewertet werden, wofür auch der wachsende Einfluss der sogenannten Freien Kameradschaften und Neonazis um den Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger auf die Führungsebene der NPD im Bund spricht. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Entwicklung auch in unserem Bundesland fortsetzt, also hierher herüberschwappt.

Ein Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtsextremismus zu bekämpfen, ist, den betreffenden

(Thomas Rother)

Organisationen den Geldhahn zuzudrehen; ein weiterer Punkt in diesem Bericht. Aus dem Bericht ist aber leider nicht ersichtlich, inwieweit eine steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge für die dort genannten Organisationen genutzt wurde. Daher wäre nachzutragen, ob diese eingetragenen Vereine über die **steuerrechtliche Gemeinnützigkeit** verfügen beziehungsweise ob die Finanzämter diese nicht anerkennen, wie es die Innenministerkonferenz fordert und - es ist darauf hingewiesen worden - wie es wohl erst mit dem Jahressteuergesetz 2009 tatsächlich klar gestellt werden wird.

Fragwürdig bleibt natürlich auch, welche Organisationen letztlich zu diesem Bereich zu zählen sind. Bei der Hilfgemeinschaft Nationaler Gefangener, der Heimattreuen Deutschen Jugend oder der Artgemeinschaft ist das sicherlich leicht zu bestimmen. Aber bei vielen kleinen Organisationen - auf Bildungseinrichtungen ist ja besonders abgezielt worden -, die sich oft nur als Ideologielieferant zur Verfügung stellen und sehen, ist das schon etwas schwieriger, weil manche von ihnen in einer **Grauzone** operieren, die sich zwischen dem noch demokratischen rechtskonservativen Bereich und dem schon antidemokratischen nationalistischen Lager befindet. Hier gibt es vereinzelt Wanderer zwischen den Welten, die sogar in demokratischen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen auftauchen - sie tauchen nicht nur bei der CDU auf, leider Gottes manchmal auch bei uns. Gerade deshalb ist es auch richtig, hier endlich Grenzen zu setzen. Dazu zählt auch die Prüfung, inwieweit das Parteienprivileg dazu führt, dass verfassungsfeindliche Parteien auch noch in den Genuss staatlicher Mittel zu Finanzierung ihrer Organisation kommen müssen. Und meine Fraktion unterstützt ausdrücklich das Vorhaben der Innenministerkonferenz und ihrer Arbeitsgruppe „Finanzquellen“, hier alle verfassungskonformen Möglichkeiten für Einschränkungen auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dies macht deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus - und nicht nur gegen ihn -, sondern auch der für Demokratie - das hat Herr Kubicki zutreffend beschrieben - und für die Glaubwürdigkeit der Politik - auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt - eine Daueraufgabe bleibt.

Daher sollten wir den Bericht abschließend im Innen- und Rechtsausschuss gemeinsam mit dem Verfassungsschutzbericht diskutieren. Zur Klärung der Frage der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit

wäre es sinnvoll, den Bericht zudem dem Finanzausschuss zur Mitberatung zu überweisen.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an den Minister für den Bericht. Bundesweit gibt es circa 180 **rechtsextremistische Organisationen**. In Schleswig-Holstein dominieren die NPD und die aus den verbotenen neonationalistischen Organisationen hervorgegangenen sogenannten Freien Nationalisten.

Der Verfassungsschutz registriert 1.400 Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Erfreulich: Die Anzahl der Straftaten, die dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, ist geringfügig zurückgegangen. Auch bei der Anzahl der Gewalttaten ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei den **Kommunalwahlen** hat die NPD in Schleswig-Holstein eine herbe Niederlage erlitten - das freut mich. Nur in vier Kreisen hat sie es überhaupt geschafft, Kandidaten zur Wahl auf zu stellen. Landesweit hat sie lediglich 0,4 % der Stimmen und gerade einmal zwei Mandate erhalten.

All das ist sicherlich kein Grund zur Panik. Aber es ist auch kein Grund zur Entwarnung. Denn wenn in Pinneberg wieder einmal jüdische Hochzeiten unter Polizeischutz stattfinden müssen, weil dort mit Übergriffen zu rechnen ist, dann ist das beschämend.

(Beifall)

Ich denke, wir werden uns auch in Zukunft noch länger mit dem Thema auseinandersetzen müssen.

Wir wissen, dass die Neonazis versuchen, einerseits durch ein scheinbar biederes und bürgerliches Auftreten gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen und andererseits Jugendliche zu radikalieren und zu begeistern, indem sie Aufmärsche veranstalten oder rassistische und antisemitische Hetze in Kommunalparlamenten und im **Internet** verbreiten.

Rechtsextremes Gedankengut ist aber - das wissen wir alle - weiterhin latent vorhanden. Alle einschlä-

(Karl-Martin Hentschel)

gigen Befragungen zeigen, dass es durchaus einen beträchtlichen Teil in der Bevölkerung gibt, der **rechtsextremistisches Gedankengut** hat.

Deswegen muss sich die Gesellschaft mit dieser Frage auseinandersetzen, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen. Es gilt, einerseits die Ebene des **Rechtsstaates** und andererseits die **innere Zivilgesellschaft** zu beachten. Ich glaube, da muss man sehr sauber trennen. Bei dem Rechtsstaat ist es klar: Kriminelle Handlungen werden durch die Polizei und die Justiz verfolgt. Was aber die Zivilgesellschaft angeht, haben wir ein vielfältiges Spektrum von Aufgaben. Schulen und Bildungseinrichtungen müssen Wissen und Argumentationsmuster vermitteln, damit junge Menschen nicht auf dumme menschenfeindliche Parolen hereinfliegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dort, wo Nazis offen auftreten, muss dem entgegengetreten werden: Durch kriminalpräventive Räte, die sich bewährt haben, durch aktives Handeln von Schülervereinigungen, Gemeinderäten, Vereinen und Kirchen, aber auch durch öffentliche Kundgebungen, um die Rechtsradikalen nicht die Straße zu überlassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber im Rahmen des Rechtsstaats!)

- Natürlich! Im Rahmen des Rechtsstaats! - Rassismus und Antisemitismus in den Köpfen können nicht allein durch Repressionen bekämpft werden, sondern dies erfordert ein engagiertes Eintreten der Demokraten für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, der Bericht beschäftigt sich auch mit der Frage der **finanziellen Ressourcen** der Rechtsradikalen. Diese Ressourcen werden - von Einzelfällen abgesehen - derzeit in Schleswig-Holstein als unbedeutend eingeschätzt.

Erfreulich ist, dass parteinahen Bildungseinrichtungen, für die das Parteienprivileg nach Artikel 21 des Grundgesetzes nicht gilt, staatliche Mittel nicht gewährt oder wieder entzogen werden, wenn sie verfassungsfeindliche Bildungsinhalte vermitteln.

Auch soll diesen Einrichtungen keine steuerliche Gemeinnützigkeit gewährt werden. Das ist beruhigend. Erschreckend ist allerdings, dass es ein umsatzträchtiges Geschäft mit dem Verkauf von Bekleidung, Musik und Literatur gibt. Gerade über diese Materialien erreichen die Rechten junge und noch unerfahrene Menschen und gewinnen sie für ihre Zwecke. Die Tendenz der Nazis, über die Ver-

teilung von kostenlosen Musik-CDs den Einstieg in das rechte Milieu schon bei Schülern zu befördern, ist nicht zu akzeptieren. Deswegen ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus gerade in der **Jugendarbeit** von besonderer Bedeutung. Deshalb gilt es, ein friedliches und demokratisches Miteinander aller Kulturen in den Schulen zu lehren, aber auch zu praktizieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, viele theoretische Vorträge und auch viele Vorträge, die wir im Landtag halten, sind relativ nutzlos, wenn kein demokratisches Zusammenleben praktiziert und geübt wird. Nur dann macht es einen Sinn. Wenn man es selbst praktiziert und zum Beispiel entsprechende Veranstaltungen organisiert, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen betreffen, wie wir sie im Landtag hatten, ist dies viel wichtiger als Sonntagsreden zu halten.

Gerade wir als Politiker stehen in der Pflicht, bei solchen Veranstaltungen Flagge für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit zu zeigen. Ich wünsche mir, dass es auch in Zukunft so geschieht, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Wir können zufrieden damit sein, dass es gelungen ist, dass sich der Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein nicht verbreitet, sondern im Moment eher rückläufig ist. Damit können wir sehr zufrieden sein. Wir sollten bei der Frage weiterhin wachsam bleiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Gruppe des SSW erteile ich der Frau Vorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz Bildern von rechten Schlägern sagt der vorliegende Bericht klar und deutlich, dass die NPD keineswegs den großen Widerhall in der Bevölkerung findet, wie sie es der Öffentlichkeit gegenüber weißmachen möchte. Seit der Kommunalwahl ist die NPD aber im Herzogtum Lauenburg mit Kay Oelke und in Kiel durch Hermann Guttsche vertreten. Beide haben bereits kurz nach der Wahl mit wüsten Beschimpfungen der sogenannten Block- oder Altparteien versucht, auf sich aufmerksam zu machen. Dennoch rate ich den Demokraten zur Gelassenheit. Wir sollten diesen Schreihälsen keinen Raum geben.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eine Ansammlung von sieben Nazis, wie jüngst vor dem **Kieler Rathaus**, kann wohl kaum als ernst zu nehmende Demonstration durchgehen. Sie ist eine Provokation, mit der man unaufgeregt umgehen sollte. Die rechten Trupps inszenieren sich gern als Volksmasse. Es gelingt ihnen aber nicht, flächendeckend in Schleswig-Holstein in Erscheinung zu treten, weil ihnen die Mitglieder und die Unterstützung fehlen. Trotzdem möchte ich sagen, es gibt natürlich keinen Grund zur Entwarnung oder zur Verniedlichung. Wir sollten aber daran festhalten, dass das, was wir jetzt in Kiel erlebt haben, wirklich kein Grund zur Besorgnis ist.

Der Bericht zeigt, dass die **rechtsextremistisch motivierten Delikte** in vielen Kreisen zurückgegangen sind, so in Herzogtum Lauenburg, in Plön, in Pinneberg und auch in Rendsburg-Eckernförde. Andererseits verdoppelte sich die Zahl in Flensburg. Ich glaube, dass das uneinheitliche Lagebild, das uns der Innenminister zeigt, mit unterschiedlichen **lokalen Strukturen** zusammenhängt. Es gibt im Land einige braune Zirkel, die trotz begrenzter Ressourcen kraftvoll in Erscheinung zu treten wissen. In anderen Landstrichen gibt es lebendige Projekte, die jedem rechtsradikalen Gedankengut den Boden entziehen. Der SSW möchte den Innenminister ausdrücklich dafür loben, dass er das Parlament nicht mit Patentrezepten abspeist, sondern offen zugibt, dass er die Gründe für das uneinheitliche Lagebild nicht kennt.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass der Bericht klar und deutlich zu verstehen gibt, wie die Landesregierung mit **rechtsextremistischen Bildungseinrichtungen** umgeht oder gedenkt umzugehen. Es ist aber richtig, im Ausschuss noch einmal zu hinterfragen, wie das im Detail gemacht werden kann. Es ist wichtig, daran festzuhalten, dass die existierenden Gesetze konsequent angewendet und umgesetzt werden müssen und wir keine neuen Gesetze benötigen. Der Rechtsstaat ist stark genug, um mit den vorhandenen Gesetzen zu arbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Menschenverachtendes Gedankengut, die Verherrlichung des Krieges und die Leugnung des Völkermordes sind natürlich keine Bagatelvergehen. Die Polizei in unserem Land verfolgt die **Delikte** und ist damit Teil einer starken demokratischen Bewegung. Volksverhetzung und das Verwenden verfas-

sungswidriger Symbole machen denn auch das Gros der Delikte aus, von denen hier die Rede ist. Schlimmer als diese Symbole sind aber die **Parolen**, die drohen, in die Köpfe zu sickern. Die NPD versucht immer wieder, die demokratischen Organe zu diskreditieren und die Politiker als korrupt zu diffamieren. Das Gerede vom Parlament als „Quasselbude“ war einer der Argumente der NSDAP, die ihr vor 75 Jahren die Wähler zutrieb. Darum sage ich noch einmal vor dem Hintergrund der Kommunalwahl: Wenn Wahlverlierer gleich mit der Demokratie hadern, weil Bürger gegen sie gestimmt haben, dann geben diese Politiker nach meinem Dafürhalten ein Signal, das sich instrumentalisieren lässt. Wenn Wahlkämpfer ihre Gegner pauschal als faul oder käuflich verunglimpfen, dann nähren sie eine politikfeindliche Haltung, die in eine Ablehnung der Demokratie münden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Geschichte führt uns die schlimmen Konsequenzen dieses Verhaltens vor Augen. Die Weimarer Republik ging nicht an Mangel an Demokratie zugrunde, sondern weil ihr die Demokraten fehlten. Darum ist eine Demokratie, die immer wieder neu erlebt und erstritten wird, die beste Garantie dafür, dass der Rechtsextremismus eine Randerscheinung bleibt. Lebendige Demokratie lebt von Beteiligungsrechten. Dass die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sie auf kommunaler Ebene kaum etwas bewegen können, belegt die niedrige Wahlbeteiligung. Darum sage ich: Demokratie ist keine Sache von Showveranstaltungen oder Feiertagen. Es ist die Gestaltung der Gesellschaft durch alle.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Je attraktiver die Beteiligungsmöglichkeiten sind, desto weniger Chancen haben rechtsextreme Gruppierungen. Das sollte eigentlich die Konklusion oder das Fazit dieses Berichtes sein.

(Beifall bei SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2096, an den Innen- und Rechtsausschuss federführend und an den Finanzausschuss mitberatend zu überweisen. Wer so be-

(Präsident Martin Kayenburg)

schließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen! - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 23 auf:

Flexible Eingangsphase der Grundschule

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2075

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2126

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 16/2121

Ich erteile der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg, das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Danke schön, Herr Landtagspräsident. - Der Landtag hat in seiner letzten Tagung im Mai über den Antrag der FDP „Flexible Eingangsphase der Grundschule“ debattiert und ihn zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss überwiesen.

In der Sitzung des Bildungsausschusses am 5. Juni 2008 haben die Fraktionen von CDU und SPD mit dem Umdruck 16/2304 einen eigenen Antrag vorgelegt. Über beide Anträge ist alternativ abgestimmt worden. Das ist nach unserer Geschäftsordnung allerdings nicht zulässig. Der von den Koalitionsfraktionen als Tischvorlage eingebrachte Antrag war kein selbstständiger Antrag und nicht gleichrangig mit dem vom Plenum überwiesenen FDP-Antrag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Die Geschäftsführung des Bildungsausschusses entschuldigt sich vielmals für dieses Versäumnis.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Vielen Dank, Herr Kubicki.

Daher bringen die Koalitionsfraktionen ihren Antrag Drucksache 16/2126, den sie als Alternativantrag zum FDP-Antrag verstehen, heute erneut in den Landtag ein. Die entsprechende Drucksache liegt ihnen vor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das ist nun einmal so, Herr Kubicki.

Der Bildungsausschuss hat mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Annahme des Antrags gestimmt. Deshalb empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, dem Ihnen vorliegenden Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage in Abweichung von § 75 der Geschäftsordnung vor, die vorliegenden Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht; wir werden so verfahren. Ich schlage Ihnen nach § 63 Abs. 1 Satz der Geschäftsordnung eine alternative Abstimmung vor. Wer dem Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 16/2075, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen.

(Unruhe)

- Herr Kollege Stritzl, ich nehme an, das war nur eine halbe Wortmeldung.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2126, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/2126, der heute erneut eingebracht wurde, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden ist.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auf.

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**Drucksache 16/2114**

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, für die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, in einer Gesamtabstimmung beschließen. Voraussetzung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Ich sehe keinen Widerspruch. Die entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache.

(Präsident Martin Kayenburg)

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 16/2114 einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

Ich darf Ihnen zum Abschluss der Tagung bekannt geben, dass die nächste Tagung des Landtags, die 34. Tagung, am 16. Juli 2008 um 10 Uhr hier im

Plenarsaal beginnen wird. Ich wünsche allen einen guten Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:33 Uhr